



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Landkreistag:

Der Mensch im Mittelpunkt

Mit den Themen medizinische Versorgung, Landesplanung und Geodatennutzung setzten sich die Bayerischen Landkreise zu Jahresbeginn verstärkt auseinander. Dabei wurde einmal mehr darauf hingewiesen, dass dem ländlichen Raum dieselben Entwicklungschancen offen stehen müssen wie den Städten und den Ballungsräumen.

Bei einer Sitzung des Ausschusses für Gesundheits- und Sozialfragen des Bayerischen Landkreistags mit Umweltminister Dr. Markus Söder unter Mitwirkung des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl stellte der Ausschussvorsitzende, Günzburger Landrat Hubert Hafner, fest: „Noch haben wir in Bayern eine medizinische Versorgung auf Spitzenniveau. Diese droht uns aber in den ländlichen Regionen mittelfristig einzubrechen, wenn wir nicht jetzt Gegenmaßnahmen einleiten.“

Schließlich, so Hafner, seien die Probleme zahlreich und weit hin bekannt: Überalterung der niedergelassenen Ärzte und drohende Praxisschließungen, Fachkräftemangel im ärztlichen wie im pflegerischen Bereich, nicht auskömmliche Betriebskostenfinanzierung kleinerer Krankenhäuser in der Grundversorgung, zunehmende Konkurrenz zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern wie auch zwischen Krankenhäusern untereinander.

Absicherung

„Bei diesen Herausforderungen müssen wir unser Augenmerk verstärkt darauf richten, die knappen Ressourcen im Gesundheitswesen zur Absicherung der medizinischen Grundversorgung einzusetzen, die für alle Menschen in allen Teilen unseres Landes gleich sein muss“, betonte Landkreistagspräsident Kreidl. Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses des

Bayerischen Landkreistags waren sich mit Minister Söder einig, die Belange des ländlichen Raums bei den Verhandlungen auf Bundesebene zu einem Versorgungsgesetz zu berücksichtigen. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere eine auskömmliche Finanzierung der akutstationären Krankenhäuser in der Grundversorgung, eine stärkere Verzahnung von ambulante und stationärem Bereich unter Regie der Länder sowie konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Stichwort Landesplanung: Begrüßt wird von Präsident Kreidl der Kabinettsbeschluss der



Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl (r.) mit Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer.

Bayerischen Staatsregierung, der künftig Verkaufsflächen von bis zu 1.200 qm bei Lebensmittel-Vollsortiment-Anbietern ermöglicht. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung, bemerkte der Landkreistagschef und ergänzte: „Die Landkreise sind jetzt schon attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume und müssen dies auch in Zukunft bleiben. In Zeiten der fortschreitenden Globalisierung ist daher auf den ländlichen Raum besonders Rücksicht zu nehmen. Insbesondere müssen ihm gute Rahmenbedingun-

gen zur Verfügung gestellt werden, damit auch jede Region und die dort lebenden Menschen eine Chance erhalten.“

Regionale Produkte

Vor allem gehe es um die Versorgung des ländlichen Raums mit Dingen des täglichen Bedarfs. Moderne Geschäfte verfügen über breite Gänge, niedrige Regale und ein vielfältiges Angebot an frischen und regionalen Produkten. In Geschäften (Fortsetzung auf Seite 4)

BKG-Mitgliederversammlung in München:

Ressourcen und Know-how bündeln

Die Botschaft war eindeutig: „Wir brauchen im Interesse unserer Patienten mehr Miteinander und weniger Nebeneinander oder gar Gegeneinander“, appellierte bei der traditionellen Mitgliederversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) in München deren Vorsitzender, Forchheims Oberbürgermeister Franz Stumpf, an die Adresse aller Akteure im Gesundheitswesen. Als Beispiel nannte Stumpf die stark verbesserungswürdige Zusammenarbeit der einzelnen Leistungserbringer in der täglichen Praxis.

„Wir müssen die strikte Trennung von ambulante und stationärem Bereich endlich aufbrechen und die personellen Ressourcen und das Know-how beider Sektoren im Gesundheitswesen gewinnbringend und nachhaltig für den Patienten bündeln“, betonte der BKG-Vorsitzende. Neben der besseren Zusammenarbeit stehe vor allem der drohende Fachkräftemangel im Gesundheitswesen auf der Agenda.

Konzertierte Aktion

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft schlug eine konzertierte Aktion vor, um diesem Problem entgegenzuwirken. „Jeder kann in seiner Zuständigkeit etwas bewegen, das Bündel möglicher Maßnahmen ist groß“, meinte Stumpf. Neben dem Verteilungsproblem erwähnte er beispielhaft die Stichworte Studienkapazitäten, Studienaufnahmekriterien, Neuordnung der Berufsbilder, Weiterbil-

dungsordnung und Finanzierung der Weiterbildung. Selbstverständlich könnten auch die Krankenhäuser etwas beitragen: An



Staatskanzleichef Siegfried Schneider hat in der jüngsten Ministerratssitzung über den Stand der Olympiabewerbung 2018 berichtet. Schneider: „Die Olympiabewerbung Münchens und Garmisch-Partenkirchens (im Bild) hat die breite Unterstützung der bayerischen Bevölkerung und ist breit demokratisch legitimiert.“ Die noch offenen Grundstücksfragen ließen sich klären und gefährdeten die Bewerbung nicht.

Deutsche Städte und Gemeinden:

Kampf ums Überleben

Bilanz 2010 und Ausblick 2011

Kommunen gestalten das Leben vor Ort. Sie sollen die Kinderbetreuung ausbauen, Schulen sanieren, Kultur und Sport fördern, die Jugendarbeit verbessern, Abwasser beseitigen, Sozialhilfe zahlen und mit Investitionen das örtliche Handwerk stärken. Dies alles jedoch mit immer weniger finanziellen Mitteln. Obwohl es der Wirtschaft wieder besser geht, ist die Finanzlage der Städte und Gemeinden weiter katastrophal, wie eine Dokumentation des deutschen Städte- und Gemeindebundes darlegt. „Trotz einer leichten Stabilisierung der gemeindlichen Steuereinnahmen werden die Kommunen das Jahr 2010 mit dem höchsten Finanzierungsdefizit seit Jahrzehnten in Höhe von minus 11 Mrd. Euro abschließen“, so der DStGB.

Die Städte und Gemeinden haben ein enormes Ausgabenproblem. Kein anderer Ausgabenblock steigt so rasch und mit solcher Dynamik an, wie der der Sozialausgaben. Sie belaufen sich laut DStGB auf inzwischen weit über 41 Milliarden Euro, beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung. Besonders belastet werden die Kommunen durch die Ausgaben für die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen, den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie durch den Ausbau und Betrieb von Kindertageseinrichtungen. „Für alle diese Ausgaben gilt, dass sie letztendlich auf bundespolitischen Entscheidungen beruhen und nicht oder nur in unerheblichem Maß von den Kommunen beeinflusst werden können.“

Dramatische Finanzsituation

Angesichts der dramatischen Finanzsituation der Städte und Gemeinden sei eine vorbehaltlose Debatte über die Zukunft des Sozialstaates dringend angezeigt, so der kommunale Spitzenverband. „Wir diskutieren derzeit in Deutschland nur darüber, was der Staat zusätzlich gewähren kann, ohne die Frage zu stellen, wer das bezahlen soll. Der Bund ist gefordert, einen Teil dieser Kosten zu übernehmen. Die bisherigen sozialen Leistungen sind so nicht mehr finanzierbar.“

Nach wie vor steigen die Kosten bei der Eingliederungshilfe für Behinderte. Die Ausgaben

haben sich allein seit 1995 mehr als verdoppelt. Aus kommunaler Sicht ist es bedauerlich, dass die Bundesregierung alle bisher unterbreiteten Vorschläge (zum Beispiel Bundesteilhabegeld mit dem der Leistungsberechtigten einen Geldbetrag als Nachteilsausgleich seiner Behinderung erhält), die mit einer teilweisen Verlagerung von Eingliederungsleistungen auf den Bund verbunden sind, ablehne.

Leistungswettbewerb

Aus Sicht des DStGB bedarf (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von *Sabrina*



Nur wenn die Politik die Menschen frühzeitig aus der kommunalpolitischen Lethargie reißt, kann man verhindern, dass sie überrascht aus dem Teilhabe-Tiefschlaf erwachen und dann als „Wutbürger“ gegen Entscheidungen vorgehen, an deren Zustandekommen sie sich nicht aktiv beteiligt haben, meint die Vorzimmerperle. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Freie Wähler auf Konfrontationskurs	Seite 2
Erneuerbare Energien krepeln Stromversorgung um	3
GZ-Kolumne Gerhard Weber:	
Winter-Dienst	3
Fortsetzung des Aufschwungs	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiepolitik	5-11
Abfall · Umwelt · Altlastensanierung	12-13
Kommunalfahrzeuge	14-15
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	16-17
Aus den bayerischen Kommunen	18-20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Zukunftsland Bayern

CSU setzt bei Kreuther Klausur Wegmarkierung für „Aufbruch Bayern“

Mit einem Zehn-Punkte-Papier für eine aktive Wirtschaftspolitik zur Sicherung von Beschäftigung und Wohlstand hat die CSU-Landtagsfraktion ihre Klausur in Wildbad Kreuth abgeschlossen. Mit dem Titel „Aufbruch Bayern“ ist es die erste Konkretisierung des im Dezember beschlossenen Zukunftskonzeptes, das in den komplexen Bildung, Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft und Staat für die nächsten 15 Jahre die politische Wegmarkierung setzt und das im Dialog mit den Menschen und Kommunen weiterentwickelt werden soll.

Ministerpräsident Horst Seehofer und Fraktionsvorsitzender Georg Schmid zeigten sich zuversichtlich, mit ihrer Partei das Zukunftsland Bayern gestalten zu können - bis zur Wahl 2013 in Koalition mit der FDP.

Die aktuelle Umfrage des Instituts Infratest dimap im Auftrag des Bayerischen Rundfunks hat Stimmung und Zuversicht deutlich gesteigert. Demnach hat die CSU derzeit 46% der Menschen auf ihrer Seite, nach 43,4% in der Wahl 2008 und 60,7% im Jahr 2003. Seehofer sieht sich im positiven Trend persönlich bestätigt. Er habe als Ministerpräsident und Parteichef die Hauptverantwortung für die Politik in den Krisenjahren getragen und zeigte sich überzeugt, auf dem Parteitag im Herbst als Vorsitzender bestätigt zu werden. Aber der Erfolg sei eine Mannschaftsleistung und die Partei solle „nicht so dämlich sein“, den positiven Trend einzelnen Personen zuzuordnen. Wie Schmid und andere Abgeordnete auf Fragen bestätigten, gab es in Kreuth keine Diskussion, ob der Positivtrend womöglich dem beliebten Bundesverteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg zu verdanken sei. Es werde auch weiter keine Personaldiskussion geben.

Mindestlöhne

In Kreuth ging es demnach nur um die Sachthemen. DGB-Landesvorsitzender Matthias Jena, der BMW-Aufsichtsratschef Joachim Milberg und der Chef der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise waren als Gesprächspartner (jeder für sich allein) in der Klausur. Wie Seehofer und Schmid mitteilten, ergab sich bei den Mindestlöhnen für Leiharbeiter in der „Grundrichtung“ eine „totale Übereinstimmung mit den Gewerkschaften“. In der Frage, wie der von Weise angesprochene Fachkräftemangel zu beurteilen und zu begrenzen sei, blieb die Fraktion dage-

gen bei Seehofers Ablehnung einer unbegrenzten Einwanderung. In einer Entscheidung wurde sowohl die Einführung eines Punktesystems zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte als auch eine Absenkung der Mindestverdienstgrenze von derzeit 66.000 Euro jährlich abgelehnt. Horst Seehofer mahnte

Deutscher Landkreistag:

Verkehrspolitische Kernforderungen

In einer neuen Publikation des Deutschen Landkreistags hat der Spitzenverband die Kernforderungen der Landkreise zu den zentralen verkehrspolitischen Themen zusammengefasst, in denen derzeit elementare Weichenstellungen auch mit Blick auf die zukünftige Entwicklungsfähigkeit der ländlichen Räume anstehen. Wie das Geschäftsführende Präsidialmitglied Prof. Dr. Hans-Günter Henneke in einem Vorwort betont, zeichne aktive Verkehrspolitik demografische Entwicklungen nicht lediglich nach, „sondern muss ihnen im Interesse der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und wirtschaftlichen Entwicklungschancen gestaltend entgegenwirken“. Man hoffe, mit der Broschüre einen Beitrag dazu leisten zu können.

Nach Darstellung des Spitzenverbands leisten die Landkreise mit ihren Kreisstraßen, die einen Anteil von 40 Prozent am überörtlichen Straßennetz ausmachen, einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag zur verkehrlichen Erschließung der Fläche. Darüber hinaus gewährleisteten sie als ÖPNV-Aufgabenträger eine ausreichende Verkehrsbedienung der Bevölkerung.

Ein zentrales Anliegen der Verkehrsinfrastrukturpolitik des Bundes und der Länder müsse sein, auch den Menschen in dünner besiedelten und peripher gelegenen Räumen gleichwertige Lebensverhältnisse im Verhältnis zu verdichteten Regionen und Ballungszentren zu sichern.

Die Bewältigung der für Deutschland prognostizierten Zuwächse im Personen- und Güterverkehr stelle eine zusätzliche Herausforderung dar, dürfe aber

te zunächst das in Deutschland lebende Arbeitnehmerpotenzial auszuschöpfen. Außerdem müsse man die Folgen der ab Mai geltenden Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus osteuropäischen Ländern abwarten. Der Ministerpräsident will diese Linie in der Berliner Koalition „ganz konsequent“ vertreten.

Fachkräftegewinnung

Dies ist einer der Punkte, in denen es Differenzen mit dem Koalitionspartner gibt. Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) erklärte, „wir müssen in Zukunft alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Fachkräfte aus dem In- und Ausland zu gewinnen“. Bei allen Differenzpunkten zeigte sich Zeil jedoch mit der Zusammenarbeit in der Koalition sehr zufrieden. Zu den Ärgernissen gehören die von der Staatskanzlei 2008 in Auftrag gegebenen „Resonanzstudien“, in denen der CSU empfohlen wurde, sich auch schärfer ge-

genüber der FDP zu profilieren. Die CSU zeigte sich verstimmt, dass FDP-Abgeordnete in manchen Teilfragen mit der Opposition zusammengehen. Verärgert ist man, dass der FDP-Fraktionsgeschäftsführer Tobias Thalhammer gemeinsam mit SPD, Grünen und Freien Wählern die Landshuter CSU-Stadtratsvorsitzende Gabriele Goderbauer-Marchner als Gegenkandidatin von Staatskanzleichef Siegfried Schneider (CSU) für die Neuwahl des Präsidenten der Landesanstalt für Neue Medien (BLM) Ende Februar im Maximilianeum präsentierten.

Koalitionstreue

In der dimap-Umfrage ist die FDP nach ihren 8% bei der Landtagswahl auf 6% abgerutscht. Zeil und Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker sehen das nicht als Trend, wohl aber als Anlass, den eigenen Standpunkt bei alter Koalitionstreue deutlich zu vertreten. **rm**

Eisenbahninfrastrukturunternehmen in der Hand des Bundes verbleiben.

„Im gesamtstaatlichen Interesse sind Bund und Länder aufgefordert, im Bereich der nach der Föderalismusreform I neu zu ordnenden Gemeindeverkehrsfinanzierung auch über 2019 hinaus eine aufgabenangemessene Finanzierung sicherzustellen“, heißt es weiter. Auch bereits bei der Revision der Entflechtungsmittel für den Zeitraum 2014 bis 2019 sei eine auskömmliche Finanzausstattung sicherzustellen, die auch den wachsenden Erhaltungsbedarf berücksichtigt. Die Länder seien aufgefordert, die vom Bund überwiesenen Finanzmittel für den Verkehrsbereich zu sichern. Pauschalierte Weiterleitungen an die Kommunen seien dabei zugleich geeignet, den Bürokratieabbau und die Verwaltungseffizienz zu fördern.

Die sog. Regionalisierungsmittel stellten eine wesentliche Finanzquelle des ÖPNV dar. Ihre Verstärkung sei wegen des Preisanstiegs im Energiebereich ebenso unabdingbar wie ihre Anpassung an neue Herausforderungen wie etwa die Elektromobilität.

Die Schülerverkehre seien eine entscheidende Stütze des ÖPNV im ländlichen Raum, die jedoch durch den demografischen Wandel zusehends in Frage gestellt werde. Ihre Finanzierung sei insoweit von den reinen Schülerzahlen zu entkoppeln und ein linienbezogener Ausgleich zu ermöglichen.

Wie die Publikation darlegt, „sind durch Intermodalität und Interoperabilität der Verkehrsträgersysteme die Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems zu steigern und die Voraussetzungen für eine weitgehende Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene zu schaffen“. Als Alltagsverkehrsmittel sei das Fahrrad dort, wo dies möglich und sinnvoll ist, stärker mit dem ÖPNV-Angebot zu vernetzen.

Bei der Entwicklung und Umsetzung eines „Masterplans Personenverkehr“ müssten die verfassungsrechtliche Zuständigkeitsverteilung im föderalen Bundesstaat beachtet, die Ebenen übergreifenden Kooperationsmöglichkeiten aber gleichwohl genutzt werden. Inhaltlich dürfe die Entwicklung neuer Mobilitätsstrategien nicht auf rein urbane Fragestellungen verkürzt werden, sondern müsse die Mobilitätsbedürfnisse ganzheitlich in den Blick nehmen. **DK**

Freie Wähler auf Konfrontationskurs

Stärkere Profilierung im Landtag bei Bildung, Stärkung der Kommunen und Nahverkehr

Die Freien Wähler wollen im neuen Jahr stärker auf Konfrontationskurs zur Staatsregierung gehen. In diesem Sinn hat die drittstärkste Landtagsfraktion ihre Klausurtagung gestaltet. Die Themen dazu sind Bildung, Stärkung der Kommunen und Regionen, der öffentliche Nahverkehr und die entschiedene Ablehnung der dritten Startbahn am Münchner Flughafen. So fasste Fraktions- und Landesvorsitzender Hubert Aiwanger die dreitägigen Beratungen auf dem Freisinger Domberg zusammen.

Die konstruktive Opposition sei offenbar von den Bürgern und in den Kommunen nicht richtig verstanden worden, meinte Aiwanger. Er bezog sich auf die jüngste Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des Bayerischen Rundfunks. Ihr zufolge würden gegenwärtig nur noch 4% der Wähler den Freien Wählern die Stimme geben, die 2008 aus dem Stand mit 10,2% und 21 Abgeordneten ins Maximilianeum gehoben wurden. Die Umfrage, die das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde des Landeswahlgesetzes bedeuten würde, nehmen sie als Auftrag, ihre gute und bürgernahe Politik „mit Köpfen zu besetzen“, die das Profil der Partei verdeutlichen, das leider, auch wegen fehlender Darstellung in den Medien, nicht immer klar genug erkennbar sei. „Wir wollen angreifen, wo es nötig ist“, so Aiwanger.

Strukturmaßnahmen

Die dritte Münchner Startbahn wird von den Freien Wählern deshalb an oberste Stelle gesetzt, weil dadurch noch mehr Millionen des Freistaats für eine strukturell unnütze Erweiterung des Flughafens im Wege von Darlehen an die Flughafengesellschaft festgelegt würden, die anderswo für dringende Strukturmaßnahmen fehlen. Der öffentliche Nahverkehr sehe sich in Zeiten des demographischen Wandels und klammer Haushalte großen Herausforderungen gegenüber. Die

Kommunen würden besonders häufig mit den Sorgen um eine angemessene Beförderung von Schülern konfrontiert.

Für den Staatshaushalt sehen die Freien Wähler mit CSU und FDP heuer angesichts der unerwartet guten, konjunkturellen Entwicklung die Möglichkeit, ohne neue Schulden auszukommen, wie im Dezember vom Kabinett beschlossen. Wie die vorgesehenen 42,7 Mrd. Euro verteilt werden, sei im Haushaltsausschuss noch zu beraten.

Diskussion

Dabei wollen die Freien Wähler ihre Schwerpunkte zur Diskussion stellen und ihre Forderungen auch draußen im Lande profiliert vertreten. Einen Untersuchungsausschuss fordern sie zur Aufklärung des Dioxin-Skandals. Dafür zeichnet sich jedoch nicht nur bei der Koalition, sondern auch bei SPD und Grünen allein schon verfassungsrechtlich keine Zustimmung ab.

Neben den Freien Wählern gehört auch die SPD zu den Verlierern der dimap-Umfrage. Sie kam nur mehr auf 17% nach 18,6% bei der Landtagswahl 2008 und steht jetzt mit den Grünen gleichauf. Wie Aiwanger hat auch SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher dazu aufgerufen, das sozialdemokratische Profil, insbesondere in der zukunftsentscheidenden Bildungspolitik, noch klarer herauszuarbeiten. **rm**

Verzögerungen beim neuen Personalausweis

Schaidinger: Kommunen sind nicht der Prellbock der Bundesdruckerei

„Die Einführung des neuen Personalausweises war von Anfang an ein Ärgernis: Zuerst wollte der Bund die Kosten auf die Kommunen abwälzen, dann lief die Organisation holprig und jetzt macht die Aushandigung der Ausweise an die Bürger Probleme“, sagte Oberbürgermeister Hans Schaidinger, der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags.

Bürger stehen nun in den Passämtern, um ihren neuen Ausweis abzuholen, aber das Passamt kann den Ausweis nicht ausgeben, weil der letzte Schritt am Terminal nicht funktioniert: „Es ist für die Bürger paradox – der Ausweis ist da, kann aber nicht ausgegeben werden. Die Bürger müssen nun die Fehler der Bundesdruckerei ausbaden. Die Bundesdruckerei hat ein Monopol, und das sollte sie auch nutzen, um den Bürgern reibungslos ihre Ausweise auszustellen.“

Hintergrund

Der Hintergrund: Die Einführung des neuen Personalausweises sollte zum 1. November bei über 5000 Städten und Gemeinden in Deutschland starten. Inzwischen kommen die ersten Ausweise von der Bundesdruckerei in Berlin in den Passämtern der Kommunen an, doch es gibt technische Probleme mit den Änderungsterminals.

Schaidinger: „Der neue Personalausweis war ein Riesenprojekt. Die Passämter in den Rathäusern und ihre IT-Dienstleis-

ter haben im Vorfeld alles getan, um fristgerecht starten zu können.“

Enormer Aufwand

Der Aufwand bei den Städten war enorm, weil die EDV angepasst werden musste, was erhebliche Investitionen in Millionenhöhe bedeutete. Die wesentlich längeren Bearbeitungszeiten für den Personalausweis ziehen einen höheren Personalaufwand nach sich. Die Passämter hatten mit Problemen im Vorfeld zu kämpfen: Ärgerlich waren die häufigen Terminverschiebungen und die unkoordinierten Informationen durch den Bund und die Bundesdruckerei; die erforderlichen Geräte wurden von der Bundesdruckerei zu spät und fehlerhaft ausgeliefert. Schaidinger: „Die Pfuscherei des Bundes geht nun zulasten der Bürger. Sie können nicht nachvollziehen, dass die Passämter den Ausweis nicht aushändigen können, weil ein Gerät nicht funktioniert. Es kann nicht sein, dass nun die Kommunen als Prellbock der Bundesdruckerei erhalten müssen.“ **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Gewies
84095 Furth
am 2.2.

Bürgermeister Günther Steinbauer
90552 Röthenbach a. d. Pegnitz
am 2.2.

Bürgermeister
Maximilian Wagner
82399 Raisting
am 9.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Fröhlich
86343 Königsbrunn
am 3.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Xaver Wörle
86989 Steingaden
am 4.2.

Bürgermeister Wolfgang Berthaler
83126 Flintsbach am Inn
am 27.1.

Bürgermeister Friedrich Wörlein
91599 Dentlein am Forst
am 28.1.

Bürgermeister Konrad Glück
83358 Seoon-Seebruck
am 28.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Thomas Bold
97688 Bad Kissingen
am 28.1.

Bürgermeister
Thomas Schmid
82467 Garmisch-Partenkirchen
am 31.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Jochen Partheymüller
96257 Marktgraitz
am 6.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Udo Käsmann
63924 Rüdenu
am 29.1.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Jürgen Heusinger
97633 Sulzfeld
am 3.2.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft:

Erneuerbare Energien krepeln Stromversorgung um

Von Jessica Hövelborn,
Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW

Der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Deutschland schreitet mit großen Schritten voran. Überall im Land entstehen Photovoltaikanlagen, Biogasanlagen und Windparks. Im Bundesländervergleich wurden in Bayern die meisten Photovoltaik- und Biomasseanlagen errichtet. Den weitaus größten Anteil an der Deckung des Stromverbrauches leistete 2010 nach vorläufigen Zahlen des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW im Freistaat nach wie vor die Stromerzeugung aus Wasserkraft (ca. 15 Prozent), gefolgt von der Biomasse einschließlich Deponie- und Klärgas (ca. 7 Prozent) und der Photovoltaik (ca. 5 Prozent). Windenergie (ca. 0,7 Prozent) und die Geothermie spielen eine untergeordnete Rolle. Die stärksten Zuwächse waren in Bayern in den letzten Jahren bei der Photovoltaik und der Biomasseerzeugung festzustellen. Im Freistaat sind mittlerweile knapp 300.000 Photovoltaikanlagen mit einer Spitzenleistung in Höhe von 5.000 Megawatt (MW) an das Stromversorgungsnetz angeschlossen.

Nach den Schätzungen des VBEW decken die erneuerbaren Energien damit inzwischen über 25 Prozent des Stromverbrauchs in Bayern. Lag 1996 die Jahreshöchstlast in Bayern bei zirka 10.500 MW ist sie bis heute auf rund 11.000 MW nur geringfügig gestiegen. 1996 wurden 9,2 Prozent der Jahreshöchstlast von rund 4.000 Wasserkraftwerken und 91,4 Prozent aus etwa 25 großen Wasserkraftwerken gedeckt. „Dieser Kraftwerkspark garantierte eine hohe Einplanbarkeit der Leistungsbereitstellung. Heute wissen wir bei unsicheren Wetterlagen wie z.B. Nebeltagen am Vorabend nicht, welche Leistung uns am nächsten Tag aus der Photovoltaik zur Verfügung stehen wird“, sagte Dr. Claus Gebhardt, Vorsitzender des VBEW.

Marktintegration

Die erneuerbaren Energien haben die Energiewirtschaft verändert und sie werden es weiter tun. „Jetzt gilt es, die erneuerbaren Energien schrittweise in den Markt zu integrieren“, sagte Dr. Gebhardt. Im Augenblick befindet sich insbesondere die bayerische Stromversorgung in einem tiefgreifenden Strukturwandel. „Wir stehen mitten im Umbau eines zentralen hin zu einem dezentralen Energieversorgungssystems“, so Dr. Gebhardt.

Während die Stromerzeugung aus Wasserkraft und Biomasse rund um die Uhr und auch im Winter zuverlässig einen Beitrag zur Energieversorgung leistet, wird der Photovoltaikstrom nur an den sonnigeren Tagen und dann vor allem in den Mittagsstunden in das bayerische Netz eingespeist. Die bayerische Wasserkraft leistet zum Ausgleich der schwankenden Stromerzeugung aus Sonne und Wind mit ihren Pumpspeicherkraftwerken bereits einen wichtigen Beitrag. Als wichtigster erneuerbarer Stromerzeuger trägt die Wasserkraft in Bayern mit rund 15 Prozent zur Deckung des Stromverbrauchs bei. Durch Modernisierungen von Anlagen, Ersatzneubau und umweltverträglichen Neubau kann in Bayern in Zukunft bei der Wasserkraft ein zusätzliches Erzeugungspotential von mehr als 1 Mrd. Kilowattstunde (kWh) im Jahr gehoben werden. Das bedeutet etwa 10 Prozent mehr Wasserkraftstrom als heute.

Deckungsbeiträge

Nach VBEW-Angaben liegen die Deckungsbeiträge zur gesicherten Leistungsbereitstellung aus dem konventionellen und nuklearen bayerischen Kraftwerkspark heute immer noch auf dem Niveau von 1996. Hinzu kamen aber bereits bis Ende 2009 größtenteils ungesichert über 800 MW durch rund 3.000

Biomassekraftwerke, über 450 MW durch etwa 380 Windkraftwerke und über 3.800 MW durch zirka 200.000 Photovoltaikanlagen. „Das heißt, dass an Sonnentagen die Photovoltaik um die Mittagszeit zumindest rechnerisch einen erheblichen Teil der Netzlast deckt“, erklärte Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW. Es kommt zu Rückspeisungen in das Übertragungsnetz.

Um die Erzeugungsspitzen regenerativ erzeugten Stroms in den Griff zu bekommen, reiche der Ausbau der Netze, wie er vielerorts auch sichtbar betrieben wird, nicht aus. „Es ergibt sich die technische Notwendigkeit, Speichertechnologien zu entwickeln. Neben großtechnischen Lösungen, wie beispielsweise durch Pumpspeicherkraftwerke, lässt sich Strom auch in Batterien speichern“, sagte Detlef Fischer. Diese einzusetzen sei sehr teuer, wie Fischer an einer Musterrechnung verdeutlicht: Eine Photovoltaik-Dachanlage, die ein Maximum von 8 Kilowatt (kW) produzieren kann, liefert am Tag bis zu 48 kWh Strom. Wollte man zwei Tagesproduktionen dieses Stroms speichern, müsste man rund 100 Batterien à einer Kilowattstunde Speicherkapazität anschaffen. Das bedeutet, dass zu der Investition von rund 20.000 Euro für die Photovoltaikanlage noch einmal zwischen 10.000 und 20.000 Euro für die Batterien hinzukämen.

Beispielhafter Mechanismus

Doch wie kam es dazu, dass in Deutschland bislang die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien in dieser Größenordnung ausgebaut wurde? Den größten Anteil an diesem Erfolg hat zweifelsfrei das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). In seiner Grundidee gilt es inzwischen international als beispielhafter Mechanismus zur Förderung der erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung: Mit dem Gesetz werden Energieträger gefördert, deren Markteintritt aufgrund der zu hohen Erzeugungskosten nicht möglich wäre. Die Förderung erfolgt mit einer Umlage, die von den Stromverbrauchern getragen wird. Der Staat bleibt außen vor. Er verdient allerdings an der Mehrwertsteuer, die auf diese sogenannte EEG-Umlage erhoben wird. Allein in Bayern werden mit Stand Ende 2010 rund 300.000 Anlagen nach dem EEG gefördert. Die EEG-Umlage beträgt 2011 ca. 3,5 Cent für jede Kilowattstunde. Sie macht 2011 fast 15 Prozent der Stromrechnung eines privaten Haushaltes aus.

Die Einnahmen aus der EEG-Umlage - 2011 werden es voraussichtlich 13,5 Milliarden Euro sein - fließen als Förderung in die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Das ist deutlich

mehr als beispielsweise über den Länderfinanzausgleich zwischen den Bundesländern umverteilt wird. Weitere, über den Strompreis erhobene staatliche Abgaben und Steuern, sind die KWK-Umlage (2010 etwa 410 Millionen Euro), die in die Förderung von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und in die Wärmenetze fließt. Die staatlichen Einnahmen aus der Stromsteuer - 2009 waren es zirka 6,4 Milliarden Euro - dienen zu rund 90 Prozent zur Stabilisierung der Rentenkasse. Die Konzessionsabgabe - 2009 waren es etwa 3,5 Milliarden Euro - tragen zur Stabilisierung der kommunalen Haushalte bei.

Ausbauboom

Die bayerische Energiewirtschaft hat sich auf den Ausbau boom der erneuerbaren Energien eingestellt. Die rund 400 Energieversorger in Bayern tragen die Gesamtverantwortung für die sichere und zuverlässige Strom-, Gas- und Wärmeversorgung vor Ort. Sie unterliegen den im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) beschriebenen Anforderungen und sind gemäß § 1 EnWG zur Versorgung der Allgemeinheit verpflichtet. Die Betreiber der zumeist privaten EEG-Anlagen zur Erzeugung regenerativ erzeugten Stroms sind auch in dieser Hinsicht jedoch privilegiert. Für diese Anlagen besteht sogar ein Anschluss- und Einspeisevorrang vor allen anderen Erzeugungseinheiten, die unter Marktbedingungen Strom erzeugen und verkaufen müssen. Weit über 5.000 MW oder rund 10 Prozent des bayerischen Stromverbrauchs werden inzwischen durch Anlagen gedeckt, die nicht der öffentlichen Versorgung zugerechnet werden können. „Es besteht Handlungsbedarf, diese Anlagenbetreiber neben Rechten auch stärker mit Pflichten auszustatten, denn sie beteiligen sich mittlerweile in erheblichem Umfang am komplexen System der Stromversorgung unseres Landes“, stellte Detlef Fischer fest.

Die derzeitigen Rahmenbedingungen zur Förderung der erneuerbaren Energien bieten für den VBEW noch weitere Ansatzpunkte zur Kritik. Während der ganz normale Stromkunde, der seinen Strom aus dem öffentlichen Netz bezieht, neben den Kosten für die Strombeschaffung, den Vertrieb und die Netzentgelte auch noch für die Umlage zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, die EEG-Umlage, die Konzessionsabgabe und die Stromsteuer zur Kasse gebeten wird, so müsse der private Stromerzeuger für diese staatlich verursachten Kosten nicht immer aufkommen. Dieser kann den mit seiner eigenen Photovoltaikanlage erzeugten Strom frei von „Staatslasten“ selbst verbrauchen und erhält obendrein noch eine Förderung aus dem EEG dazu. Andere, die nicht die Möglichkeit haben, eine Photovoltaikanlage auf das Dach zu bauen, finanzieren diese Anlagen. „Dies stellt eine ordnungspolitische Schiefelage dar“, kommentierte Fischer.

Fahrplanmanagement

Weitere Punkte, die einer Überprüfung bedürfen, sieht der VBEW darin, dass weit über 250.000 natürliche und juristische Personen sich inzwischen an der bayerischen Stromversor-

GZ

Kolumne
Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

Dem Volk auf's „Maul geschaut“ – Gott sei Dank nur einem Teil:

Unglaublich! Da schneit es doch wirklich mitten im Dezember, mitten in Bayern und das sogar mit 20, 30 und mehr Zentimetern Schneehöhe! Eine Frechheit ist das, mitten im Winter solche extremen Schneemengen und das auch noch mitten in der Stadt!

Sollen die da oben ihren Schnee doch in den Bergen abladen, die können ihn für den Wintersport bestens gebrauchen, aber uns in den Städten sollen sie damit gefälligst in Ruhe lassen. Und dann reden die auch noch dauernd von Klimaerwärmung, dabei gibt es



Und dann gehen nach 4 Wochen Dauereinsatz auch noch das Streusalz und der Split aus. Das ist ja wirklich ein Armutzeugnis, dann hätten sie halt mehr kaufen müssen. Und dann reden die sich auch noch darauf heraus, dass sie nicht genügend Lagerhallen für mehr Streusalz haben. Wirklich lächerlich, dann hätten sie halt mehr Lagerhallen bauen müssen, das ist ja wohl nicht so schwierig!

Am meisten kann ich mich aber über die Ausrede aus dem Rathaus aufregen, dass das alles viel Geld kosten würde und dass die Kommunen kein Geld haben. Dabei werfen die doch jeden Tag das Geld sinnlos aus dem Rathausfenster, dann sollen sie endlich einmal etwas Gescheites für die Bürger tun. Was interessiert das mich, ob das alles wirtschaftlich ist, ich will meine Straße geräumt haben und zwar sofort! Und natürlich dürfen die im Rathaus keine neuen Schulden machen, die müssen mit ihrem Geld schon auskommen. Und wenn wirklich nötig, dann sollen sie halt woanders sparen, am besten dort, wo es mich nicht interessiert.

Und weil ich mich seit Tagen so über die im Rathaus ärgern muss, komme ich auch nicht dazu, den Bürgersteig vor meinem Haus zu räumen. Ist ja auch eine Unverschämtheit, von mir als Hausbesitzer und Staatsbürger zu verlangen, auch noch selbst etwas tun zu müssen. In der Zeitung ist gestanden, dass die Hausbesitzer angeblich den Gehweg vor ihrem Haus räumen und streuen müssen. Glauben die wirklich, dass ich mich bei Eis und Schnee und Kälte in aller Herrgottsfrüh vor mein Haus stelle und Schnee schippe, damit andere dort bequem vorbeigehen können? Mit mir können die das nicht machen, ich lasse mir nicht alles gefallen!

Apropos gefallen lassen, jetzt setz ich mich hin und schreib einen Leserbrief an unsere Zeitung und beschwere mich darüber, dass die Straßen so schlecht geräumt sind und dass es auch auf den Bürgersteigen spiegelglatt ist. Dann hab ich auch meinen Winter - Dienst geleistet.

Ihr Gerhard Weber

Winter-Dienst

jetzt schon den ganzen Dezember über eine geschlossene Schneedecke. Wirklich unzumutbar!

Und dann auch noch diese Versager in den Rathäusern. Die wissen doch wirklich gar nichts, nicht einmal dass es heuer im Dezember extrem viel schneit. Und so müssen wir armen Bürger jetzt schon wochenlang auf Straßen fahren, die schlecht oder gar nicht geräumt sind. Unzumutbar ist das, wirklich! Für was zahlen wir eigentlich Steuern? Ja gut, in den letzten zwanzig, dreißig Jahren gab es bei uns keine so ergiebigen Schneefälle wie im Dezember. Aber das sind doch alles nur billige Ausreden von denen in den Rathäusern.

Die hätten sich einfach besser darauf vorbereiten müssen, dass es auch einmal so viel Schnee gibt wie heuer. Die hätten einfach doppelt oder dreimal so viele Mitarbeiter und Räum- und Streufahrzeuge vorhalten müssen, dann wäre der Schnee gleich weg gewesen. Ja, wenn ich in unserem Rathaus etwas zu sagen hätte, dann wäre der Schnee in null Komma fünf Weg und die Straßen wieder frei befahrbar gewesen.

Finanzminister Georg Fahrenschon:

Fortsetzung des Aufschwungs

„2010 war ein gutes Jahr für Deutschland, Bayern und Schwaben. Deutschland ist die Wachstumslokomotive in Europa, Bayern ist an der Spitze beim Aufschwung und Schwaben hat die Überwindung der Krise wesentlich mit vorangetrieben. Andere Regionen und Staaten Europas blicken derzeit mit Neid auf uns. Alle Zeichen stehen auf Fortsetzung des Aufschwungs in diesem Jahr“, betonte Finanzminister Georg Fahrenschon beim 17. Neujahrsempfang „Bayme vbm / vbw“ in Augsburg.

Der Aufschwung sei kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis harter Arbeit. Die mittelständischen Strukturen seien wesentlich Mitgarant für diesen Erfolg. „Familienunternehmen, inhabergeführte Unternehmen sind zäher, man denkt nachhaltig und in Generationen“, hob Fahrenschon hervor. Im Mittelstand seien Arbeitsplätze gehalten worden. Die Unternehmen hätten Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern gezeigt und damit Zuversicht und Sicherheit gegeben.

Fahrenschon hob hervor, dass der Aufschwung inzwischen nicht nur vom Export, sondern auch von der Binnenwirtschaft getragen werde. Trotz der aktuell guten Wirtschaftsdaten warnte er allerdings vor Übermut. So werfe die exorbitante Verschuldung der USA noch viele Fragen auf. In den Schwellenländern drohe die Wirtschaft zu überhitzen. Sorge bereite zudem die Preisentwicklung bei Rohstoffen. Auch in Europa kämpften einige Staaten mit den Problemen der Verschuldung. Fahrenschon: „Das Gebot der Stunde lautet daher: Wir brauchen eine neue Stabilitätskultur in Europa nach deutschem Muster! Wir Bayern müssen besonders darauf achten, denn der Freistaat war und ist der Hort der Stabilität.“

Zur Verschärfung des Stabi-

lung beteiligen, die nicht der öffentlichen Versorgung zuzuordnen sind. Jeder dieser Anlagenbetreiber dürfe seine Anlage „fahren“ wann und wie er will, er müsse sich an keinem Fahrplanmanagement beteiligen. Er könne seine Anlage jederzeit vom Netz nehmen und auch wieder in Betrieb nehmen. Der Staat habe noch kein System eingeführt, um bei Erfordernis den Kontakt mit diesem Personenkreis zu gewährleisten. Auch wer ggf. nach vielen Jahren bei den Photovoltaikanlagen beispielsweise die korrekte Verankerung mit dem Dach kontrollieren werde, sei nach Angaben des VBEW noch nicht abschließend geregelt. Tut sich da eine neue willkommene Aufgabe für die Kaminkehrer auf?

Hohe Verantwortung

Wer sich an der Energieversorgung beteilige, habe eine hohe Verantwortung für die Versorgungs- und Anlagensicherheit. Der VBEW fordert, das Energierecht, das bislang ausschließlich die Unternehmen der öffentlichen Versorgung im Fokus hatte, auf diese Entwicklungen hin zu überprüfen und soweit erforderlich anzupassen.

Insgesamt sieht der VBEW die Stromversorgung derzeit vor ihrer größten Herausforderung seit dem Wiederaufbau nach 1945. Zwar sei die Stromversorgung seit 1998 liberalisiert, das sei aber - bis auf den Wettbewerb um die Stromkunden - nur auf dem Papier so. „De facto gibt es eine Häufung von staatlichen regulierenden Eingriffen und Lasten sowie Privilegien für Einzelgruppen wie nie zuvor“, kritisierte Fischer. Jeder, der sich an der Stromversorgung beteiligt, trägt ein Stück Verantwortung für ein komplexes Gesamtsystem mit vielen Aspekten. □

Kampf ums...

(Fortsetzung von Seite 1)

es sowohl einer Reform der Leistungsstrukturen, zum Beispiel durch eine stärkere subjektbezogene Finanzierung, vollumfängliche Leistungen aus der Pflege- und Krankenversicherung sowie der Schaffung eines Markts von Anbietern, um einen Preis- und Leistungswettbewerb zu eröffnen, als auch eine Überarbeitung der Finanzierungsgrundlagen. Der DStGB fordert ein bundesfinanziertes Leistungsgesetz bzw. in einem ersten Schritt eine Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe, da es sich um eine gesamtstaatliche bzw. gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Überlegenswert sei, die Eingliederungshilfe in eine Versicherungslösung zu überführen.

Belastung

Eine enorme Belastung kommt nach Ansicht des DStGB auf die Städte und Gemeinden durch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit zu. Die Ausgaben hierfür hätten sich seit Einführung dieser Grundsicherung im Jahr 2003 nahezu verdreifacht. Aufgrund der demographischen Entwicklung sowie der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt (Niedriglohnbereich, Brüche in den Erwerbsbiographien) und gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes sei künftig von einem weiteren Zuwachs von Kosten und Empfängerzahlen in diesem Bereich auszugehen.

So belegt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ein geringes Rentenniveau für Frauen in den ostdeutschen Bundesländern. Die Kommunen haben auf diese Faktoren keinen Einfluss. Des Weiteren zahle der Bund künftig keine Rentenversicherungsbeiträge mehr für Hartz IV-Empfänger und verlagere damit Kosten auf die kommunale Ebene. Darüber hinaus sollte der Bund an der Verlängerung der Lebensarbeitszeit festhalten und die Frühverrentung stoppen. Der DStGB begrüßt, dass die Bundesarbeitsministerin 2011 eine Kommission zur Altersarmut einsetzen will.

Gewerbsteuer

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt zudem vor einer Schwächung oder Abschaffung der Gewerbesteuer. Derartige Maßnahmen würden auf einen nachhaltigen Widerstand der Städte und Gemeinden stoßen. Die Gewerbesteuer müsse als wichtigste Einnahmequelle erhalten und gestärkt werden. Eine tragfähige Alternative zur Gewerbesteuer gebe es nicht.

„Jetzt ist auch kein Zeitpunkt für Steuersenkungen“, so der DStGB weiter. Nach einer im Auftrag des Spitzenverbands durchgeführten Forsa-Umfrage ist die große Mehrheit der Bundesbürger (77 Prozent) der Meinung, dass die zu erwartenden Steuermehreinnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation der Städte und Gemeinden verwendet werden sollten. Dass die Steuermehreinnahmen zur Senkung von Steuern genutzt werden sollten, wünscht hingegen nur eine Minderheit von 18 Prozent. Die Meinungen unterscheiden sich in den einzelnen Regionen und Bevölkerungsgruppen nur wenig.

Vertrauen

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in die kommunale Politikebene ist deutlich größer als das Vertrauen zur Bundes- bzw. zur jeweiligen Landesregierung. Die DStGB Forsa-Umfrage zeigt,

dass 49 Prozent der Bürger zu ihrer Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung mit dem jeweiligen Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister das größte Vertrauen haben, zur Bundesregierung lediglich 13 Prozent und zur jeweiligen Landesregierung 16 Prozent. Derzeit haben 22 Prozent zu keiner Politik-Ebene Vertrauen. „Die Politik muss das verloren gegangene Vertrauen wieder zurückgewinnen. Notwendig ist eine Neuausrichtung unserer Gesellschaft. Wir brauchen jetzt Reformen“, heißt es in dem Papier.

Bürgerbeteiligung

Das Beispiel Stuttgart 21 zeige, dass die Bürgerbeteiligung gestärkt und Planungsverfahren optimiert werden müssen. Gerade große Projekte benötigen innovative Plattformen, beispielsweise Diskussionsforen im Internet. Auch die Auslegung von Planungsunterlagen könnte problemlos ins Netz verlagert werden. Dann hätten mehr Bürger einen Zugang und könnten ihre Einwände und Bedenken vorbringen. Gleichzeitig müssten derartige Projekte bundesweit mit Informationskampagnen verbunden werden. So habe zum Beispiel die sog. Info-Box am

Potsdamer Platz in Berlin über Jahre Millionen Besucher angezogen. Die virtuelle Darstellung der neuen Innenstadt von Berlin habe einen wesentlichen Beitrag geleistet, dass die immensen Baumaßnahmen und die damit verbundenen Beeinträchtigungen des Lebens der Bürgerinnen und Bürger in Berlin akzeptiert wurden.

„Die begleitende Aufklärungs- und Informationsarbeit darf nicht erst beginnen, wenn die Bagger fahren, sondern sollten schon vor den ersten Planungen einsetzen und den gesamten Prozess begleiten. Die Kosten derartiger Informationskampagnen müssen von vornherein in die Planung von Großprojekten mit einkalkuliert werden. Zusätzlich sollte man den Mut haben, die Planungsunterlagen soweit wie möglich rechtzeitig offenzulegen“, so der Ratschlag des DStGB. Sowie die Bürger das Gefühl hätten, hier bestehe ein „closed shop“, würde die Akzeptanz zurückgehen.

Im Zuge der Modernisierung der Bürgerbeteiligung sollte man die formellen Planungs- und Beteiligungsverfahren straffen, um so zu einer Verkürzung der Planungszeit zu kommen. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland seien viele Großprojekte unverzichtbar. „Wenn wir den Umstieg zu den alternativen Energi-

en schaffen wollen, brauchen wir bis zu 3.600 Kilometer neue Hochspannungsleitungen in Deutschland. Sonst wird das Projekt scheitern.“

Enormer Handlungsbedarf bei der Infrastruktur

Der enorme Handlungsbedarf werde auch durch die Forsa-Umfrage deutlich, wonach die Mehrheit der Bevölkerung zwar für den Ausbau der alternativen Energie plädiert, aber nur rund 61 Prozent der Bürger bereit wären, in der Nähe ihres Wohnortes neue Überlandstromleitungen zu akzeptieren. Überdurchschnittlich oft würden gerade die Norddeutschen Bedenken gegen den Bau von neuen Überleitungen haben. Hier liege die Zustimmung nur bei 51 Prozent.

„Die Lösung lautet nicht noch mehr Basisdemokratie in Abstimmungen, sondern mehr Transparenz“, betont der Städte- und Gemeindebund. In Deutschland habe sich die repräsentative Demokratie bewährt. Im Übrigen könne eine mögliche Volksabstimmung immer nur mit „Ja“ oder „Nein“ entscheiden. Ob dann eine qualitativ gute Entscheidung herauskomme, sei in den meisten Fällen fraglich. Ziel müsse letztlich „ein Konsens unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sein“. **DK**

Ressourcen und...

(Fortsetzung von Seite 1)

Förderung der Allgemeinmedizin eingerichtet. „Wir wollen Weiterbildungsverbände von Vertragsärzten und Krankenhäusern in der Region initiieren und betreuen. Für interessierte Medizinstudenten, für Assistenzärzte in Weiterbildung und für weiterbildende Ärzte soll eine Anlaufstelle zu allen Fragen der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin geschaffen werden. Wir werden uns in dieser Koordinierungsstelle engagiert einbringen und auch an der Finanzierung beteiligen, obwohl die Allgemeinmedizin nicht das Fach ist, in dem die Krankenhäuser selbst einen Mangel beklagen. Für ein funktionierendes Zusammenspiel in der Versorgung der Patienten ist dieser Bereich aber wesentlicher Bestandteil“, stellte Stumpf fest.

Weiterbildung

Des Weiteren soll im Frühjahr 2011 gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di das dreijährige Projekt „WiK Bayern“ gestartet werden. „WiK“ steht für Weiterbildung im Krankenhaus, und das Projekt hat zum Ziel, Konzepte für eine demografieorientierte Personalentwicklung im Krankenhaus zu schaffen. Für alle Personalgruppen, besonders die Pflege, sollen in sieben Modellkliniken Konzeptionen für Aufgaben wie Förderung älterer Mitarbeiter, Wiedereingliederungsprogramme oder aber Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz erarbeitet werden. Stumpf zufolge werden die Ergebnisse den bayerischen Kliniken für eine breite Umsetzung in der Praxis zugänglich gemacht.

Mit dem Stichwort „Zusammenwirken der Versorgungsbereiche“ beschrieb der BKG-Vorsitzende das zweite dominierende Aufgabenfeld der kommenden Jahre. Angesichts von Personal- und Finanzknappheit und um die Interessen der Patienten stärker als bisher zu berücksichtigen, werde es unverzichtbar, dass das Krankenhaus und der ambulante Bereich ihre Kompetenzen und Ressourcen künftig bündeln.

Dabei steht laut Stumpf nicht die hausärztliche Grundversorgung im Vordergrund, die möglichst flächendeckend aufrechterhalten werden muss. Die

Schnittstelle des Krankenhauses liege bei der fachärztlichen ambulanten Versorgung. Angesichts eines zunehmenden Mangels an Krankenhausärzten werde die Klinik verstärkt auf die Einbindung von Vertragsärzten in der stationären Versorgung bauen müssen. Mit dem sog. Honorararzt kristallisiere sich derzeit ein Modell heraus, das für beide Seiten viele Vorteile biete, zurzeit aber noch mit einigen Unklarheiten – siehe Scheinselbständigkeit und Sozialversicherung – behaftet sei. Auch der zeitliche Umfang, den der Vertragsarzt für eine Mitwirkung in der stationären Versorgung aufbringen kann, sei derzeit von der Rechtsprechung eng gefasst. Stumpf: „Es lohnt sich, diesen Bereich künftig deutlicher auszugestalten, weil er nach meiner Auffassung eine gute Gelegenheit bietet, Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln und den Gedanken der integrierten Versorgung der Patienten fortzuentwickeln.“

Ambulante Behandlung

„Ein Dauerbrenner und heißes Eisen“ ist nach Stumpfs Worten die weitere Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Behandlung. Was die spezialfachärztliche Versorgung angeht, werde man auf die Kompetenz, die die Krankenhäuser hierfür mitbringen, nicht verzichten können. Dies entspreche übrigens auch weitgehend den Interessen der Patienten, die gerade bei komplexeren ambulanten Behandlungen gerne auf die Möglichkeiten und die Infrastruktur der Klinik zurückgreifen.

Auch die Kassenärztliche Bundesvereinigung befasse sich verstärkt mit diesem Thema. Mit einiger Zuversicht stelle er, Stumpf, fest, dass die Einschätzungen gar nicht so weit auseinanderliegen. „Ich wünsche mir, dass die Interessensvertreter von Krankenhäusern und Vertragsärzten sowie die Krankenkassen zu diesem brisanten Thema einen sachdienlichen Dialog finden.“

Kostendämpfung

Das im Januar in Kraft getretene GKV-Finanzierungsgesetz habe den Krankenhausbereich in zweierlei Hinsicht nachteilig getroffen. Zum einen bekämen die Kliniken wegen der anhaltenden Kostendämpfungspolitik die be-

vorstehenden Tarifierungen nicht ansatzweise gegenfinanziert. Hier erwarteten sich die bayerischen Kliniken eine klare Gegensteuerung im kommenden Jahr. „Wir wünschen uns eine gesetzliche Öffnungsklausel, um die Gehaltssteigerungen unserer Mitarbeiter auch bezahlen zu können“, erklärte Stumpf, der in diesem Punkt auf Unterstützung der CSU und des bayerischen Gesundheitsministers Dr. Markus Söder baut.

Zum anderen treiben laut BKG-Geschäftsführer auch die reduzierten Preise bei steigenden Patientenzahlen und schwereren Erkrankungen die Schere zwischen Einnahmen und Kosten weiter auseinander. Nach einer zunächst 30%igen pauschalen Absenkung in 2011 soll ein Mehrleistungsabschlag ab 2012 zwischen Krankenhaus und Krankenkassen vereinbart werden. „Damit wird die Morbiditätslast gleich zweifach den Krankenhäusern aufgebürdet. Vor Ort werden die Kliniken gezwungen, den Krankenkassen Rabatte zu gewähren und zusätzlich müssen die Leistungssteigerungen bei der Kalkulation des Landesbasisfallwertes absenkend berücksichtigt werden. Dies ist eine völlig unhaltbare Situation“, machte Stumpf deutlich.

Mehrleistungsvergütung

Darüber hinaus beinhalte die Regelung der Mehrleistungsvergütung noch „eine weitere ordnungspolitische Sünde“: Die Koalition verlasse mit dieser Vorgabe das Grundprinzip der leistungsorientierten Vergütung und öffne die Tür zu einem System von Preiswettbewerb und Rabatten. Korrekturen seien hier dringend erforderlich, mahnte Stumpf an. Auch dieser Abschnitt der Kostendämpfung im GKV-Finanzierungsgesetz dürfe kein Dauerzustand bleiben.

„Dabei verweigern wir uns einer eingeschränkten Vergütung nicht“, stellte der Vorsitzende klar. Eine 100%ige Vergütung für jede zusätzliche Leistung löse einen falschen Anreiz aus und sei angesichts der steigenden Nachfrage nicht aufrechtzuerhalten. Abschläge müssten aber gerecht und systemkonform ausgestaltet und für alle einheitlich und deshalb gesetzlich geregelt sein. **DK**

Der Mensch im...

(Fortsetzung von Seite 1)

mit bisher 800 qm könne dies nicht mehr in ausreichendem Umfang angeboten werden. Davon seien 75 Prozent der bayerischen Kommunen betroffen, die 4 Mio. Einwohner zu versorgen haben. „Für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist die Lockerung dringend notwendig“, hob Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Landesentwicklung des Bayerischen Landkreistags, in diesem Zusammenhang hervor.

Gleichwohl sei im Rahmen einer Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms im Dialog mit den Verbänden eine generelle anwenderfreundliche Neuregelung notwendig, um die Versorgung des ländlichen Raums mit Dingen des täglichen Bedarfs zu sichern und auch lebendige Innenstädte zu erhalten, so die Meinung des Bayerischen Landkreistags. Das neue Landesentwicklungsprogramm solle die Subsidiarität und die Eigenverantwortung der Kommunen stärken. Kreidl: „Flächendeckende Regelungen bis ins letzte Detail passen weder in die schnelllebige Zeit noch in ein so großes Land wie Bayern. Die entscheidenden Leitlinien müssen Entbürokratisierung, Deregulierung und Kommunalisierung sein. Die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in der jeweiligen Region müssen dabei im Mittelpunkt stehen.“

Bürgernähe

Als „einen entscheidenden Schritt zu mehr Bürgernähe und mehr kommunale Dienstleistung vor Ort, etwa durch schnellere Vorgangsbearbeitung oder einfachere Auskunftsverfahren“, bezeichneten Jakob Kreidl und Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer die nun mehr vollzogene Vollaussstattung aller Landkreise in Bayern mit amtlichen Geodaten. Statt aufwändiger Behördengänge, Aktenstapel und Wartezeiten könnten Bürgerinnen und Bürger jetzt Informationen rund um die Uhr und das 365 Tage im Jahr über Geoportale der Landkreise abfragen.

Auf den Basisdaten der Vermessungsverwaltung, vor allem Karten und Luftbildern, stehen Informationen aus verschiedenen Fachbereichen zur Verfügung. Ob Landschaftsschutzgebiete und Biotope, Gewerbeobjekte und Bebauungspläne, Standorte von Feuerwehren oder Apotheken oder auch Bushaltestellen für die Schüler. Besonders bequem für die Landkreise: Sie brauchen einen Großteil der gewünschten Daten nicht beim Vermessungsamt oder Landesamt für Vermessung und Geoinformation bestel-

len, sondern können die Daten rund um die Uhr über den Internetdienst GeodatenOnline bedarfsgerecht abrufen.

Durch das flächendeckende Angebot an amtlichen Daten der Vermessungsverwaltung entstehen laut Kreidl und Pschierer auch Vorteile für die Wirtschaft. Kommunale Dienstleister im GIS-Bereich könnten den Landkreisen neue Anwendungsmöglichkeiten aufzeigen und neue Geschäftsmodelle entwickeln. Der praktische Nutzen zeige sich bei Verfahren zur Baugenehmigung, bei Landnutzungsanalysen im Bereich des Wasserrechts oder bei der Tourismusförderung.

Sämtliche Landkreise in Bayern nutzen jetzt das umfangreiche Angebot an Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung. Zum 1. Januar 2011 habe der Landkreis Aichach-Friedberg seinen Beitritt zur Vereinbarung zwischen dem Landkreistag und der Bayerischen Vermessungsverwaltung erklärt. In weniger als zwei Jahren nach Abschluss der Vereinbarung im Februar 2009 seien somit alle Landkreise beigetreten.

Diese hohe Akzeptanz durch die Landkreise bestätigt nach Auffassung des kommunalen Spitzenverbandes den gemeinsam von Vermessungsverwaltung und Landkreistag eingeschlagenen Weg, Geobasisdaten und Geodienste der Vermessungsverwaltung unkompliziert und aktuell den Landkreisen zur Verfügung zu stellen. Durch die Teilnahme aller Landkreise werde die breitere Nutzung der Geobasisdaten innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie der kommunalen Familie deutlich gefördert.

Maßgeblich werde somit auch der Einsatz von Geografischen Informationssystemen (GIS) an Landkreisen unterstützt. In Geoinformationssystemen werden Pschierer zufolge Fachdaten von Landkreisen und Kommunen auf der Grundlage der amtlichen Geobasisdaten verwaltet und verarbeitet. Das Potential der amtlichen Geodaten sei sehr hoch: Es umfasse nicht nur Luftbilder und das Digitale Geländemodell, sondern auch die Digitale Flurkarte und Topographische Karten sämtlicher Maßstäbe sowie die Hauskoordinaten für eine adressenscharfe Suche. Das Digitale Geländemodell erlaube beispielsweise die Untersuchung und Darstellung von überschwemmungsgefährdeten Gebieten. „Intelligente“ kartographische Informationssysteme ermöglichen die Darstellung von Alarmzonen für den Katastrophenschutz, z. B. bei der Vogelgrippe. **DK**

Gemeindetag zur Ladenflächenerweiterung

Der Bayerische Gemeindetag begrüßte den jüngsten Kabinettsbeschluss der Bayerischen Staatsregierung, künftig Verkaufsflächen von bis zu 1.200 m² bei Lebensmittel-Vollsortiment-Anbietern zu ermöglichen.

„Das ist ein starkes Signal an die Lebensmittelhändler, sich auch in den Gemeinden und Städten des ländlichen Raums zu engagieren“ sagte Gemeindetagpräsident Dr. Uwe Brandl. „Damit kann die landesplanerische Benachteiligung kleinerer Kommunen, die wir seit Jahren feststellen und beklagen, ein Ende finden. Als Bayerischer Gemeindetag haben wir das, was jetzt beschlossen wurde, über viele Jahre hinweg gefordert. Wir sind sehr zufrieden mit der jüngsten Entscheidung des Ministerrats.“ Brandl wies die Vorwürfe der politischen Opposition im Bayerischen Landtag und anderer Institutionen am Kabinettsbeschluss zurück. „Die Gemeinden haben die Planungshoheit. Sie wollen keinen Wildwuchs auf der grünen Wiese vor den Toren der Gemeinden und Städte zulassen, sondern sicherstellen, dass die von den Vertriebsketten geforderte Größe der Lebensmittelmärkte auch im ländlichen Raum vorgehalten werden kann. Künftig können sie – je nach örtlicher Gegebenheit – über ihre Planungsinstrumente entscheiden, wer die örtliche Versorgungssicherheit zusätzlich gewährleisten kann. Den Kommunen mehr Handlungsspielraum zu gewähren ist vernünftig und richtig. Unbegründete Ängste vor Landschaftszersiedelung und der Verdrängung der örtlichen Einzelhändler sind nicht angebracht.“ **DK**

Deutsche Energie-Agentur:

Biogas-Sonderpreis 2010 für Thüga-Tochter

Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) hat in Berlin die Thüga Energie GmbH aus Singen mit dem Biogas-Sonderpreis ausgezeichnet. Mit diesem Preis hebt die dena besonders innovative und vorbildliche Konzepte hervor, die einen signifikanten Beitrag zur Potenzialerschließung von Biogaseinspeisung leisten.

Im Juni 2010 hatte die 100-prozentige Thüga-Tochter eine eigene Biogas Aufbereitungs- und Einspeiseanlage „Kißlegg-Rahmhaus“ in Betrieb genommen. Sie ist die größte und erste Anlage, die in Deutschland das Membranverfahren zur Gasreinigung einsetzt, das eine höhere wirtschaftliche, technische und ökologische Effizienz verspricht. Ihre jährliche Einspeisekapazität liegt bei rund 26 Millionen kWh. Die Investitionen in die Anlage und den Netzanschluss betragen knapp drei Millionen Euro.

Herausforderungen auf der Nachfrageseite

„Diese Auszeichnung zeigt uns, dass wir mit der Thüga-Gruppe auf einem guten Weg sind“, so Ewald Woste, Vorsitzender des Vorstandes der Thüga AG. Die technische Machbarkeit der Aufbereitung und Einspeisung von Biogas ist mittlerweile vielfach nachgewiesen. Ein weiterer Vorteil ist die Speicherbarkeit. Allerdings wird Biogas gesetzlich gegenüber anderen regenerativen Energieträgern benachteiligt, was dazu führt, dass die Biogasnutzungspotentiale nicht voll ausgeschöpft werden können.

„Die gegenwärtig in Deutschland vorhandene Einspeisekapazität von über zwei TWh kann derzeit nicht einmal zu 50 Prozent

im Markt vertrieben werden.“ erklärt Woste. Der allgemeine Biogasnachfragemangel hat bereits zum Planungs- und Umsetzungsstopp für eine Reihe von Einspeiseprojekten geführt.

400 Mio. Euro für Bioenergieausbau

Die größte kommunale Energiegruppe wird bis Ende 2010 in Summe über 400 Millionen Euro in den Ausbau von Bioenergien investiert haben. Bioenergien haben eine zentrale Bedeutung bei der regionalen Umsetzung der politischen Klimaschutzziele. Sie verknüpfen lokale Wertschöpfung mit einer modernen und nachhaltigen Gestaltung kommunaler Lebensräume. „Dennoch müssen auch wir, wenn sich der gesetzliche Rahmen nicht ändert, Projekte auf Eis legen.“ erläutert der Thüga-Chef.

Mit nachfragefördernden Anpassungen des rechtlichen Ordnungsrahmens (EEG, EEWärmeG, GasNZV) können die Marktchancen von eingespeistem Biogas verbessert und damit der Zubau weiterer Biogasaufbereitungs- und Einspeiseanlagen stimuliert werden. „Nur so wird es möglich sein, das von der Bundesregierung anvisierte Ziel, 60 Mrd. kWh Biogas bis 2020 einzuspeisen, nahezu zu erreichen“, meint Woste. □

Vattenfall verkauft Anteile an Stadtwerken Kassel

Wechsel des strategischen Partners von Vattenfall zu Thüga

Die Thüga Aktiengesellschaft, München, übernimmt den Minderheitenanteil (24,9 Prozent) der Vattenfall Europe AG, Berlin, an der Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel. Über die Höhe des Verkaufspreises wurde Stillschweigen vereinbart.

Sicherung von Arbeitsplätzen

Nachdem in den letzten Wochen bereits der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel den Einstieg der Thüga Aktiengesellschaft befürwortet hatten, ist jetzt die Neuordnung im Gesellschafterkreis der Städtischen Werke vollzogen worden. Kassels Oberbürgermeister Bertram Hilgen begrüßte den Einstieg des Stadtwerkenetzwerkes: „Die Thüga ist ebenso kommunal geprägt wie die Städtischen Werke. Das erleichtert die Zusammenarbeit und sichert die Arbeitsplätze in Kassel.“

Gut gerüstet für die Zukunft

Kassels Stadtkämmerer, Dr. Jürgen Barthel, sieht die Städtischen Werke für die Zukunft gut aufgestellt: „Kassel braucht starke Stadtwerke. Der Einstieg der Thüga schafft die Basis für eine weitere positive Entwicklung unserer größten kommunalen Beteiligung.“ Auch Andreas Helbig, Vorstandsvorsitzender der Städtischen Werke, ist überzeugt, mit der Thüga den richtigen Partner gefunden zu haben. „Im Wettbewerb benötigt ein Stadtwerk einen starken strategischen Partner. Wir müssen Synergien nutzen, um weiter zu wachsen. Das ist mit der Thüga möglich.“

Konsequente Umsetzung der Unternehmensstrategie

„Mit dem Verkauf der Anteile setzen wir unsere Unternehmensstrategie, im Zuge derer wir uns von Minderheitsanteilen trennen, konsequent um. Wir sehen die Thüga mit ihrer langjährigen Erfahrung und mit ihrer kommunalen Gesellschafterstruktur als idealen Partner der Stadt Kassel“, so Tuomo Hatakka, Vorstandsvorsitzender der Vattenfall. □

Thüga-Käufer:

Zu „Energiemanagern des Jahres 2010“ gewählt

Zum zehnten Mal wurde in diesem Jahr der Preis „Energiemanager des Jahres“ vergeben, zum ersten Mal teilen sich die Ehre vier Personen.

Constantin H. Alsheimer (Mainova AG, Frankfurt), Herbert Dombrowsky (N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg), Michael G. Feist (enercity, Hannover) und Thorsten Radensleben (badenova AG & Co. KG, Freiburg), jeweils Vorstandsvorsitzende der Unternehmen, wurde von einer unabhängigen Jury aus Wissenschaft, Journalismus, Wirtschaft und Verbänden der Preis zuerkannt.

Die vier Unternehmenslenker haben Ende 2009 für insgesamt 2,9 Mrd. Euro die Thüga von E.ON Ruhrgas übernommen und zu 100 Prozent in kommunale Hände überführt. Mainova, N-ERGIE und enercity halten jeweils 20,53 Prozent der Thüga, die restlichen 38,41 Prozent liegen beim Konsortium Kom9, einem Zusammenschluss von 46 kommunalen Versorgern unter der Führung von badenova.

Meilenstein in der Debatte über Rekommunalisierung

Juror Stephan Weil, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU): „Die Unternehmensführer haben mit dem Kauf der Thüga einen Meilenstein in der seit der Finanzkrise verstärkt geführten Re-Kommunalisierungsdebatte markiert. Für sie ist dieses – mit großer unternehmerischer Weitsicht entwickelte – Kooperationsprojekt eine besondere Strategieentscheidung,

mit der sie nicht nur ihren kommunalen Einfluss bei gleichzeitiger unternehmerischer Souveränität ausbauen, sondern auch ihre eigene Wettbewerbsposition weiterentwickeln und das von ihnen verantwortete kommunale Vermögen langfristig sichern.“

„Jedes Unternehmen für sich zählt zu den offensiv und erfolgreich agierenden Stadtwerken, jeder der vier Unternehmensführer ist in der Branche anerkannt und in Verbänden in führender Position aktiv“, urteilt Jury-Mitglied Norbert Neumann, Senior Executive Manager bei der Steria Mummert Consulting AG, die mit der Anwaltskanzlei Becker Büttner Held (BBH) Sponsor des Wettbewerbs „Energiemanager des Jahres“ ist.

BBH-Partner Christian Held: „Durch die Thüga-Übernahme werden die kommunalen Kräfte als Gegengewicht zu den großen Energiekonzernen gestärkt.“ Für Jury-Mitglied Helmut Sendner, Chefredakteur der Zeitung „Energie & Management“, ist „die ökologische Ausrichtung der vier Einzelunternehmen, die sie in der neuen Thüga noch bündeln und verstärken wollen, ein wesentlicher Grund für die Preisverleihung“. Der von der Zeitung „Energie & Management“ initiierte Preis wird nach Kriterien wie allgemeine Führungsqualitäten, soziale, gesellschaftliche und ökologische Kompetenz bis hin zu Erfolgen in der Unternehmensentwicklung vergeben. □

GEGENWART



ZUKUNFT

Besuchen Sie uns auf der **E-WORLD ENERGY & WATER**
08. – 10. Februar 2011 in Essen

Halle 2, Stand 421



Zuverlässigkeit oder Innovationen ist für manche Energieversorger die große Frage. Für andere das große Plus.

Wie können sich Städte und Gemeinden mit ihren Stadtwerken auf das Hier und Jetzt konzentrieren und künftige Entwicklungen im Energiemarkt vorausdenken? Eine von vielen Aufgaben, die heute neue Antworten erfordern. Im starken Stadtwerke-Netz der Thüga-Gruppe gehen kommunale Unternehmen den gemeinsamen Weg, um die Energie- und Wasserversorgung unserer Lebensräume nachhaltig zu sichern. Selbstständig, marktgerecht und zukunftsorientiert – das große Plus für bereits 450 Städte mit über 8 Mio. Menschen. Mehr über Ihre Möglichkeiten unter thuega.de



Das große Plus für alle

erdgas schwaben:

Energiesparen und die Umwelt schonen

Verschwendete Energie verursacht unnötige Kosten und schadet der Umwelt. Deshalb ist Energiesparen ein Schwerpunktthema im Leistungs- und Beratungsangebot von erdgas schwaben.

Interessant für alle Hausbesitzer sind Infrarotbilder Ihres Zuhauses. Mit Hilfe der „Infrarotthermografie“ werden Wärmeverluste an Gebäuden sichtbar gemacht. Damit sind Schwachstellen aufzuspüren, die dann gezielt beseitigt werden können (zum Beispiel Wärmebrücken und Wärmeverluste, Durchfeuchtungen, bzw. Leckagen, undichte Türen und Fenster). Das garantiert eine nachhaltige Senkung von Energie- und Heizkosten sowie eine reduzierte CO₂-Emission.

Enormes Einsparpotenzial

Neben guter Wärmedämmung bietet moderne Erdgastechnik ein enormes Einsparpo-

tenzial. Am einfachsten und kostengünstigsten wird die Energieeffizienz gesteigert, wenn eine veraltete Heizungsanlage durch moderne Erdgas-Brennwerttechnik ersetzt wird. Damit verbraucht man bis zu 40 % weniger Energie und senkt den CO₂ Ausstoß um bis zu 51 %. Das rechnet sich schon nach knapp fünf Jahren. Dies bestätigt auch eine aktuelle Studie der IEU (initiative erdgas pro umwelt).

Privater Atomausstieg

Doch die Energieeffizienz lässt sich noch steigern: Mit einem BHKW kann Strom und Wärme zuhause produziert werden. Damit ist der Weg zum

ganz privaten Atomausstieg gebnet

Technik der Zukunft

Blockheizkraftwerke (BHKW) gelten als ökonomischste Erdgas-



Erdgas-Blockheizkraftwerk. □

sind Statoil Petroleum AS (45 Prozent, Operator), GDF SUEZ E&P Norge AS (15 Prozent) und Idemitsu Petroleum Norge AS (15 Prozent).

Vega South liegt im Block 35/11 in der nördlichen Nordsee rund 80 Kilometer vor der norwegischen Küste nordwestlich von Bergen. Das Reservoir mit Gas, Kondensat und Öl befindet sich in einer Tiefe von 3.276 Metern. Die Dicke der Kohlenstoff führenden Gesteinsschicht beträgt annähernd 230 Meter. Der Anteil der Bayerngas Norge an den förderbaren Reserven beträgt 2,6 Mrd. Kubikmeter Gasäquivalent (rund 28 Mrd. kWh). Die Gasmenge entspricht dem Jahresverbrauch von rund einer Million Einfamilienhäusern. Der Produktionshorizont von Vega South reicht bis 2022.

Vega South ist Teil des Vega-Projektes mit den weiteren Gasfeldern Vega Central und Vega North. Vega South wird über ein Unterwassertemplate mit zwei Produktionsbohrungen erschlossen. Die Produktion erfolgt über die benachbarte Gjøa-Plattform. Um die drei Gasfelder mit Gjøa zu verbinden, wurde eine 50 Kilometer lange Pipeline verlegt. Das geförderte Gas wird über die Gjøa- und FLAGS-Pipeline nach St. Fergus in Schottland transportiert. Das Öl wird über die Troll-Ölpipeline nach Mongstad in Norwegen transportiert. □

technik der Zukunft, sie garantieren eine optimale Ausnutzung der eingesetzten Energie. Klein und kompakt lohnen sie sich längst auch für Privathaushalte. Das Mikro-BHKW, betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas, wurde speziell für Ein- und Zweifamilienhäuser oder Kleingewerbetreibende entwickelt.

Mikro-BHKW

Jedes BHKW funktioniert nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und produziert gleichzeitig Strom sowie Wärme für Heizung und Warmwasser. Ein Mikro-BHKW ist kleiner als eine Waschmaschine und spart rund 30 % Primärenergie, bei bis zu 60 % geringerem CO₂-Ausstoß. Der erzeugte Strom lässt sich über normale Leitungen nutzen. Wird mehr erzeugt als verbraucht, wird der Überschuss über den Stromzähler ins Netz eingespeist.

Nähere Informationen unter www.erdgas-schwaben.de. □



Infrarotkamera. □

Deutsches Institut für Urbanistik

Städtische Infrastruktur zukunftsgerichtet planen

Neue Studie zeigt Herausforderungen und Handlungsoptionen für die technische und soziale Infrastrukturplanung der Städte auf

Berlin/Ludwigsburg. Die Rahmenbedingungen für die Planung der städtischen Infrastrukturen in Deutschland haben sich seit einigen Jahren stark verändert. Ursachen sind vor allem der demografische Wandel, Klimaveränderungen sowie die Folgen der kulturellen, technischen und wirtschaftlichen Globalisierung. Neben diesen „Megatrends“ müssen weitere Herausforderungen berücksichtigt werden, die von großer Bedeutung für die künftige Entwicklung der Städte und unserer Lebensverhältnisse sind. Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Wüstenrot Stiftung zeigt Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten in den Bereichen technischer und sozialer Infrastruktur auf.

Im Energiesektor ist ein Umbruch zu einer nachhaltigeren Energieversorgung als wir sie heute kennen dringend geboten. Ideal wäre hier die Nutzung dezentraler Systeme, die sich in lokale bzw. regionale Netzwerke einbinden lassen.

Strukturveränderungen

Auch im Gesundheitssektor stehen erhebliche Strukturveränderungen an, aus denen sich neue, veränderte Finanzierungs- und Organisationsfragen für die kommunalen Krankenhäuser ergeben. In Bildung und Erziehung werden sich nicht nur Angebote und Inhalte verändern, Reformen werden auch die Schließung oder Zusammenlegung von Standorten nach sich ziehen, um mehr Effizienz und schlankere Organisationsformen zu schaffen.

Diese Entwicklungen werden sich auf die vorhandene Infrastruktur und damit auf die Rah-

menbedingungen des Städtebaus auswirken. Sie haben daher bedeutenden Einfluss auf die künftige Planung technischer und sozialer Infrastruktur und stellen die Städte vor neue Herausforderungen, zu denen es bislang kaum städtebauliche Orientierungen gibt.

menbedingungen des Städtebaus auswirken. Sie haben daher bedeutenden Einfluss auf die künftige Planung technischer und sozialer Infrastruktur und stellen die Städte vor neue Herausforderungen, zu denen es bislang kaum städtebauliche Orientierungen gibt.

Untersuchung im Auftrag der Wüstenrot Stiftung

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) führte die Studie im Auftrag der Wüstenrot Stiftung durch. Gemeinsames Ziel war es, anhand des Forschungsprojekts zu einer fundierten Ausarbeitung der Grundlagen für eine neue Form und Qualität von städtebaulichen Orientierungswerten zu gelangen. Die Ergebnisse sollen den Städten dabei helfen, in der Infrastrukturplanung wie auch in den Weichenstellungen für einen zukunftsgerichteten Städtebau die zu erwartenden Entwicklungen

adäquat zu berücksichtigen und die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Stadtentwicklung zu schaffen. Die Studie liefert die in unterschiedlichen infrastrukturellen Handlungsfeldern notwendige systematische Erfassung der Faktoren, die die Ver- bzw. Ent-sorgung der Städte mit Strom, Wärme, Wasser, Abwasser sowie öffentlichem Personennahverkehr beeinflussen und Leistungen wie auch bauliche Einrichtungen der sozialen Infrastruktur - vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit - verändern.

<http://www.difu.de/publikationen/2010/infrastruktur-und-stadtentwicklung.html> □

Bayerngas Norge startet Erdgasproduktion

Das norwegische Explorations- & Produktionsunternehmen Bayerngas Norge AS, Oslo, fördert mit der Inbetriebnahme des Gasfeldes Vega South erstmals eigenes Gas. Marc Hall, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH in München und Chairman of the Board von Bayerngas Norge: „Wir sind on stream, was bedeutet, dass kommunale Unternehmen im Gasproduktionsgeschäft angekommen sind.“

Die kommunale Gas-Beschaffungsplattform Bayerngas hatte Bayerngas Norge erst 2006 gegründet. Ziel war es, sich selbst und ihren Gesellschaftern, kommunalen Stadtwerken in Südbayern und des regionalen Gasunternehmens TIGAS-Erdgas Tirol GmbH, den direkten Zugang zu Gasquellen zu sichern.

Kompetent und solide

2007 beteiligten sich die Bayerngas-Gesellschafter Stadtwerke München GmbH und TIGAS, Innsbruck, direkt an der Bayerngas Norge. Im selben Jahr stieß auch die Swissgas AG, Zürich, zum Gesellschafterkreis des norwegischen Unternehmens hinzu. 2010 wurde der Gesellschafterkreis mit der SWM Gasbeteiligungs GmbH abermals erweitert. Die Bayerngas Norge hat damit sowohl einen gasfachlich kompetenten als auch finanziell soliden Gesellschafterkreis, was beides für den Erfolg im Gasfördergeschäft (Upstream-Geschäft) wichtig ist.

„Innerhalb von viereinhalb Jahren hat Bayerngas Norge ein Portfolio von 44 Gasförderlizenzen in Norwegen, Dänemark und Großbritannien aufgebaut und die Produktion eigenen Gases herbeige-

führt. Das ist für solch ein anspruchsvolles Geschäft beachtlich. Zumal Bayerngas Norge sich nicht in eine bestehende Gasproduktion eingekauft, sondern die Feldesentwicklung von Vega South zusammen mit den Lizenzpartnern selbst in die Hand genommen hat. Von der Screening- bis zur Produktionsphase - wir sind auf allen Wertschöpfungsstufen im Upstream-Geschäft tätig“, so Hall. Arne Westeng, Geschäftsführer der Bayerngas Norge, ergänzt: „Die Strategie der Bayerngas Norge ist, über die Beteiligung an mehreren Feldesentwicklungen die Risiken auszubalancieren. Vega South ist das erste Feld, das in Produktion geht. In 2015 werden es nach heutiger Planung acht produzierende Felder sein.“

Partner in der Lizenz

Die Beteiligung am Gasfeld Vega South war die erste Investition, die Bayerngas Norge getätigt hatte. Nur wenige Monate nach der Gründung und dem ersten Kompetenzaufbau hatte das Unternehmen 25 Prozent der Lizenz PL090C mit dem nachgewiesenen Fund gekauft. Die Partner in der Lizenz

erdgas schwaben ist Bio-Erdgas-Lieferant der A1 Die Wohnbau GmbH, die das deutschlandweit erste Bio-Erdgashaus mit BHKW in Krumbach gebaut hat. Spitzenleistung aus der Region, auch dank:

- klimaschonendem Bio-Erdgas
- und modernster Erdgastechnik

Was die können, können Sie auch! Wir beraten Sie gerne
Telefon 0821 9002-111
www.erdgas-schwaben.de

An die Spitze mit **Bio-Erdgas**

Uwe Bartl, Geschäftsführer A1 Die Wohnbau GmbH

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Dämmungsschalter bringt Licht ins Dunkel

Der Dämmungsschalter mit flexiblen Einstellmöglichkeiten der Firma Doepke nutzt eine Eigenart des menschlichen Sehens zur Energieeinsparung. Der Unterschied des EDS 2 E gegenüber herkömmlichen Schaltern liegt im niedrigeren Helligkeitswert bei der morgendlichen Abschaltung im Vergleich zur Abendeinschaltung. Besonders ab Spätsommer, wenn die Abschaltung der Beleuchtung mit dem Dämmungsschalter EDS 2 E gut 20 Minuten früher erfolgen kann als üblich, verkürzt sich die Betriebszeit deutlich. Für Städte und Kommunen ergibt sich daraus ein hohes Einsparpotenzial im Bereich Energie und CO₂.

Perfekte Anpassung

Die Schaltschwellen des Dämmungsschalters EDS 2 E lassen sich perfekt an die Eigenschaften des menschlichen Auges anpassen. Das subjektive Helligkeitsempfinden des Menschen ist am Morgen besser als am Abend. Das in der Nacht an geringere Helligkeitswerte angepasste Auge benötigt morgens zur Wahrnehmung weniger Licht als nach einem langen, hellen Tag. Diese Eigenart des menschlichen Sehens macht sich die Firma Doepke im Dämmungsschalter EDS 2 E zu Nutze. Nähere Informationen unter www.doepke.de □

E.ON geht in die Offensive:

Energieeffizienz spart viel Geld

Mit ganzheitlichem Konzept Kunden objektiv beraten

„Energieeffizienz gewinnt in allen Bereichen und Unternehmen zunehmend an Bedeutung. Es geht darum, die Energieeffizienz und damit naturgemäß die Kosteneffizienz zu steigern und so zielgerichtet die Umwelt zu entlasten und einen Beitrag zum Energiekonzept 2050 zu leisten“, erklärte Dieter Bochmann, Geschäftsführer der E.ON Vertrieb Deutschland GmbH, vor der Presse in München. Anlass der Pressekonferenz war die Präsentation des Programms „Energieeffizienz für Industrie- und weiterverteilende Unternehmen“ einschließlich der Vorstellung der Beratungsmöglichkeiten und Dienstleistungen, die E.ON bietet.

Zur Ausschöpfung der Effizienzpotenziale bei energieintensiven Unternehmen gewährt die Bundesregierung ab 1. Januar 2013 nur noch Betrieben mit einem zertifizierten Energiemanagement-System Vergünstigungen für die Energie- und Stromsteuer. Deshalb sei es wichtig, so Bochmann, umgehend mit der Vorbereitung zur Zertifizierung des Energiemanagement-Systems zu beginnen.

Maßgeschneiderte Lösungen für Kommunen

Für E.ON als Energieversorger gehe es darum, auch in Zukunft die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, aber gleichzeitig Preiswürdigkeit und den Klimaschutz voranzubringen. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien gelte die Aufmerksamkeits- und Aufmerksamkeit daher jetzt vermehrt der Energieeffizienz. Dabei sei ein ganzheitlicher Blick auf individuelle Gegebenheiten unerlässlich. Weil die E.ON-Experten bei ihren Beratungen und Dienstleistungen ein breites Spektrum von Fachgebieten abdecken, könnten sie Unternehmen und Kommu-

Modellregion München startet:

Audi und E.ON eröffnen Stromtankstelle in Ebersberg

Ebersberg verfügt jetzt über die erste Stromtankstelle der Modellregion für Elektromobilität München. Die Ladestation befindet sich auf dem Volksfestplatz, der auch als Parkplatz für den nahe gelegenen S-Bahnhof genutzt wird. E.ON übergab die erste Tankkarte an den Ebersberger Bürgermeister Walter Brilmayer, der sofort zu einer Probefahrt im Audi A1 e-tron aufbrach. Sukzessive sollen bis Mitte dieses Jahres 20 dieser Fahrzeuge in der Region auf die Straße kommen.

Mit der Tankstelle startet der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur im Rahmen des Projekts eflott. E.ON wird kurzfristig rund hundert Ladepunkte in und um die bayerische Landeshauptstadt München in Betrieb nehmen. Neben Stromtankstellen auf öffentlichen Plätzen gehören dazu auch Ladestationen in Parkhäusern sowie privaten Garagen. Der Energieversorger bietet verschiedene Ladeeinrichtungen für alle Einsatzbereiche an. Die in Ebersberg präferierte Ladestation für den öffentlichen Raum kann mit einem Doppelschluss zwei Elektrofahrzeuge gleichzeitig laden. Für die heimische Garage stehen zwei verschiedene Ladestationen vom Typ „Wallbox“ zur Verfügung.

Interessenten können ab sofort E.ON-Tankkarten zur Nutzung der öffentlichen Ladestationen unter www.eon-energie.com bestellen. Das Aufladen von Elektrofahrzeugen an den Ladestationen ist für die Dauer des Projekts eflott kostenlos. Für Kunden, die eine private Ladestation benötigen, erarbeiten E.ON-Berater ein individuelles Angebot.

Mega City Vehicle

Audi beteiligt sich an dem Flottenprojekt der Modellregion München mit 20 A1 e-tron – ein kompromissloses, ganzheitliches Fahrzeugkonzept mit maximalem Kundennutzen. Das innovative Mega City Vehicle (MCV) mit Elektroantrieb hat im Stadtverkehr eine Reichweite von

50 Kilometern. Der A1 e-tron verfügt über eine Spitzenleistung von 75 kW (102 PS). Ist die Energie der Batterie erschöpft, lädt ein kompakter Verbrennungsmotor die Batterie nach. Die Spitzengeschwindigkeit liegt bei über 130 km/h. Auf den ersten 50 Kilometern Fahrstrecke ist das kompakte MCV emissionsfrei unterwegs. Als Batterie fungiert ein Paket aus Lithium-Ionen-Modulen, das vor der Hinterrachse in der Bodengruppe liegt.

Der Referent listete fünf Bereiche auf:

1. Kälte. Hier ermitteln die Experten in den jeweiligen Industriebetrieben und kommunalen Einrichtungen sinnvolle Verbesserungsmöglichkeiten – etwa bei den Anlagen zur Lüftung, Klimaregelung, Kälte- und Wärmeerzeugung, aber auch bei Einzelraumregelungen, Hallenhei-

Sinnvolle Verbesserungen

zungen oder Wärmepumpen. Dabei spielen sowohl die Nutzung vorhandener Wärmequellen als auch die Kraft-Wärme-Kopplung immer eine zentrale Rolle.

2. Der Bereich Licht: Die Fachleute analysieren auch Einsparpotenziale bei Beleuchtung und Illumination.
3. Der Bereich elektrische Netze: Hier liegt der Fokus auf der Netzqualität, der Blindstrom-Kompensation, dem Lastmanagement, der Energieverbrauchserfassung und der unterbrechungsfreien Stromversorgung (USV).
4. Der Bereich Gas-Netze und Gas-Anlagen: Es lohnt eine Überprüfung der Gas-technik, Werksnetze und Feuerungsanlagen durch TRGISachverständige.
5. Auch bei Thermographie, Mobilität, elektrischen Antrieben, Druckluft sowie Benchmarking könnten die E.ON-Fachleute Hilfestellung und Beratung anbieten.

Energiemanagement-Systeme

Für Industriekunden und weiterverteilende Unternehmen hat E.ON eine ganze Palette an Beratungs- und Dienstleistungen bereit. Wichtig sei eine individuelle Energieanalyse. Diese gebe Antworten auf folgende Fragen:

- „Wie können wir den Energieverbrauch reduzieren, um Kosten zu senken?“
- „Wo wird Energie verbraucht und wie viel?“ - „Haben wir ausreichend Daten?“
- „Wie können wir den laufenden Betrieb optimieren?“
- „Welche Investitionen rechnen sich?“

Kennzahlen und Benchmarks werden erstellt sowie Energieströme und -verbräuche transparent dargestellt. Aus all diesen Analysen resultiert dann ein Maßnahmenkatalog.

Bochmann sieht viele Vorteile für den Kunden: Er erhält zuverlässige Energiedaten, bekommt Transparenz in seine Energieverbrauchsstrukturen, kann kontinuierlich die Energieeffizienz

1,9 l auf 100 Kilometer

über 50 Kilometer. Der A1 e-tron verfügt über eine Spitzenleistung von 75 kW (102 PS). Ist die Energie der Batterie erschöpft, lädt ein kompakter Verbrennungsmotor die Batterie nach. Die Spitzengeschwindigkeit liegt bei über 130 km/h. Auf den ersten 50 Kilometern Fahrstrecke ist das kompakte MCV emissionsfrei unterwegs. Als Batterie fungiert ein Paket aus Lithium-Ionen-Modulen, das vor der Hinterrachse in der Bodengruppe liegt.

In Ausnahmefällen erhöht ein kompakter Einscheiben-Wankelmotor in diesem seriennahen Modell die Reichweite. Dieser sogenannte Range Extender betreibt einen Generator, der 15 kW Ladeleistung erzeugt. Wenn er die Batterie nachlädt, verfügt der A1 e-tron über eine zusätzliche Reichweite von 200 Kilometern. Nach dem Entwurf für die Normung zur Ermittlung des Verbrauchs für Range Extender-Fahrzeuge ergibt sich ein Kraftstoffverbrauch von 1,9 l/100 km – ein CO₂-Äquivalent von nur 45 g/km

steigern, die Energiekosten reduzieren. Die erfahrenen Ingenieure seien zu neutraler Beratung verpflichtet. Auf diese Weise seien die gesetzlichen Vorgaben zur Erhöhung der Energieeffizienz erreichbar, die bei Unternehmen Voraussetzung für Steuervorteile sind.

Konkrete Beispiele

Anschließend erläuterten Karsten Miede, Abteilungsleiter Energiedienstleistungen bei der E.ON Avacon Vertrieb und Hans Wackertapp, Abteilungsleiter Industriedienstleistungen bei der E.ON Ruhrgas AG anhand von konkreten Beispielen, wie Energieeffizienzanalysen konkret durchgeführt werden und welche Einsparpotenziale sich daraus ergeben.

Bei einer Kaffeerösterei ergab die Energieeffizienzanalyse jährliche Energieeinsparungen von etwa 20 Prozent, was in diesem konkreten Fall bis zu fünf Gigawattstunden bedeutet. Die Umstellung von Öl auf Gas brachte zudem ein signifikantes Minus bei brennstoffbedingten Emissionen, gravierend weniger CO₂ und NO_x. Durch den geringeren Schwefelgehalt stiegen die Nutzungszeiten für die Katalysatoren deutlich.

Ähnlich günstig erwies sich die Recherche in einer Glasfabrik. Die Herstellung von Glas ist äußerst energieintensiv. Die Einsparungen, die dort letztlich erzielt wurden, liegen bei rund 500.000 Kilowattstunden im Jahr.

Sonderaktion für Hallen- und Freibäder

Besonders interessant für kommunale Entscheidungsträger ist das Beispiel der Energieanalyse in einem Erlebnisbad. Im Rahmen der Sonderaktion „Energieanalyse für Hallen- und Freibäder“ wurde eine Wasserwelt in Mitteldeutschland unter die Lupe genommen. Das Erlebnisbad bietet ein 25 Meter langes Sprung- und Schwimmbecken, ein Thermalbecken und fünf verschiedene Saunatypen. Besonders Highlight ist das ganzjährig beheizte Außenbecken, welches aber einen erhöhten Energieverbrauch verursacht. Strom und Gas bekommt das Bad von einem regionalen Versorgungsbe-

trieb im Harz. Dieser wiederum wird von der E.ON betreut. Ein aktueller Preisvergleich ergab, dass es günstiger ist, den im zentralen Blockheizkraftwerk (BHKW) produzierten Strom selber zu nutzen als ihn ins öffentliche Netz einzuspeisen. Zudem entdeckten die Experten, dass zwei der vier mit Gasmotoren laufenden BHKW-Module nicht weiter betrieben werden sollten, weil sie die Wirtschaftlichkeit der Gesamtanlage verschlechtern. Eine Überprüfung der drei Horizontalspeicher, die jeweils 30 Kubikmeter heißes Wasser fassen, ergab zudem, dass der Betrieb von zwei dieser Speicher völlig ausreicht. Die möglichen Einsparungen im Bereich BHKW-Anlagen machen jährlich 30.000 Kilowattstunden und 11.000 Euro aus (Stromkostensparnis).

Nach einer Analyse der Raumlufttechnik empfahlen die beiden Experten den Einbau moderner Umlufttechnik mit einer relativ kurzen Amortisationszeit von etwa 13 Monaten. Vorteil solch eines Systems: Das intelligente Zusammenspiel von Außenluft und Umluft spart viel Heizenergie. Die möglichen Einsparungen im Bereich Lüftungsanlagen belaufen sich auf 550.000 Kilowattstunden und 25.000 Euro jährlich (Wärmekostensparnis).

BHKWs laufen mit Biomethan

Die E.ON Bayern Wärme GmbH rüstet in Eggenfelden zwei Blockheizkraftwerke (BHKW) auf den Betrieb mit Biomethan um und investierte hierfür 600.000 Euro. In beiden Erzeugungsanlagen wird jetzt ein neuer 12-Zylinder-Magergemischmotor mit Oxydations-Katalysator mit dem regenerativ gewonnenen Energieträger betrieben. Die 10 t schweren Module haben eine elektrische Leistung von je 380 kW und eine Wärmeleistung von 462 kW; der Wirkungsgrad liegt bei 90 Prozent. Die neuen Kernstücke der Heizzentralen der Blockheizkraftwerke tragen wesentlich zur Wärme- und Warmwasserversorgung der an den bestehenden Fernwärmenetzen angeschlossenen Fernwärmekunden, wie öffentliche Liegenschaften, soziale Einrichtungen und Wohngebäude bei; der gleichzeitig erzeugte Strom fließt ins Netz von E.ON Bayern.

Das Biomethan wird aus heimischen, nachwachsenden Rohstoffen gewonnen. Es entsteht durch die Aufbereitung von Biogas. Bei dem Verfahren wird dem Biogas der Kohlenstoffdioxid-Anteil entzogen, sodass als Hauptbestandteil Methan übrigbleibt. Das aufbereitete Gas gleicht in seiner Zusammensetzung fossilem Erdgas. Das in Eggenfelden eingesetzte Gas ist gegenüber Preisschwankungen „unempfindlicher“ und erfüllt die Anforderungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) der Bundesregierung. □

Ergebnis der Analyse: Dem Kunden wurden Konzepte für die effektive Optimierung der BHKW- und Lüftungsanlagen vorgeschlagen. Alle Ergebnisse wurden bei einer Abschlusspräsentation erläutert und als schriftlicher Bericht den Verantwortlichen übergeben. Insgesamt kann die Wasserwelt einen nicht geringen fünfstelligen Beitrag jährlich an Energiekosten einsparen.

Auch die Druckluftanalyse in einer Brauerei erschloss den Beratungskunden immense Einsparpotenziale bei gleichzeitiger Schonung der Umwelt. „E.ON liefert nicht nur bundesweit Strom, Erdgas und Wärme, sondern unterstützt bei der Optimierung des betrieblichen Energieverbrauchs, so Dieter Bochmann abschließend. Das Thema Energieeffizienz bleibe noch lange auf der Tagesordnung. „Ich bin mir sicher, dass wir als Energieversorger mit unseren umfassenden, bundesweiten Beratungs- und Dienstleistungsangeboten – nicht nur zum Thema Energieeffizienz – auf dem richtigen Weg sind. Der Energie-Manager versicherte: „Wir unterstützen Kommunen bundesweit, fit für die Zukunft zu werden und helfen Industrieunternehmen, den globalen Wettbewerb besser zu meistern. Hier schlummern enorme und teilweise noch völlig unentdeckte Einsparpotenziale.“ □

Unentdeckte Potenziale

Nach einer Analyse der Raumlufttechnik empfahlen die beiden Experten den Einbau moderner Umlufttechnik mit einer relativ kurzen Amortisationszeit von etwa 13 Monaten. Vorteil solch eines Systems: Das intelligente Zusammenspiel von Außenluft und Umluft spart viel Heizenergie. Die möglichen Einsparungen im Bereich Lüftungsanlagen belaufen sich auf 550.000 Kilowattstunden und 25.000 Euro jährlich (Wärmekostensparnis).



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/sanierung



Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 14 15*

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

e-on | Bayern

Bayerische Elektrizitätswerke BEW:

Wasserkraft im Spannungsfeld

Herausforderungen für die „große Wasserkraft“ sowie strategische Schwerpunkte der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH (BEW) waren Gegenstand eines Hintergrundgesprächs der Bayerischen Gemeindezeitung mit BEW-Geschäftsführer Dr.-Ing. Frank Pöhler in Augsburg. Jährlich erzeugen LEW und BEW als 100-prozentiges Tochterunternehmen rund 1 Milliarde kWh Strom aus regenerativer Wasserkraft.

Die Erzeugungsaktivitäten der Bayerische Elektrizitätswerke GmbH in der Wasserkraft werden um Geothermie, Biomasse und Biogas ergänzt. Zudem bietet das Unternehmen Dienstleistungen in den Bereichen Energie und Umwelt an. Die BEW ist eine sog. Betriebsführungsgesellschaft mit 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für 35 Fluss- und Kanalkraftwerke in Bayerisch-Schwaben. Davon gehören zehn der BEW selbst. Die Kraftwerke liegen an der Donau zwischen Ulm und Donauwörth, am Lechkanal und am Lech nördlich von Augsburg sowie an Wertach, Günz und Iller.

Enormer Nutzen

Dass die Wasserkraft für Bayern einen hohen energiewirtschaftlichen Nutzen hat, liegt Pöhler zufolge auf der Hand: Wasserkraft verbrauche keine fossilen Brennstoffe (Öl, Gas), arbeite völlig CO₂-frei und trage damit wesentlich zum Klimaschutz bei. Die Wasserkraft warte mit einem hohen Wirkungsgrad auf, verfüge über eine hohe Lebensdauer und sei gut prognostizierbar und zuverlässig. Wasserkraftanlagen seien jedoch nicht nur wegen der Stromerzeugung errichtet worden, sondern auch zur Sohl- und Grundwasserstabilisierung und zum Hochwasserschutz, betonte Pöhler.

Mit einer jährlichen Stromproduktion von rund 13 Milliarden Kilowattstunden kommt der Wasserkraft im Freistaat eine energiepolitisch hohe Bedeutung zu. Damit liegt deren Anteil an der bayerischen Stromerzeugung bei 16 bis 18 Prozent. In Bayern gibt es rund 4210 Wasserkraftanlagen, davon 220 größer 1 MW

Modellprojekt E-Wald:

Elektroautos in Deutschlands größtem Härtetest

Deggendorf (obx) – Im Bayerischen Wald ist der deutschlandweit bisher größte Praxistest für Elektromobilität geplant. Das Modellprojekt „E-Wald“ soll die Alltagstauglichkeit von Elektroautos unter schwierigsten Einsatzbedingungen überprüfen. Strafen mit großen Steigungen und Gefällen, harte Winter, niedrige Temperaturen: das ist der Bayerische Wald. Für Lebensdauer und Reichweite von Batterien in Elektroautos könnten die Einsatzbedingungen ungünstiger kaum sein. Auch deshalb wurde die Region am und auf dem „Grünen Dach Europas“ jetzt zur Modellregion für Elektro-Mobilität ausgewählt: Hier sollen Elektroautos in den nächsten Jahren unter topografisch und klimatisch schwierigsten Rahmenbedingungen ihre Alltagstauglichkeit beweisen.

Die Landkreise Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Straubing, Deggendorf und Passau in den Regierungsbezirken Oberpfalz und Niederbayern sind das Testgebiet. 240 bis 250 Ladestationen sind geplant, um die E-Mobilflotte am „Grünen Dach Europas“ rund ums Jahr am Rollen zu halten, beispielsweise auf dem Gelände von Hotels, nahe touristischen Sehenswürdigkeiten oder bei öffentlichen Einrichtungen.

Solarbetriebene Tankstelle

Im niederbayerischen Teisnach ist bereits die erste solarbetriebene Tankstelle für Elektroautos in Betrieb. Bei dem Projekt gehe es um einen „umfassenden Ansatz

Leistung. Diese 5 % der Anlagen erzeugen aber mehr als 90 % des bayerischen Wasserkraftstromes. Über die Hälfte des deutschen Wasserkraftstroms kommt aus Bayern, rechnerisch spart die bayerische Wasserkraft pro Jahr 10 Mio. Tonnen CO₂. Theoretisch ließe sich die Wasserkraftnutzung noch um zehn Prozent ausbauen, davon die Hälfte durch den Neubau großer Anlagen, die auch wieder einen Zusatznutzen für wasserwirtschaftliche Ziele wie Hochwasserschutz und Auenentwicklung haben.

Die zweite Hälfte des Potenzials steckt in der Modernisierung und Nachrüstung bestehender Kraftwerke. Die Bayerische Staatsregierung habe sich den Erhalt und den umweltverträglichen Ausbau der Wasserkraft zum Ziel gesetzt.

Der Bau der Wasserkraftanlagen an den großen bayerischen Gewässern hat sich in den letzten 60 Jahren unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bewährt. Neben der regenerativen Stromerzeugung wurden wasserwirtschaftliche und ökologische Zielsetzungen erreicht.

Eckpunkte und Grundsätze

Die großen Wasserkraftanlagen mit ihren Dämmen und Deichen sind integraler Bestandteil des staatlichen Gesamthochwasserschutzsystems. Daher hat der Freistaat mit den großen Wasserkraftunternehmen Eckpunkte und Grundsätze für eine nachhaltige Wasserkraftnutzung abgestimmt, mit denen sowohl die Wasserkraftnutzung zur regenerativen Stromerzeugung und CO₂-Einsparung gestärkt sowie die sonstigen, insbesondere was-

serwirtschaftlichen Funktionen dieser Anlagen an staatlichen Gewässern in Bayern gesichert werden können, und der ökologische Zustand der Gewässer im Sinne europäischer Vorgaben und der Nachhaltigkeit verbessert werden kann.

Zielkonflikt versachlichen

Wie Pöhler hervorhob, gelte es nun durch das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten von Politik und Wirtschaft, den Zielkonflikt zwischen dem Ausbau nachhaltiger, regenerativer und CO₂-freier Stromerzeugung einschließlich Hochwasserschutz einerseits und der EU-Wasserrahmenrichtlinie, dem neuen Wasserhaushaltsgesetz, sowie diverser Biodiversitäts-Strategien andererseits zu versachlichen. Tatsache ist: Die Wasserkraft-Unternehmen stehen vor einer neuen Herausforderung. So fordert die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie einen guten Gewässerzustand, zu dem u.a. die Durchgängigkeit der Fließgewässer für Fische und andere Lebewesen gehört.

Pilotprojekt Fischaufstiegshilfe

Neben der Fortführung von Gewässerstruktur-Verbesserungsmaßnahmen (Revitalisierung von Kieslaichplätzen, Einbau von Totholzstrukturen), und Projekten zur Auwaldbewässerung gemeinsam mit Donautal-Aktiv hat sich die BEW deshalb unter anderem die Herstellung weiterer Fischaufstiegsanlagen auf ihre Fahnen geschrieben.

Ein Pilotprojekt ist die neugebaute Fischaufstiegshilfe der Unteren Iller AG (UIAG), einem Beteiligungsunternehmen der BEW. Seit 2009 bereits lässt am Filzinger Wehr bei Altenstadt die UIAG, zu deren Vorstandsmitgliedern Frank Pöhler zählt, an der neu gebauten Fischaufstiegshilfe forschen. Bachforellen und

nehmen bereits leise über die Straßen im Bayerischen Wald rollen. Eine eigene Gesellschaft wird der Motor für die Umsetzung des Projekts sein. Ab 2012 oder 2013 könnten dann die Elektroautos auch an Privatleute vermietet werden, so der Plan. Wichtigste Zielgruppe dabei: die Urlauber im Bayerischen Wald.

Komplexes Projekt

Das gesamte Projekt ist sehr komplex: Neben den geeigneten Fahrzeugen ist ein engmaschiges Netz von Ladestationen erforderlich, außerdem aufwändige Steuerungselektronik, beispielsweise in Form eines intelligenten Navigations- und Fahrcomputers, der nicht nur weiß, wo sich das Fahrzeug gerade befindet, sondern auch, wo die nächste Ladestation zu finden ist, der rechtzeitig einen Tankplatz an der nächsten Ladestation bucht und den Fahrer ständig über die Restreichweite informiert.

Mit dem E-Wald-Projekt soll es auch erprobt werden, Elektroauto und die Nutzung vorhandener Verkehrsmittel miteinander zu verzahnen. Die Gäste können beispielsweise mit der Bahn anrei-

andere Iller-Fische werden beim „Treppensteigen“ genau beobachtet. Die von der UIAG gebaute Fischtreppe öffnet als naturnahes Umgehungsgerinne den Fischen und Kleinkrebsen den Weg um die Wehranlage. Für dieses Pilotprojekt errichtete die UIAG extra die Kontrollstation und arbeitet mit dem Landesfischereiverband Bayern, dem Fischereiverband Schwaben und der Fachberatung für Fischerei des Bezirks Schwaben zusammen. Seit April 2010 (bis Ende 2012) laufen mehrere Untersuchungsphasen, abgestimmt auf die Wanderzeiten von Äschen, Barben, Nasen, Aiteln und Forellen.

Regelbauform entwickeln

Die Ergebnisse der Untersuchungen sollen dazu beitragen, die Funktion der Fischaufstiegshilfe zu beurteilen und Empfehlungen für eine Optimierung abzugeben. Ziel ist es auch, eine Regelbauform für Fischaufstiege zu entwickeln. Davon werden in naher Zukunft zahlreiche weitere in bayerischen Donau-einzugsgebiet geplant und gebaut.

Die Fischtreppe am Filzinger Wehr funktioniert wie folgt: Der Fischaufstieg ist insgesamt gut 300 Meter lang, der Höhenunterschied beträgt rund 6,5 Meter. Am unteren Ende befindet sich eine sog. Leitbühne. Durch entsprechende platzierte Steine wird hier eine Lockströmung erzeugt, die den Fischen den Weg weist. Für die Iller-Bewohner beginnt hier der Aufstieg.

Funktionsweise der Fischtreppe

Zunächst geht es über ein Rauergerinne, den naturnahen Beckenpass, in Serpentina nach oben. Insgesamt sind es 27 nach unten abgedichtete Becken, jedes mit einer Länge von vier Metern und einer Sohlbreite von einem Meter. Abgegrenzt sind die einzelnen Becken durch aufgeschichtete Steine, in denen sich jeweils eine Lücke befindet und durch die die Fische von Becken zu Becken schwimmen können. Vor jeder Lücke wurde ein Störstein platziert, der die Strömung reduziert.

Nach dem Beckenpass kommt ein Durchlass unter dem Iller-Uferweg. Auf der anderen Seite des Wegs verläuft der ca. 90 Meter lange Fischbach. In dem nach unten abgedichteten Kiesgerinne befinden sich ebenfalls Störsteine. Der Fischbach endet mit einem weiteren Uferweg-Durchlass. Bevor die wandernden Fische und Krebse wieder zurück in die Iller gelangen, passieren sie die Beobachtungsstation im

Finanzierung noch nicht endgültig geklärt

Die Antriebsenergie, der Strom, soll direkt im Bayerischen Wald erzeugt werden: in regionalen Wasserkraftwerken, Photovoltaik-Anlagen oder Biomasse-Kraftwerken. Und die Kosten? Die Finanzierung des Projekts ist derzeit noch nicht endgültig geklärt. Von rund fünf Millionen Euro Gesamtkosten ist bisher die Rede. Den Löwenanteil wird wohl die Bayerische Staatsregierung besteuern, die letztendlich den Startschuss für das Projekt „E-Wald“ gegeben hat. „Wenn wir das Projekt durchsetzen, wird es deutschlandweit das größte Modellprojekt für Elektromobilität“, sagt Prof. Dr. Peter Sperber von der Fachhochschule Deggendorf, die den Modellversuch „E-Wald“ koordinieren soll. □



GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel im Gespräch mit BEW-Geschäftsführer Dr.-Ing. Frank Pöhler. □

Einlaufbauwerk. Sie besteht aus einem Betonschacht, in den eine 1,6 x 1,6 Meter große Glasscheibe eingebaut ist. In das Gerinne vor der Scheibe kann eine Fangreue für Kontrollzwecke gelegt werden. Die Wassermenge in der Fischaufstiegsanlage wird jahreszeitlich angepasst, d.h., dass während der Sommermonate mit den dann verstärkten Fischwanderungen mehr Wasser fließt.

Wichtige Planungssicherheit für die Betreiber

Wie Pöhler darlegte, werden die Kraftwerksbetreiber BEW und EWK in Zukunft eine große Anzahl von Fischaufstiegen bauen und betreiben müssen, in der Regel ohne EEG-Förderung und mit einem großen Kostenanteil

der Wasserkraft. Um diese Zusatzbelastung bewältigen und die Wasserkraftanlagen nachhaltig betreiben zu können, „bedarf es Planungssicherheit für die Betreiber“.

win-win-Situationen schaffen

Der BEW-Geschäftsführer plädierte dafür, die EU-Wasserrahmenrichtlinie und das Wasserhaushaltsgesetz „mit Augenmaß“ umzusetzen. Zwischen Ökologie und Wirtschaft müssten win-win-Situationen geschaffen werden; ebenso habe eine verursacher- und nutzergerechte Lastenteilung zu erfolgen. Schließlich, so Frank Pöhler abschließend, „ist Wasserkraft nicht das Problem, sondern Teil der Lösung“. DK

Energiekonzept des Bundes:

Bayerischer Städtetag sieht Rückschlag für die Stadtwerke

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat Nachbesserungen im Energiekonzept des Bundes gefordert: Die Städte erwarten eine Kompensation, um die infolge der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke entstehenden Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Stadtwerke möglichst auszugleichen. Eine verbesserte Energieeffizienz bei Gebäuden setzt voraus, dass die bisherigen Fördermittel aufgestockt werden. Das klimafreundliche Verbraucherverhalten kommt im Energiekonzept zu kurz.

Der Bundestag hatte Ende Oktober 2010 das Energiekonzept beschlossen. Ein Ziel der Maßnahmen ist es, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990, zu minimieren. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch soll bis 2050 auf 60 Prozent steigen.

Maßnahmenpaket

Das Konzept enthält ein Maßnahmenpaket zur Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion, der Verstärkung der Energieeffizienz und der energetischen Gebäudesanierung. Die Laufzeit der 17 Kernkraftwerke soll um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert werden. Die Änderung des Atomgesetzes hat der Bundespräsident bereits unterzeichnet. Nun steht eine Klärung durch das Bundesverfassungsgericht an, weil die Oppositionsparteien im Bundestag und grün-regierte Bundesländer eine Klage angekündigt haben.

Nötige Gestaltungsfreiheit

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat bekräftigt, dass die Kommunen Gestaltungsfreiheit bei der Entwicklung von örtlichen Energiekonzepten brauchen. Die Privilegierung von Windkraft und Biomasse durch das Baugesetzbuch soll abgeschafft werden. Regionalplanung und Bauleitplanung müssen ein einfaches und rechtssicheres Instrumentarium zur verbindlichen Umsetzung der Energiekonzepte der Städte und Gemeinden erhalten. Bei Ausbau

und Anpassung der Verteilnetze dürfen die Städte nicht alleine gelassen werden.

Kompensation für Wettbewerbsnachteile

Der Städtetagsvorstand fordert eine Kompensation für die Wettbewerbsnachteile, die den Städten und ihren Unternehmen durch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke entstehen. Die Laufzeitverlängerung festigt die Marktposition der vier großen Stromversorger und behindert die Marktchancen der dezentralen und regenerativen Energieversorgung durch die Stadtwerke.

Fördermittel aufstocken

Die Städte kritisieren, dass das Ausbauziel der Kraft-Wärme-Kopplung mit einem Endanteil von 25 Prozent an der Energieerzeugung bis 2020 nicht im Energiekonzept enthalten ist. Wer dezentrale Energieversorgung will, muss weiterhin auf die Kraft-Wärme-Kopplung setzen. Der Bund will der Energieeffizienz eine Schlüsselrolle zuweisen. Dies kann aber nur funktionieren, wenn die bisherigen Fördermittel für bessere Energieeffizienz bei Gebäuden aufgestockt werden. Außerdem müssen steuerliche Anreize geschaffen werden. Der Bund muss mit neuen technischen Lösungen dafür sorgen, dass die energetische Sanierung im Denkmalschutz voran gebracht wird. Bislang sollen kommunale Effizienzmaßnahmen nur modellhaft gefördert werden. IBS

N-ERGIE bei der E-world 2011:

Maßgeschneiderte Lösungen

Passgenaue und innovative Energielösungen für Industrieunternehmen und Weiterverleiher – mit diesem Konzept punktet die N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg, seit Beginn des Liberalisierungsprozesses. Großkunden, Stadtwerke und der unternehmerische Mittelstand wissen die individuelle Beratung auf Augenhöhe zu schätzen. Das Expertennetz der N-ERGIE spannt sich von Rostock bis Garmisch-Partenkirchen, von Bochum bis Leipzig.

Strukturierte Beschaffung erlaubt Unternehmen ein Höchstmaß an Flexibilität und ermöglicht durch optimierten Einkauf Kostenvorteile. Mit der N-ERGIE als Partner reduziert sich für

die Unternehmen der personelle Aufwand erheblich und es bleibt Raum für die wichtigen strategischen Entscheidungen.

Die N-ERGIE als zuverlässiger Dienstleister ermittelt den

Bedarf an Base- und Peak-Produkten, erstellt regelmäßige Prognosen mit Tagesanpassungen und übernimmt das Fahrplan- und Bilanzkreismanagement. Kurzfristige Preisschwankungen am Strommarkt können die Kunden mit der Beschaffung zu Intraday-Kursen und der Platzierung von Limit-Orders parieren. Auch bei der strukturierten Erdgasbeschaffung ist die N-ERGIE ein erfahrener Partner.

Bewährte Angebote

Für Unternehmen mit einem Jahresstromverbrauch ab 50 Gigawattstunden (GWh), die auf Sicherheit setzen und dennoch Preischancen nutzen wollen, sind die bewährten Angebote TWIN und DUAL interessant.

Das Diskontprodukt TWIN umfasst einen Lieferzeitraum von zwei Jahren. Im ersten Jahr bezieht der Kunde Strom unter dem Marktpreis. Für das zweite Lieferjahr erhält die N-ERGIE im Gegenzug das Recht, Strom zum vorher bereits festgesetzten Preis zu liefern.

Produkt DUAL

Auch DUAL umfasst zwei Lieferjahre. Mit einem Energiepreis im ersten Lieferjahr über Marktpreisniveau erwirbt der Kunde das Recht, sich von der N-ERGIE zum heute aktuellen Marktpreis beliefern zu lassen. Dieses Modell ist besonders interessant, wenn Kunden von steigenden Strompreisen ausgehen, sich aber bei fallenden Preisen alle Chancen offenhalten wollen.

Alle Dienstleistungen

Bei TWIN und DUAL übernimmt die N-ERGIE alle Dienstleistungen von der Prognose über das Beschaffungs- zum Portfolio- und Fahrplanmanagement. Die Kunden wählen zwischen Vollversorgung, Band- oder Fahrplanlieferung.

Nicht nur für Großkunden, auch für den unternehmerischen Mittelstand hat die N-ERGIE interessante Angebote konzipiert, die sie auf der E-world präsentieren wird.

Börsenzugang

Der Nürnberger Energiedienstleister bietet seinen Kunden den direkten Zugang zu allen europäischen Börsen. Das Unternehmen, das zu den Top Ten im deutschen Strommarkt zählt, erwirtschaftet über 40 Prozent seines Stromabsatzes außerhalb des Netzgebietes. Seine 2.600 Mitarbeiter setzten 2009 rund 2,4 Mrd. Euro um.

N-ERGIE auf der E-world energy & water: 8. bis 10. Februar 2011 in Essen. Halle 3, Stand 3-136.

85 % wieder aufgeforstet – zum Einsatz sollen besser an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Baumarten wie beispielsweise Schwarzerlen kommen.

Zeitplan

Der eigentliche Bohrplatzbau soll im Sommer/Herbst 2011 beginnen, der Bohrbeginn in Tutzing Süd wird erst Anfang 2012 nach Abschluss der Bohrung in Höhenried West erfolgen. Ende 2012 sollen die zwei Bohrungen in Tutzing Süd dann abgeschlossen sein und die Renaturierung beginnen. Nach Abschluss der Bauarbeiten werden in Tutzing Süd lediglich zwei Rohrbögen zu sehen sein, die das Wasser geräuschlos in die Erde zurückleiten.



Roland Jans.



Josef Loscar.



Daniela Enlein.

Führungswechsel bei ESB Neue Technologien GmbH und Plattform Energie GmbH

Daniela Enlein übernahm zum 1. Januar 2011 die Geschäftsführung bei der ESB Neue Technologien GmbH (vormals ESB Services GmbH). Die 40-Jährige folgt auf Martin Heun, der als Geschäftsführer zur Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH wechselt. Die ESB Neue Technologien GmbH ist eine 100-prozentige Tochter der Energie Südbayern GmbH (ESB). Kerngeschäft des Unternehmens ist die Planung, Installation und Wartung neuer Heizungstechnologien wie Blockheizkraftwerke und Gaswärmepumpen sowie die Betriebsführung von Anlagen im Energie-Contracting.

Martin Heun war auch Geschäftsführer der Plattform Energie GmbH (PEG). Seine Nachfolger sind seit 1. Januar Roland Jans und Josef Loscar. Die PEG ist eine 2009 gegründete Einkaufsgemeinschaft für Energie. Gesellschafter sind 18 gleichberechtigte Energieversorger und Stadtwerke aus Südbayern.

VKU zum Energie- und Stromsteuergesetz:

Steuerliche Belastung für Fernwärme nicht nachvollziehbar

Berlin (ots) - Die Bilanz des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) zur 2. und 3. Lesung des Energie- und Stromsteuergesetzes im Deutschen Bundestag fällt unterschiedlich aus. „Die Regierungsfractionen haben es versäumt, die erst kürzlich beschlossene Streichung von Steuernachlässen für die Fernwärme zu korrigieren“, so VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck. Damit hat man auch einen Entschleunigungsantrag des Bundesrates ignoriert, der die Fernwärme weiterhin steuerlich begünstigen will.

„Die Fernwärmeversorgung in Deutschland ist aus umwelt- und klimapolitischer Sicht unverzichtbar und müsste noch weiter ausgebaut werden. Durch die steuerliche Belastung ist der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in Gefahr“, zeigt Reck Unverständnis für diese Entscheidung.

Steuerbefreiung von Klär- und Deponiegas

„Die beschlossene Fortführung der Steuerbefreiung von Klär- und Deponiegas ist eine umweltpolitisch sinnvolle Entscheidung“, so Reck. Der ursprüngliche Gesetzentwurf hatte zunächst vorgesehen, die gasförmigen Kohlenwasserstoffe, die bei der Abwasser- und Abfallbehandlung anfallen, zukünftig von der Steuerbefreiung auszunehmen. „Damit wäre klaren umweltpolitischen Zielsetzungen widersprochen worden“, erläutert Reck. „Letztlich

wäre dann das Abfackeln des Gases wirtschaftlicher als die Investition in ein Blockheizkraftwerk, in dem das gewonnene Gas noch unmittelbar innerhalb der Abwasser-/Abfall-Behandlungsanlage zur Energieerzeugung vor Ort eingesetzt werden kann.“ Durch den Beschluss des Bundestages ist sichergestellt, dass solche Anlagen auch weiterhin eine positive CO2-Bilanz aufweisen werden. Frei werdende Energiepotentiale können im Sinne einer ökologisch effizienten Verwertung genutzt werden. Die Steuerbefreiung kann daher auch zukünftig als wesentlicher Faktor bei der investiven Planung der Unternehmen berücksichtigt werden.

Verfrühte Einführung

Die gleichzeitig beschlossene Einführung eines Steuertarifs für Ersatz- und Sekundärbrennstoffe wird von Reck kritisch gesehen: „Die Einführung ist

verfrüht. Derzeit ist noch nicht geklärt, inwieweit Ersatz- und Sekundärbrennstoffe überhaupt einer Besteuerung unterfallen. Insbesondere ist nicht geklärt, ob auch brennbare Stoffe, die Bestandteil des nicht aufbereiteten gemischten Siedlungsabfalls sind, der Besteuerung unterliegen sollen. Der VKU lehnt dies ab, da die teilweise Verbrennung von Siedlungs- und Sonderabfällen in Müllverbrennungsanlagen zur Sicherung der Abfallentsorgung zwingend notwendig ist und nicht primär dem Ersatz anderer Brennstoffe zur Energiegewinnung dient. Zudem würde eine derartige Besteuerung zu Gebührenerhöhungen und somit weiteren Belastungen für die Bürger führen.

Für Klarheit sorgen

Aktuell ist die EU-Kommission aufgefordert hier für Klarheit zu sorgen. Deren Entscheidung sollte abgewartet werden, bevor weitere nationale Umsetzungsmaßnahmen erfolgen. Reck begrüßt insoweit lediglich, dass der Steuersatz - anders als ursprünglich geplant - nicht 1,73 Euro pro Gigajoule, sondern 0,33 Euro pro Gigajoule beträgt. Der Steuertarif sollte sich am Energiegehalt orientieren.

ESB-Heizungs-Tipp:

Entspannt in den Winterurlaub

Günstig ist ein verlängertes Ski-Wochenende oder ein Winterurlaub selten. Richtig teuer kann es werden, wenn während der Urlaubstage außer Haus die Heizung ausfällt. Bei Temperaturen unter Null kommt es schnell zu Frostschäden an Haus und Heizung. Der Energieversorger Energie Südbayern zeigt, welche Vorkehrungen Hausbewohner treffen sollten.

„Bleiben das Haus oder die Wohnung ungeheizt, sind besonders ältere Häuser mit schlechter Dämmung, die noch dazu frei im Wind stehen von Frost gefährdet“, erläutert Conny Reichelt, SHK-Experte bei ESB. „Wer im Winter länger außer Haus ist, sollte die Heizung daher immer auf niedriger Stufe laufen lassen und nicht ganz abschalten.“

Ausschalten nützt wenig

Die Frostschutzstufe mit dem *-Symbol auf dem Thermostat reicht aus, um Haus und Heizkörper gefahrlos über die kalte Zeit zu bringen. Ganz ausschalten bringt übrigens auch energetisch nur wenig: Das komplette Aufheizen von Haus oder Wohnung benötigt mindestens ebensoviel Energie, wie eine minimal temperierte Immobilie.

Sicher ist Sicher

Wer auf Nummer sicher gehen will, wenn er mehrere Tage

außer Haus ist, sollte darüber hinaus einen Nachbarn beauftragen regelmäßig einen Blick auf die Heizung zu werfen. Denn treten bei einem Ausfall Schäden auf, weil sie längere Zeit nicht bemerkt wurden, zählt in vielen Fällen auch die Versicherung nicht.

Heizungscheck

Ein Stück zusätzliche Sicherheit bietet ein sogenannter „Heizungscheck“, den Fachunternehmen für rund 100 Euro anbieten. Dabei werden alle relevanten Teile auf Funktionsfähigkeit geprüft, eingestellt und gereinigt“, so Conny Reichelt weiter. Über den Punkt „Brennstoffversorgung“ müssen sich die Nutzer einer leitungsgebundenen Energie wie Erdgas keine Sorgen machen. Besitzer von Öl- oder Pelletsheizungen sollten hingegen vor dem Skivergnügen wenigstens einen kurzen Blick auf ihren Brennstoffvorrat werfen und den Lagerbestand prüfen.

Bernrieder Geothermieprojekt:

Festlegung des Reinjektionsstandorts

Bernried am Starnberger See – Der zweite Bohrplatz für das Bernrieder Geothermieprojekt steht jetzt fest: Im südlichsten Zipfel der Gemarkung Tutzing, direkt an der Bahnlinie Tutzing-Kochel und in einem Nutzwald gelegen, soll das in Höhenried West aus der Tiefe geförderte Wasser künftig wieder in die Erde zurückfließen. Der Standort erfüllt alle notwendigen Bedingungen, um einen ökonomisch sinnvollen Betrieb zu ermöglichen und dabei die Menschen der Region vor Belästigungen zu schützen.

Wichtigstes Kriterium ist die geologische Beschaffenheit der Erdschichten in 4.000 bis 5.000 Metern Tiefe. Erst die ausreichende Durchlässigkeit dieses Gesteines ermöglicht eine Nutzung in Verbindung mit den Produktionsbohrungen. Der Bohrplatz muss außerdem weit genug von Ortschaften entfernt liegen, um Anwohner vor Belastungen zu schützen. Er muss dabei in der Nähe vom Förderstandort liegen, um allzu weite Wassertransporte zu vermeiden. Und er sollte bereits mit Wegen erschlossen sein, die eventuell neu befestigt werden müssen, um unnötige Eingriffe in die Natur zu vermeiden.

Keine Beeinträchtigungen durch Bohrlärm

Am Standort Tutzing Süd ist all dies gegeben: Die nächsten Wohnhäuser sind 600 bzw.

1.000 Meter von der Bohrstelle entfernt, so dass dort auch während der Bohrarbeiten keine Beeinträchtigungen durch Bohrlärm zu erwarten sind (max. 45 dB, was einem Kühschrankbrummen entspricht). BE Geothermal wird geräuschintensivere Arbeiten wie z. B. Transporte zeitlich so organisieren, dass die klassischen Ruhezeiten unserer Kultur (Nacht, Sonn- und Feiertage) nicht beeinträchtigt werden.

Geschützte Tierwelt

Als erste Maßnahme wird hier im Januar 2011 einige Tage lang eine Fläche von 1,2 ha für den Bohrplatzbau vorbereitet: Der erforderliche Holzeinschlag erfolgt noch im Winter, so dass die Tierwelt geschützt bleibt. Nach Abschluss der Bohrarbeiten wird die Fläche etwa



Bayerische Landessiedlung®

Energie und Kommunale Entwicklung
Erneuerbare Energien als Standortvorteil



Straßenbeleuchtung
Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden



Solarenergie
Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen



Baulandentwicklung
Wohn- und Gewerbegebietserschließung

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Windenergie-Fachtagung in München:

„Der Wind weht stärker“

Die Rolle der Windenergie ist in Bayern derzeit eher bescheiden. Bayern ist kein Küstenland, aber auch hier gibt es ein beachtliches Windpotenzial - ein Blick in den neuen Windatlas zeigt dies. Die in München von der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, dem Bayerischen Bauindustrieverband und dem Bayerischen Gemeindetag durchgeführte Fachtagung „Der Wind weht stärker“ beleuchtete die technischen und rechtlichen Aspekte der Windenergie und ging sowohl auf die problematischen Seiten als auch auf die Potenziale ein.

Wie das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags Dr. Jürgen Busse, in seinem Eingangsstatement darlegte, „ist die Windenergie in Deutschland eine Erfolgsgeschichte“. So habe es im Dezember 2009 mehr als 21.000 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von über 25.000 Megawatt gegeben. Damit habe

die Windenergie vor der Wasserkraft bundesweit den größten Anteil am Strom aus regenerativen Energiequellen. Zwischen 7 % und 8 % des gesamten Stromverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland stammten aus der Windenergie. Schätzungsweise 70.000 bis 80.000 Arbeitsplätze seien mehr oder weniger unmittelbar mit der Nutzung der Wind-



Von links: Jürgen Lang, Kundenmanager der N-ERGIE, Gerhard Schwarz, Leiter Netzkonzessionen, N-ERGIE, Günther Babel, Erster Bürgermeister von Wassertrüdingen, Peter Schubert, Geschäftsleitender Beamter, Wassertrüdingen. □

Wassertrüdingen und N-ERGIE:

Zusammenarbeit wird fortgesetzt

Wassertrüdingen hat sich für eine Fortführung der Zusammenarbeit mit der N-ERGIE Aktiengesellschaft entschieden. Günther Babel, Bürgermeister von Wassertrüdingen, unterzeichnete gemeinsam mit Gerhard Schwarz, Leiter des Bereichs Netzkonzessionen bei der N-ERGIE Aktiengesellschaft, einen neuen Strom-Konzessionsvertrag. Dieser Vertrag hat eine Laufzeit von zehn Jahren.

Für Wassertrüdingen ist die N-ERGIE bzw. ihr Vorgängerunternehmen Fränkisches Überlandwerk AG (FÜW) seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner: die Kooperation geht bereits auf das Jahr 1942 zurück. Das gute und vertrauensvolle Zusammenwirken war auch einer der Gründe, weshalb sich Wassertrüdingen für das Angebot der N-ERGIE entschieden hat.

Versorgungssicherheit

Im Rahmen des Konzessionsvertrags Strom errichtete die N-ERGIE das kommunale Leitungssystem, dokumentierte es vollständig und betreibt es seitdem. Das Unternehmen unterstützt des Weiteren die kommunale Entwicklung und sorgt mit Maßnahmen, wie der Verkabelung von Mittelspannungsfreileitungen, der Netzverstärkung sowie dem Netzausbau für die Einspeisung von erneuerbar erzeugtem Strom, für ein hohes Maß an Versorgungssicherheit.

Im Bundesweiten Durchschnitt liegt die N-ERGIE mit einer durchschnittlichen Stromausfallzeit von 14 Minuten im Jahr 2009 unter dem deutschen Mittelwert von 17 Minuten. Alleine 2010 investiert die N-ERGIE ca. 96 Millionen Euro in ihre Strom- und Gasnetze. Deshalb ist die N-ERGIE für Kommunen, wie Wassertrüdingen, ein kompetenter Partner, der durch seinen 24-Stunden-Entstörungsdienst sichere und zuverlässige Stromversorgung rund um die Uhr garantiert. Der mit Wassertrüdingen ge-

schlossene Kontrakt entspricht dem Musterkonzessionsvertrag, wie er vom Bayerischen Städtetag, dem Bayerischen Gemeindetag sowie dem VBEW (Verband der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V.) vereinbart und vom Bayerischen Staatsministerium des Innern genehmigt wurde. „Die N-ERGIE wird während der Vertragslaufzeit des Strom-Konzessionsvertrags mit Wassertrüdingen den Ausbau des Versorgungsnetzes weiter vorantreiben“, betonte Gerhard Schwarz während eines Pressegesprächs.

Neue Umspannanlage

Bereits 2009 hat die Stadt Wassertrüdingen ihren Gasnetzkonzessionsvertrag um weitere 20 Jahre verlängert. Im Jahr 2010 stellte die N-ERGIE die Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet und in den Ortsteilen auf energiesparende Leuchten um. Die N-ERGIE investiert zudem rund 1,6 Mio. Euro für eine neue Umspannanlage in Wassertrüdingen, um den zeitweise vorhandenen Überschuss der Einspeiseleistung der EEG-Anlagen in das Hochspannungsnetz zu transformieren.

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft ist im Rahmen von Stromkonzessionsverträgen verlässlicher Partner von insgesamt 252 Kommunen im Versorgungsgebiet. Seit Mitte 2007 haben 157 Kommunen ihre Konzessionsverträge mit der N-ERGIE neu abgeschlossen. Davon alleine 145 Strom-Konzessionsverträge. □

energie verbunden. Das investierte Anlagenvolumen belaufe sich etwa auf 2 Mrd. Euro; pro Jahr würden ca. 2,4 Mrd. Euro Umsatz aus dem Betrieb der Anlagen erwirtschaftet.

Schwierige Prognose

Die Windenergiewirtschaft schätze, dass im Jahre 2017 deutlich mehr als 40.000 Megawatt installierte Leistung zu erwarten sind. Im Jahre 2030 sollen es ca. 65.000 MW sein. Dabei ist Busse zufolge „selbstverständlich zu bedenken, dass eine sichere Vorhersage angesichts der doch recht wandelbaren Rahmenbedingungen insbesondere im Bereich der Energiewirtschaft nicht einfach ist oder - wie es Markt Twain einmal treffend ausgedrückt hat: „Prognosen sind immer schwierig, vor allem, wenn sie in die Zukunft gerichtet sind.“

Nachdem Josef Göppel, MdB, Umweltobmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sich mit der Rolle der Windenergie im Energiekonzept der Bundesregierung

Aus Überzeugung

„Die Effizienzprofis“ aus Nürnberg helfen Energie sparen

Die genossenschaftliche Gründungsdynamik im Energiesektor hält weiter an. Insbesondere die dezentrale Erzeugung umweltfreundlicher Energie durch Solarkraft oder Biomasse ist das Ziel vieler Dorfgenossenschaften. Ein mindestens ebenso wichtiger Beitrag zum Umweltschutz ist aber, Energie erst gar nicht zu verbrauchen, sprich zu sparen. Und auch bei diesem Thema tut sich etwas im Genossenschaftssektor.

Zum Beispiel in Nürnberg. Dort haben im März neun freiberufliche Energieberater „Die Effizienzprofis eG“ gegründet. In der Genossenschaft, die Mitglied des Genossenschaftsverbands Bayern ist, schlossen sich in erster Linie Ingenieure zusammen. Aber beispielsweise auch ein Kaufmann und ein Qualitätsmanagementspezialist bringen ihre Fachkenntnis ein. „Gemeinsam sind wir schlagkräftiger und können auch größeren Kunden Energieberatung anbieten“, erklärt die Geschäftsführerin Jutta Deinbeck. „Wir haben zu jedem Thema die passenden Fachleute.“ Die eG sei ein Expertenverbund, von dem der Kunde alle Leistungen aus einer Hand bekomme.

Ursprung einer Idee

Ursprünglich, so erzählt Deinbeck, entstand die Idee zur Gründung der „Effizienzprofis“ im Rahmen ihres Weiterbildungsinstituts „Q.Punkt“, in dem sie bereits seit Jahren Energieberater aus- und weiterbildet. Auch sie selbst ist als Klimaschutzberaterin tätig. Gerade weil es in ihrer Branche keinen geschützten Berufstitel gibt, sind andere Qualitätsmerkmale wie Fortbildungen besonders wichtig.

Leidenschaft zum Beruf gemacht

Genauso wichtig scheint aber eine Menge Herzblut. Denn wenn man mit Deinbeck spricht, spürt man es schnell: Sie hatte das seltene Privileg, ihre Leidenschaft zum Beruf machen zu können. Es bereitet ihr Freude, anderen Menschen das Energie-sparen und den Umweltschutz nahezubringen. Und wenn alle Seiten noch einen Nutzen daraus ziehen können, umso besser. So erahnt man ihre Antwort auf die Frage, ob sie und ihre Partner die Genossenschaft eher aus ideellen Gründen gegründet haben oder um damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen:

auseinandergesetzt und darauf verwiesen hatte, dass erneuerbare Energien Arbeitsplätze im Handwerk bedeuteten, stellte der Landesvorsitzende des Bundesverbandes Windenergie e.V. Günter Beermann fest: „Windenergie in Bayern ist nicht schlechter nutzbar als an der Küste, wir müssen nur höher bauen. Jeder Meter bringt etwa ein Prozent mehr Ertrag.“

Vorzeigekommunen

Gemeinden wie Fröttmanning bei München, Denkendorf, Luftkurort Wirsberg in Ofr., Schweitenkirchen, Bidingen/Allgäu, Großnotersdorf (Markt Titting) und Neustadt an der Aisch hätten bereits Zeichen gesetzt und sich mit Windkraft versorgt, so Beermann. In der Allgäuer Gemeinde Wildpoldsried gehöre die Windenergie schon seit Jahren zum gewohnten Erscheinungsbild.

Zuverlässige und effiziente Technik

Für die Windkraftnutzung an Land spreche insbesondere, dass deren Technik nach 20 Jahren Entwicklung als ausgereift, zuverlässig und höchst effizient gilt. Deshalb könnten moderne Wind-

kraft-Technologien „made in Germany“ mit höheren Türmen und größeren Rotordurchmessern auch in bislang für die Energiegewinnung aus Windkraft nicht relevanten Regionen große Stromerträge erzielen.

Gemeinde und Leitungsverlegung

Cornelia Hesse, Direktorin beim Bayerischen Gemeindetag, betonte, dass über die Verlegung einer Leitung in der Straße regelmäßig der Straßenbaurat, also die Gemeinde informiert. Auf die Frage, ob die Gemeinde die Straßenbenutzung, also die Leitungsverlegung, ablehnen darf, erklärte sie, dass diese in ihrer Entscheidung nicht völlig frei ist, weil sie als Straßenbaurat eine Art Monopolstellung besitze. Nur sachliche Gründe könnten eine Ablehnung rechtfertigen, z. B. wenn die räumlichen Kapazitäten in der Straße erschöpft sein sollten, also kein Platz für eine weitere Leitung sei oder das Angebot nicht angemessen ist. Die Gemeinde habe diskriminierungsfrei über die Einlegung des Stromkabels unter Berücksichtigung ihrer berechtigten Interessen zu entscheiden.

Freie Landschaft, weite Räume

Laut Martin Wölmüller, Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V., stellen Windkraftanlagen, die heute bis zu 180 m hoch werden können, „eine neue Kategorie der Beeinträchtigung dar, die in der Höhe nur von Großindustrieanlagen erreicht wird, allerdings im Gegensatz zu diesen nicht punktuell sondern an vielen Stellen und in immer gleich erscheinendem Erscheinungsbild“. Freie Landschaft und weite, unzerschnittene Räume seien bayerische Charakteristika und Grundlage der Lebensqualität und müssten schon deshalb in dieser Funktion und als Identifikationsmerkmale erhalten bleiben.

Vorgehensweise bei der Suche nach Standorten

Wölmüller plädierte dafür, die Suche nach möglichst verträglichen Standorten zur Gewinnung erneuerbarer Energien „im Rahmen einer qualifizierten kommunalen Landschaftsplanung mit Bürgerbeteiligung“ erfolgen zu lassen. Dabei sollte die Gemeinde ein Gesamtentwicklungs-konzept erstellen, dem eine Bestandsanalyse sowie eine Er-

fassung von Ausschlussflächen vorzuschalten ist.

Auch sollten Gemeinden im Rahmen ihrer Bauleitplanung angemessene Festlegungen und Obergrenzen für Art, Zahl und Dichte von Anlagen festsetzen können (Leitbild, Strategie). Zudem sollte die Dezentralisierung der Energieproduktion, beispielsweise durch Bildung lokaler Investitionsgemeinschaften oder kommunaler Energiekonzepte (z. B. Bürgerwindanlagen) Vorrang haben. Die Gemeinden sollten mit der Entwicklung eines Standortkonzeptes für das ganze Gemeindegebiet im Planungsprozess eine aktive, steuernde Rolle übernehmen.

Laut Wölmüller „wird die Akzeptanzbereitschaft der Bürger gegenüber den Technologien zur Gewinnung regenerativer Energie und gegenüber den Auswirkungen, die sie erzeugen, umso höher sein, je überlegter und rücksichtsvoller sie eingesetzt werden und je mehr Menschen an ihrer Mitgestaltung und am wirtschaftlichen Ertrag beteiligt sind“.

Wildpoldsrieder Aktivitäten

Wie schließlich Arnold Zengler, 1. Bürgermeister der Allgäuer Gemeinde Wildpoldsried berichtete, „gibt es bei uns einige ‚Idealisten‘, denen wir es zu verdanken haben, dass in Wildpoldsried regenerative Energien in einer großen Bandbreite erzeugt werden“. Insbesondere aus dem Bereich der Landwirtschaft komme eine Vielzahl von Aktivitäten, die sowohl ökologisch als auch ökonomisch vorbildlich sind. Ortsansässige Betriebe und Unternehmer ergänzten diese Palette durch innovative Produkte und Dienstleistungen.

Bürgerwindkraftanlagen

Im April 2000 gingen in Wildpoldsried die ersten zwei Bürgerwindkraftanlagen in Betrieb, zwei weitere wurden im Winter 2001/2002 aufgestellt. Im Juni 2008 wurde die 5. Windkraftanlage offiziell eingeweiht. Die fünf Anlagen erzeugen im Jahr etwa 12.000.000 kWh Strom. Der Gesamtverbrauch der Gemeinde liegt bei ca. 5.600.000 kWh. Wildpoldsrieder Bürger erhielten jeweils die Möglichkeit, sich mit Eigenkapital an den eigens für die Projekte gegründeten Gesellschaften zu beteiligen. Insgesamt werden jährlich durch die fünf Windräder 12.000.000 kg CO₂ (gegenüber Kohleversehung) eingespart. **DK**

15.000 Euro für Biomasseheizwerk Ergolding

Für den Bau eines Biomasseheizwerks hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner dem Landkreis Landshut eine Förderung von 15.000 Euro zugesagt. Die rund 250.000 Euro teure Anlage wird die Realschule in Ergolding mit umweltfreundlicher Wärme versorgen. Im Biomassekessel mit 135 Kilowatt Nennwärmeleistung werden pro Jahr etwa 90 Tonnen naturbelassenes Wald- und Restholz aus der Region verfeuert.

Der Minister bezeichnete die Investition als „hervorragendes Beispiel für eine umwelt- und ressourcenschonende Energieversorgung“. Durch den Betrieb der Anlage können jährlich rund 36 000 Kubikmeter Erdgas und damit etwa 108 Tonnen Kohlendioxid eingespart werden. Beim Verbrennen von Holz wird nämlich nur so viel Kohlendioxid freigesetzt, wie der Aufwuchs vorher der Atmosphäre entzogen hat. Laut Brunner bietet die Nutzung von Biomasse der regionalen Land- und Forstwirtschaft zudem eine zusätzliche Einkommensquelle. Der Freistaat setze daher weiter auf Energie aus nachwachsenden Rohstoffen.

Biomasse ist der wichtigste erneuerbare Energieträger in Bayern: Ihr Anteil am gesamten Primärenergieverbrauch beträgt

rund sieben Prozent. Der Rohstoff Holz spielt dabei die größte Rolle: Fast die Hälfte des Biomasse-Einsatzes für Energiezwecke wird aus Holz bereitgestellt, gefolgt von Biokraftstoffen, Biogas und Biomasse in Abfällen.

Enorme CO₂-Einsparung

Von den rund vier Millionen Tonnen Holz, die im Freistaat jährlich für die Energiegewinnung eingesetzt werden, ist die eine Hälfte Restholz, das sonst ungenutzt im Wald verrotten und dabei ebenso Kohlendioxid freisetzen würde, die andere Hälfte sind Reste der Holzindustrie sowie Altholz. Durch die Nutzung von Bioenergie werden bayernweit jährlich etwa sieben Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart. □

„Nachhaltige Bauweise mit Einsatz hocheffizienter Energieeinsparteknik“

Von Heinz Schilling, SEW GmbH Kempen

Die Firma SEW® ist führender Hersteller für hocheffiziente Wärmerückgewinnungssysteme im sogenannten Kreislaufverbund für alle luft- und klimatechnischen Anlagen. Basis dieser bewährten Technik ist ein spezieller Wärmeaustauscher für Luft/Wasser in Gegenstrom-Schicht-Bauweise (GSWT®). Dieser ermöglicht wasser- und luftseitig Austauschgrade bis 90 % und ist somit prädestiniert zur Rückgewinnung von Wärme und Kälte aus den verbrauchten Abluftströmen der luft- und klimatechnischen Anlagen.

Der Gegenstrom-Schicht-Wärmeaustauscher ist ein Quantensprung in der Wärmeaustauschqualität zwischen flüssigen und gasförmigen Medien. Das spezielle daran ist, dass die Wärmeaustauscher für beliebige Luftleistung ab 1.000 m³/h bis > 1 Mio. m³/h aus einzelnen Modulen zur Gegenstrom-Schicht-Technik ausgeführt werden können.

Ausführung in allen Branchen

Seit der Markteinführung dieser Wärmeaustauscher 1983 wurden bereits Tausende Wärmerückgewinnungsanlagen mit einer Gesamtluftleistung von etwa 100 Mio. m³/h in allen Branchen ausgeführt, so z. B. im Bundeskanzleramt Berlin, in der Deutschen Bundesbank Frankfurt sowie große Sparkassen, Versicherungen, Pharmaunternehmen, Hallenbäder u.v.a.m. Damit wurden seit Beginn hochgerechnet etwa 500

Rücknahmesystem für Akkus aus Elektrofahrrädern entwickelt

Stiftung GRS Batterien und der Zweirad-Industrie-Verband etablieren Branchenlösung für Sammlung und Entsorgung von Fahrradakkumulatoren

Die Fahrradbranche erwartet auch für 2011 einen steigenden Absatz von Elektrofahrrädern. Diese sind mit einem kleinen Elektromotor ausgestattet und unterstützen die Tretleistung des Fahrradfahrers auf Wunsch. Allein im vergangenen Jahr wurden rund 150.000 Stück in Deutschland verkauft. Für die umweltgerechte Entsorgung der integrierten Antriebsbatterien etablieren die Stiftung Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien (GRS Batterien) und der Zweirad-Industrie-Verband e.V. (ZIV) gemeinsam eine Branchenlösung.

Batteriegesetz

Antriebsbatterien aus Elektrofahrrädern fallen unter das Batteriegesetz (BattG) und müssen als so genannte Industriebatterien vom Vertrieber zurückgenommen werden können. Auf Grund ihrer besonderen gefahrtretrechtlichen Einstufung können allerdings bestimmte Lithium-Ionen-Batterien größer 500 g nicht mit üblichen Gerätebatterien zusammen in den bekannten grünen Boxen gesammelt werden.

Um auch für diese größeren Fahrradakkumulatoren das Recycling garantieren zu können, hat die Stiftung Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien (GRS Batterien) in Zusammenarbeit mit dem Zweirad-Industrie-Verband e.V. (ZIV) eine Lösung für die Rücknahme und Entsorgung von Akkumulatoren aus Fahrrädern mit Elektroantrieb entwickelt. Damit unterstützt das erfahrene Rücknahmesystem Hersteller bei der Erfüllung der

Mio. m³ Erdgas eingespart. Mit den bereits in Betrieb befindlichen Anlagen werden zur Zeit jährlich etwa 600 Mio. kWh Wärme und Kälte eingespart, womit 160.000 t CO₂ vermieden werden.

Mit dem multifunktionalen GSWT®-Wärme- und Kälterückgewinnungssystem werden System-Austauschgrade von 80% erzielt. Diese Austauschqualität erlaubt die multifunktionale Nutzung dieser Systeme und öffnet den Weg zur hocheffizienten Betriebsweise. Jede zusätzliche multifunktionale Nutzung erhöht die Effizienz des gesamten Systems und ermöglicht Effizienzwerte von mindestens 1:20 bis 1:100. Das heißt, mit 1 kWh an Strommehrabbedarf werden bis zu 100 kWh an Wärme / Kälte zurückgewonnen. Dies bedeutet: mit weniger Aufwand mehr Nutzen! Wärmerückgewinnungssysteme im Kreislaufverbundsystem besitzen eine absolute Trennung zwischen dem verbrauchten Ab-

luftstrom und dem frischen Außenluftstrom. Jegliche Keim- und Schadstoffübertragung ist damit ausgeschlossen. Auch im Stör- bzw. Wartungsfall kann über das System keine Rauch- und Brandübertragung erfolgen.

Dies ist Basis für eine maximale Energieeinsparung ohne Verzicht auf höchste Raumluftqualität. Mit den Anforderungsfaktoren V 1 – V 5 sind die wesentlichen Kriterien für eine erfolgreiche und ganzheitliche Betriebsoptimierung aufgezeigt.

Qualitätsmerkmal V 1: hohe Effektivität

Bei Wärme- und Kälterückgewinnungssystemen wird die Effizienz mit dem sogenannten Austausch- bzw. Rückwärmegrad (ATG) festgestellt. Mit der Schichttechnologie ist ein Wär-

meaustausch sowohl auf Luft- bzw. Wasserseite bis auf geringste Temperaturgrade (90 % / 90 %) möglich. Damit werden effektiv Systemaustauschgrade von 80% realisiert.

Qualitätsmerkmal V 2: hohe Energieeffizienz

Die Effizienz kann dabei als Verhältnis definiert werden, wie z. B. 1:20. Dies bedeutet, dass mit 1 kWh Strom z. B. 20 kWh an Wärme / Kälte zurückgewonnen werden. Im Jahresmittel versteht sich. Die Effizienz steigt, wenn bei hohem Austauschgrad der Aufwand fällt. Mit jeder multifunktionalen Nutzung wird der Aufwand reduziert und der Nutzen erhöht. Dabei ist nicht nur der energetische Aufwand zu bewerten, sondern auch der gesamte bau- und anlagentechnische Aufwand für die Heiz- und Kältezentralen, Rückkühlwerke, Luftzusammenführung etc.

Qualitätsmerkmal V 3: hohe Austauschqualität und in Folge betriebs- und funktionssicher

Von Vorteil ist dies allerdings erst, wenn die Rückgewinnungs-

LED-Pilotprojekt in Gersthofen

In Gersthofen werden die Ziehrer- und Bgm.-Wendler-Straße künftig mit LED-Lampen von Lichtspezialisten Hella aus Lippstadt ausgeleuchtet. Gemeinsam mit der LEW Netzservice GmbH, von der die Straßenbeleuchtung in Gersthofen betrieben wird, richtet Hella dort eine Teststrecke ein. LEW montiert das neuentwickelte modulare Leuchtsystem „Hella Eco Street Line“ in den beiden Straßenzügen. Kürzlich fand der offizielle Auftakt des LED-Pilotprojekts statt.

„Wir haben deutschlandweit bereits eine Vielzahl von Teststrecken installiert. So hat beispielsweise die Stadt Lippstadt Teile ihrer Straßenbeleuchtung komplett auf unsere LED-Lampen umgestellt. Aber auch in China sind schon erste Straßen mit unseren Leuchten ausgestattet“, sagte Torsten Frank, regionaler Hella-Vertriebsleiter für den Bereich Industries.

Großer Erfahrungsschatz

„Die LED-Lampen kommen richtig gut an. Ein Grund hierfür liegt sicherlich darin, dass wir schon seit über 100 Jahren Innovationstreiber im Bereich der Scheinwerferentwicklung im Automobilbereich sind. Wir wissen also, wie man Licht optimal auf die Straße bringt. Von diesem Know-how und Erfahrungsschatz profitieren wir ganz erheblich, wenn es um die Entwicklung und Produktion innovativer LED-Straßenleuchten geht.“

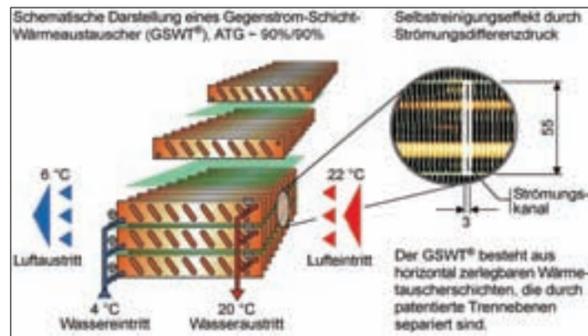
„Die LEW Netzservice GmbH ist im Netzgebiet der Lechwerke traditionell ein kompetenter und verlässlicher Partner für die Kommunen. In über 250 betreiben wir

derzeit die Straßenbeleuchtung und sind dabei für energieeffiziente und innovative Lösungen wie die LED-Lampen von Hella immer aufgeschlossen“, sagte Christian Mayr vom LEW Netzservice. Gegenüber herkömmlichen Straßenbeleuchtungsarten weist die neuentwickelte LED-Straßenbeleuchtung von Hella zahlreiche Vorteile auf: So lässt sich der Energieverbrauch allein durch Einsatz der LED-Technologie erheblich senken. Damit einher geht eine deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen. Dank der Lebensdauer von etwa zwölf Jahren fallen durch die LED-Module außerdem deutlich niedrigere Betriebskosten an. Gezielte Ausleuchtung, kein Lichtsmog, zeitloses Design und einfache Umrüstung sind weitere Vorteile der „Eco StreetLine“.

Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet. Die Helligkeit und Lichtverteilung in den Straßen wird exakt analysiert und der Werte der alten Straßenbeleuchtung mit denen der neuen LED-Lampen verglichen. Die Ergebnisse der Messungen werden voraussichtlich Anfang März öffentlich vorgestellt. □



Torsten Frank, regionaler Hella-Vertriebsleiter für den Bereich Industries (I), und Christian Mayr vom LEW Netzservice präsentieren eine der neuen LED-Lampen, die im Rahmen des Pilotprojekts in Gersthofen montiert werden. Im Hintergrund leuchtet bereits die erste neue Straßenbeleuchtung. □



technik auch konstruktiv betriebs- und ausfallsicher ist und die Leistung ausfallsicher bereit gestellt wird.

Die in sich funktionsfähigen Gegenstrom-Schicht-Wärmetauschermodule der GSWT®-Technik sind einzeln funktionsfähig, absperrbar, entleerbar und entlüftbar und schaffen so hohe Redundanz und Betriebssicherheit.

Doppelpumpentechnik

Dazu kommt eine Doppelpumpentechnik, eine vollautomatische SPS-Programmschaltung mittels Siemens S7 mit integrierter Hand-Betriebsebene, einer schichtweisen Kondensatableitung, integriertem Frost- und Vereisungsschutz etc. Darüber hinaus ist der Wärmetauscher voll reinigungsfähig sowie zu 100% desinfizier- und dekontaminierbar. Dies alles ist auch Voraussetzung für eine multifunktionale Nutzung im bewährten Kreislaufverbundsystem.

Qualitätsmerkmal V 4: multifunktionale Nutzung

Die Qualität der GSWT®-Rückgewinnungstechnik ermöglicht die Übernahme fast aller

anderen wichtigen thermischen Funktionen. Das Kreislaufverbundsystem der Wärmerückgewinnung übernimmt nun universell alle wärme- und kälte-technischen Vorgänge der Lüftungsanlage, wie zum Beispiel zunächst die Wärme- und Kälterückgewinnung, die Lüfterwärmung, Luftkühlung durch indirekt adiabate Verdunstungskühlung, die sogenannte Nachkältegewinnung, die Freie Kühlung sowie die Rückkühlung von bauseitigen Kältemaschinen oder BHKW's. Möglich wurde dies ausschließlich durch die Qualitätsmerkmale V1 – V3.

Qualitätsmerkmal V 5: hohe Rentabilität

Damit ist mit der GSWT®-Technik eine Mehrfachamortisation wie folgt möglich: zu 100 % direkt durch reduzierte Bauflächen für die Heiz- und Kältezentralen und Aufstellflächen für Rückkühlwerke; zu 100 % direkt durch Reduzierung der Wärme- und Kälteerzeugung einschließlich aller Nebenleistungen; zu 20 bis 50 % pro Jahr durch Energieeinsparung (Wärme, Kälte und sogar Strom). □



Ihr Partner für hocheffiziente Energieeinsparteknik seit 1983

Rentable Energieeinsparung für alle luft- und klimatechnischen Anlagen - und dies in V5®-Nutzungsqualität -

Für alle,

die für Ihre Büro- und Verwaltungsgebäude etc. größere luft- und klimatechnische Anlagen bereits haben oder künftig benötigen, sollten wissen, welche enormen Energieeinsparungsmöglichkeiten durch den Einsatz hocheffizienter Rückgewinnungstechnik möglich sind. Die V5®-Nutzungsqualität der SEW®-Technik ist dabei besonders wichtig! Die Merkmale sind wie folgt:

- ▶ **V1: hocheffektiv** - mit Einsatz der hocheffizienten Rückgewinnungstechnik wird benötigte frische Außenluft bei Bedarf bis zu 80% aus der verbrauchten Abluft erwärmt oder in Verbindung mit einer adiabaten Verdunstungskühlung gekühlt.
- ▶ **V2: hocheffizient** - mit Jahresleistungsziffern $\geq 1:20$, d.h. mit 1 kWh Stromaufwand im Jahresmittel werden mehr als 20 kWh an Wärme- und Kälte zurückgewonnen.
- ▶ **V3: betriebs- und funktionssicher** - und damit höchste Austauschqualität. Geeignet zur drastischen Reduzierung der üblicherweise vorzuhaltenden Wärme- und Kälteerzeugerleistung, Rückkühlwerke etc. **Absolut keim- und schadstoffübertragungsfrei, auch im Störfall ohne Rauch und Brandübertragung.**
- ▶ **V4: multifunktional** - das Rückgewinnungssystem ersetzt gleichzeitig die komplette thermische Funktion für eine Luft- und Klimaanlage; Lüfterwärmung, Luftkühlung, Rückkühlung oder Sonderfunktionen, wie Freie Kühlung, Nachkältegewinnung, BHKW-Einbindung.
- ▶ **V5: hochrentabel** - durch starke Reduzierungen der Wärme- und Kälteerzeuger, Rückkühlwerke etc. und in Folge durch die hohe Energieeinsparung.

Vorbildprojekte aus Bayern

Leopoldina Krankenhaus Schweinfurt



eingesparte Heizleistung: 2.450 kW
eingesparte Kälteleistung: 890 kW

Baureferat München



eingesparte Heizleistung: 273 kW
eingesparte Kälteleistung: 105 kW

Mit dieser Einsparteknik wurden seit 1983 hochgerechnet ca. 700 Mio. m³ Erdgas eingespart. Mit den bereits in Betrieb befindlichen Anlagen werden jährlich über 730 Mio. kWh Wärme und Kälte eingespart, womit etwa 165.000 t CO₂ substituiert werden.



Eine Technik, die durch Ihre Nachhaltigkeit dem Kunden und unserer Umwelt auf Jahrzehnte Nutzen bringt

D-47906 Kempen • Tel: 0 21 52 / 91 56 - 0 • www.sew-kempen.de

Kritik vom bvse:

Wertvolle Rohstoffe gehen verloren

Sammelergebnis für Elektro(nik)-Altgeräte ist enttäuschend

„Es gibt noch viel Potential zur Gewinnung von Rohstoffen mit Hilfe des Elektrorecyclings, aber wir müssen unsere Anstrengungen deutlich intensivieren.“ Das sagte Ullrich Didszun, Vizepräsident des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. und Vorsitzender des Fachverbandes Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling. Er verwies dabei auf die jüngst vom Bundesumweltamt veröffentlichten Zahlen aus dem Jahre 2008. Hier wird dokumentiert, dass ca. 694.000 Tonnen an Altelektrogeräten in den Recyclingprozess eingeschleust wurden. „Das ist ein enttäuschendes Ergebnis und bleibt hinter unseren Erwartungen zurück“, erklärte bvse-Experte Andreas Habel.

„Wir begrüßen, dass Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle die Rohstofflücke durch mehr Recycling schließen will. Diese Zielsetzung der Bundesregierung, die sie in ihrer Rohstoffstrategie festgelegt hat, muss nun durch konkrete Maßnahmen unterlegt werden. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf“, betont bvse-Vizepräsident Ullrich Didszun.

Zielmarke

Die von der EU-Elektronik-Richtlinie WEEE vorgegebene und nicht sonderlich ambitionierte Zielmarke von 4 kg/Einwohner/Jahr werde zwar in Deutschland deutlich überschritten, gemessen an den Sammelmöglichkeiten und den Ansprüchen der Industrienation Deutschland sei dies jedoch „kein gutes Ergebnis“. Dazu muss man wissen: Die 2008 in Umlauf gebrachte Menge an neuen Elektrogeräten belief sich auf 1,8 Millionen Tonnen. Dass gleichzeitig nur 694.000 Tonnen

an Altgeräten recycelt wurden, also 38 Prozent gemessen an der in Verkehr gebrachten Menge von Neugeräten, zeige das noch vorhandene Potential für das Elektrorecycling deutlich auf, so der bvse.

Kontrollen

Es könne nicht sein, beklagt der bvse-Experte Andreas Habel, dass große Mengen der gebrauchten Elektrogeräte erst gar nicht in die dafür vorgesehenen und zertifizierten Behandlungsanlagen gelangen: „Die Kontrolle ist absolut unzureichend, weil sie zu spät ansetzt, nämlich erst bei den Erstbehandlungsanlagen. Diese Anlagen werden regelmäßig einer behördlichen Kontrolle unterzogen, was aber vorher, bei der Sammlung und der nachfolgenden Logistik geschieht, wird zu oft stiefmütterlich vernachlässigt“.

„Deutschland verfügt über eine starke Infrastruktur an Entsorgungsunternehmen mit modernen Recyclingtechnologien, doch

wir berauben uns wichtiger Rohstoffe, indem wir die Geräte an einer heimischen Rückgewinnung vorbeilaufen lassen. Der Geräteschlupf ist einfach zu groß“, kritisiert Ullrich Didszun, Vizepräsident und Vorsitzender des Fachverbandes Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling im Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung.

Die mangelnde Kontrolle wird aber spätestens zum umweltpolitischen Boomerang, wenn die Abgrenzung zwischen einem Gebrauchtgerät und Elektro(nik)-Altgerät nicht gelingt, Schadstoffverschleppungen in Kauf genommen werden und die Geräte in den illegalen Export gelangen.

Verwertbare Altgeräte

„Vielfach gehen so verwertbare Altgeräte an den deutschen Aufbereitungsanlagen vorbei ins Ausland. Hier gehen Deutschland wertvolle Rohstoffe verloren“, macht Didszun weiter deutlich.

Der bvse hat sich im Rahmen der Novelle der WEEE bewusst dafür ausgesprochen, dass alle Exporteure nachweisen müssen, dass es sich bei den betreffenden Exportgütern tatsächlich um gebrauchsfähige Geräte handelt. Ullrich Didszun: „Der Erfolg stellt sich aber nur ein, wenn die gut gemeinten Vorgaben auch kontrolliert werden, was derzeit

Unternehmen in vielen Bundesländern sehr leicht, Verpackungen am Gesetz vorbei zu mogeln. Bei einer Umfrage unter den Landesumweltministerien hat die DUH große Unterschiede bei der Kontrolle festgestellt. Abgefragt wurde u.a. wie die Bundesländer die von den Unternehmen hinterlegten Daten in den sog. Vollständigkeitserklärungen kontrollieren. In den Vollständigkeitserklärungen geben Unternehmen die Mengen der verwendeten Verpackungsmaterialien und deren Entsorgung an.

Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Berlin und Thüringen führen das Ranking der Bundesländer an. Die Top 5 nutzen die Vollzugsmöglichkeiten und überwachen die Umsetzung der Verpackungsverordnung. In Sachsen und Berlin werden alle hinterlegten Vollständigkeitserklärungen geprüft, Bayern und Rheinland-Pfalz prüfen immerhin bis zu 50 Prozent. Bayern, Rheinland-Pfalz und Sachsen unternehmen neben einer Plausibilitätsprüfung auch inhaltliche Prüfungen der hinterlegten Vollständigkeitserklärungen.

Alle Top 5 Bundesländer verfolgen aktiv gemeldete und festgestellte Verstöße der Verpackungsverordnung. „Die Tatsache, dass einzelne Bundesländer in der Lage sind, die Einhaltung der Regelungen in der Verpackungsverordnung zu kontrollieren, zeigt, dass ein Vollzug möglich ist. Es ist eine Frage der Prioritätensetzung - und die scheint in einigen Bundesländern nicht zu stimmen“, sagte Maria Elander, Leiterin Kreislaufwirtschaft der DUH. Die DUH hält aber auch strukturelle Verbesserungen der Kontrollmöglichkeiten der Bundesländer für erforderlich. Dazu gehören u.a. automatische Auswertungs- und Abgleichmöglichkeiten der beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) von Herstellern und Systembetreibern hinterlegten Daten. □

offensichtlich nur unzureichend geleistet wird.“

Um die Sammelmengen zu steigern, sieht der bvse darüber hinaus die Notwendigkeit weitere Akteure in die Sammelkette einzubinden. Dies gelte insbesondere für die Steigerung der Erfassung von Elektronikkleingeräten, die heute meist im Restmüll verschwinden, statt bei den kommunalen Sammelstellen zu landen. Hier sei noch viel Aufklärungsarbeit bei den Bürgerinnen und Bürgern zu leisten. Nicht hingenommen werden könne aber, wenn Kommunen sogar selbst ihre Bürger auffordern, die Elektrokleingeräte in den Restabfall zu geben. „Das ist tatsächlich schon vorgekommen und schlicht gesetzeswidrig“, betont bvse-Vizepräsident Ullrich Didszun.

Einzelhandel verpflichtend einbinden

Diskutiert wird gegenwärtig auch zukünftig gebrauchte Elektrogeräte mit der Wertstofftonne zu sammeln, die neu eingeführt werden soll. Das ist für den bvse jedoch keine Lösung. Andreas Habel weist in diesem Zusammenhang auf das hohe Schadstoffpotenzial der Geräte hin. Der bvse schlägt daher vor, dass man den Einzelhandel verpflichtend in die Rücknahme einbinden sollte, wie es auch ein Vorschlag im Rahmen der Diskussionen um die Neufassung der EU-Elektronik-Richtlinie WEEE vorsieht. Erfahrungen aus dem Bereich des Batterierecyclings zeigen, dass dies zur Mengensteigerung beitragen kann. Des Weiteren bietet es sich an auch die vielen regionalen Entsorgungsbetriebe, im Sinne einer bürgernahen Erfassungsstruktur, in das Sammelsystem einzubinden. Auch hier liege noch sehr viel Potenzial brach, so der bvse. □

Stadt Eschborn:

Barrierefreiheit auch an Wertstoffsammelstellen

In der hessischen Stadt Eschborn wird kontinuierlich an der Verbesserung der Lebensbedingungen für Senioren und Menschen mit Behinderung gearbeitet. So ist bei kommunalen Vorhaben die Barrierefreiheit ein wesentlicher Aspekt vor dem Hintergrund, dass Maßnahmen für ältere und eingeschränkte Menschen nicht nur diesen, sondern allen Bürgern und Besuchern der Stadt zugutekommen. So geschehen auch bei einem jüngst fertiggestellten Projekt: der Aufstellung einer weiteren unterirdischen Wertstoffsammelstelle für Altglas von PAUL WOLFF.

Der demografische Wandel ist da, der Seniorenanteil steigt kontinuierlich und laut stadttegener Prognosen wird er im Jahr 2020 bei etwa 26 % liegen. Das veranlasste die 21.200 Einwohner zählende Stadt für die Zukunft zu planen und sich unter anderem damit zu beschäftigen, wie der Alltag der Menschen barrierefrei gestaltet werden kann.

Was liegt da näher, als nutzerfreundliche und ästhetisch ansprechende Wertstoffsammelsysteme anzuschaffen? Niveaueingleichungen ohne Stufen und die auf 80 cm Höhe angebrachten Einwurfföffnungen bieten einen komfortablen Zugang für ältere Mitbürger, Rollstuhlfahrer und Kinder. Ohne Schwierigkeiten können die 1-Kammerbehälter für Weißglas und 2-Kammerbehälter für Grün- und Braunglas befüllt werden.

Hohe Akzeptanz in der Bevölkerung

Neben der Barrierefreiheit hat die hohe Akzeptanz bei Verwaltung und Bürgerschaft gleichermaßen noch weitere Gründe: Der Lärmschutz, denn die PAUL WOLFF-Systeme sind extrem lärmgedämmt und mit höchstens 86 Dezibel Geräuschentwicklung sehr leise; das ansprechende Design und die spezielle Be-

20 Jahre Grüner Punkt

Vor gut 20 Jahren gründeten Handel und Industrie in Bonn die „Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland Gesellschaft für Abfallvermeidung und Sekundärrohstoffgewinnung mbH“. Damit schuf die deutsche Wirtschaft ein Modell zur Rücknahme und Verwertung gebrauchter Verpackungen vom Verbraucher, das zum Vorbild für die Kreislaufwirtschaft in Europa wurde.

Zur Finanzierung des dualen Systems führte DSD das Lizenzzeichen „Der Grüne Punkt“ ein. Laut Stefan Schreiter, Vorsitzender der DSD-Geschäftsführung, „ist der Grüne Punkt mittlerweile kein bloßes Finanzierungszeichen mehr, sondern hat weltweit Maßstäbe für gelebten Umweltschutz und nachhaltige Ressourcenschonung gesetzt“. Ursprünglich als Non-Profit-Unternehmen gestartet, ist DSD heute Marktführer in einem wettbewerbsintensiven Umfeld.

Umweltbilanz

Dass sich die Getrenntsammlung und das Recycling positiv auf die Umwelt auswirken, zeigen die Umweltbilanzen über die Leistungen der DSD GmbH seit 2001. In diese Bilanzen fließen die für alle Materialgruppen wichtigen Umweltparameter in eine ökologische Gesamtbewertung des Verpackungsrecyclings ein. Durch die Beteiligung der Verkaufsverpackungen am dualen System der DSD GmbH werden Energie und Treibhausgase in erheblichem Ausmaß eingespart.

Allein im Jahr 2008 konnte durch das Recycling von 2,75 Millionen Tonnen gebrauchter Verkaufsverpackungen der Ausstoß von 1,5 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalenten vermieden werden. Außerdem hat DSD 60 Milliarden Megajoule an Primärenergie eingespart. Diese Energiemenge würde reichen, um gut neun Milliarden Fernseher mit einer Leistungsaufnahme von 120 Watt für 90 Minuten, also die Dauer eines regulären Fußballspiels, mit Strom zu versorgen - doppelt so viele Geräte, wie es weltweit gibt.

Rohstoffquelle

Die DSD-Umweltbilanz zeigt noch mehr: Im Jahr 2009 hat DSD durch das Recycling der Verkaufsverpackungen 545.000 Tonnen Rohöl-Äquivalente eingespart. „Das Recycling mit dem Grünen Punkt wird immer wichtiger als Rohstoffquelle für die deutsche Wirtschaft und zur Entlastung der Umwelt“, erklärt Schreiter. „Das gewinnt umso mehr an Bedeutung, als Deutschland kaum über natürliche Rohstoffvorkommen verfügt und sich die Abhängigkeit von wenigen Lieferländern wirtschaftlich negativ auswirkt.“ DK

Müll verschwindet aus den dualen Systemen

Hersteller von verpackten Produkten sind gesetzlich verpflichtet, die von ihnen in Verkehr gebrachten Verpackungen zu sammeln und zu verwerten. Sie müssen Verkaufsverpackungen, die bei privaten Verbrauchern als Verpackungsmüll anfallen, bei den neun bundesweit tätigen dualen Systemen lizenzieren. Doch Theorie und Praxis klaffen weit auseinander: Ein Drittel der Verpackungen – zwei Millionen Tonnen – sind nicht beim Recyclingsystem der dualen Systeme angemeldet.

Das hat verheerende Folgen für den Umwelt- und Ressourcenschutz – und wird von den Vollzugsbehörden in den meisten Bundesländern stillschweigend hingenommen. Nur die fünf Länder Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Berlin und Thüringen kontrollieren die umweltgerechte und ordentliche Umsetzung der Verpackungsverordnung zumindest ausreichend. Die anderen Bundesländer setzen die Verpackungsverordnung entweder nur unzureichend um oder unterlassen wie Klassenletztler Niedersachsen praktisch jede Anstrengung. „Mit dem Wegsehen und Nicht-Kontrollieren der Verpackungsverordnung billigen, ja fördern die Behörden geradezu das Downcycling und die Verbrennung von wertvollen Sekundärrohstoffen“, sagte Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH). Die Nicht-Lizenzierung von Verpackungen verschlechtert das Recycling, da die dualen Systeme die vorgeschriebenen Mindest-Recyclingquoten auf Basis der lizenzierten Verpackungsmenge berechnen und lediglich die gesetzlich geforderten Mindestquoten erfüllt werden müssen. Mit anderen Worten: Je kleiner die Lizenzmenge ist, desto weniger Wertstoffe werden recycelt.

„Bislang hat die Vollzugskontrolle dieses Milliardenmarktes komplett versagt. Das Risiko, beim Betrügen erwischt zu werden, geht gegen Null. Es ist da-

her wenig überraschend, dass Unternehmen mit immer neuen Tricks und juristischen Winkelzügen sich der Verpflichtung eines hochwertigen Erfassens und Recyclens von Verpackungen entziehen und sogar das Risiko eines Betrugs in Kauf nehmen“, sagte Resch.

Ordnungswidrig

Unternehmen, die Verpackungen gar nicht, unvollständig oder nicht korrekt lizenzieren, handeln ordnungswidrig. Da sie damit jedoch relativ hohe Kosten einsparen können und das Risiko, von den Kontrollbehörden ertrappt zu werden, bislang gering war, nehmen etliche Unternehmen dieses Risiko in Kauf. Die Zahlen sprechen für sich: Nach Schätzungen der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung fallen in Deutschland jährlich rund 2,2 Mio. Tonnen Glasverpackungen, 1,7 Mio. Tonnen Papierverpackungen und 2,0 Mio. Tonnen Leichtverpackungen in den Haushalten an. Im Vergleich zu den Verpackungsmengen, die bei den dualen Systemen für das Jahr 2010 gemeldet sind, werden rund 226.000 Tonnen Glasverpackungen (10 Prozent), 882.000 Tonnen Papierverpackungen (51 Prozent) und 925 Tausend Tonnen Leichtverpackungen (46 Prozent) offensichtlich nicht lizenziert. Gegenüber 2009 hat sich die Situation damit weiter verschlechtert.

Die Behörden machen es den

nung wird dadurch nachhaltig positiv beeinflusst: Bereits am zweiten Tag waren die Container vollständig gefüllt. So ist das 5. System bereits im Bau und ein weiteres wurde bestellt.

Gute Qualität

In Eschborn ist man vom Zulieferer überzeugt: Hier hat man hohe Qualität zum wirtschaftlichsten Preis erhalten. Mit 9.850 € für einen Standort mit Containern plus ca. 10.000 € für Bauleistung (Ausheben der Baugrube, Pflasterarbeiten), inklusive Bauaufsicht durch ein ortsanständiges Ingenieurbüro, sind die Kosten in einem überschaubaren Rahmen. Und die Folgekosten durch Leerung sind nicht höher als bei herkömmlichen Systemen. □



Im hessischen Eschborn steht diese neue Wertstoffsammelstelle für Altglas von PAUL WOLFF. □

Bayerisches Landesamt für Umwelt:

Hausmüll in Bayern

Einen detaillierten Überblick über die im Jahr 2009 in Bayern durchgeführten Maßnahmen zur Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen aus Haushalten gibt die aktuelle Broschüre „Hausmüll in Bayern – Bilanzen 2009“, herausgegeben vom Bayerischen Landesamt für Umwelt.

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften in Bayern förderten auch 2009 aktiv die Abfallvermeidung und -verwertung. Positiv hervorzuheben ist laut LfU dabei das sich ständig erweiternde Maßnahmenspektrum und die Nutzung der modernen Medien wie das Internet. Nach wie vor sind Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung von zentraler Bedeutung. Über 200 Abfallberater waren dafür im Jahr 2009 in den Körperschaften tätig.

Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 21 wurden von 42 Städten und Landkreisen (rund 45 % aller Körperschaften) gemeldet. Dazu gehören neben der Beteiligung an Arbeitskreisen und in Netzwerken auch die Organisation von zahlreichen Aktionen und eine Vielfalt an Angeboten für die breite Öffentlichkeit. In vergleichbarer Weise betätigten sich auch die meisten Körperschaften, von denen keine speziellen Meldungen zu Agenda 21-Maßnahmen vorgenommen wurden.

Bündelsammlung

Im Vergleich zu 2008 gab es im Bilanzjahr einige Änderungen bei der Anzahl der Holsysteme für Wertstoffe. Ein Zuwachs ist bei den Körperschaften mit Papiertonne sowie mit Sammlungsangeboten für Elektro- und Elektronik-Altgeräte zu verzeichnen. Gleich geblieben ist die Anzahl der Körperschaften, die den Gelben Sack bzw. die Gelbe Tonne anbieten. Im Rückgang begriffen sind die Nutzung der Bündelsammlung für Altpapier sowie die Straßensammlung von Alttextilien.

Folgende Systeme wurden den Bürgern zur Verfügung gestellt: Biotonne - 78 Körperschaften (wie im Vorjahr), Papiertonne - 87 Körperschaften (82 im Vorjahr), Papiersack - 1 Körperschaft (wie im Vorjahr), Bündelsammlung von Papier - 31 Körperschaften (37 im Vorjahr), Gelbe Tonne - 10 Körperschaften (wie im Vorjahr), Gelber Sack (1-Sack-System) - 52 Körperschaften (wie im Vorjahr), Gelber Sack (2-Sack-System) - 2 Körperschaften (wie im Vor-

Fachverband Kunststoffrecycling:

Rücknahmekonzept für Dosen verbessern

Die Dose kehrt zurück. Diese Erfahrung machen auch immer mehr Verwerter von PET-Kunststoff-Flaschen und sind darüber gar nicht erfreut. Dies hat nichts damit zu tun, dass der Anteil der PET-Flaschen durch das Comeback der Getränkedosen sinkt.

Es gibt ein ganz anderes Problem, das den PET-Verwertern in Deutschland das Leben schwerer macht. So ist der Einzelhandel in Deutschland auf die Rücknahme von Getränkedosen nicht vorbereitet. Die Rücknahmeautomaten sind nicht auf Dosengebinde eingestellt. Der Fachverband Kunststoffrecycling fordert daher, dass eine getrennte Rücknahme im Einzelhandel konsequent gewährleistet werden muss.

Zunehmende Listung

Die zunehmende Listung von Getränkedosen macht sich negativ bemerkbar, so berichten PET-Verwerter, weil Dosen in der PET-Flaschen-Fraktion mitverfasst werden. Das habe zwei negative Effekte: Zum einen sinke die Qualität der PET-Flaschen-Fraktion,

was zu erhöhtem Verwertungsaufwand führe, und zum anderen gelangen die Dosen teilweise nicht in das Metallrecycling.

Es sei daher unverständlich, wenn die Dosenhersteller zwar mit viel öffentlichkeitswirksamer PR die Einführung der Getränkedosen betreiben, sich aber um ein schlüssiges Rücknahmekonzept bisher offensichtlich keine ausreichenden Gedanken gemacht hätten.

Richtig wäre, wenn Hersteller und Handel zuerst ein System auf die Beine stellen, das eine umfassende Verwertung der Getränkedosen sicherstellt, ohne dass die Verwertung anderer Getränkegebinde in Mitleidenschaft gezogen wird. Erst wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, sollte eine weitere Listung von Getränkedosen im Einzelhandel erfolgen. □

Sträßensammlung von Alttextilien - 32 Körperschaften (35 im Vorjahr), Elektro- / Elektronik-Altgeräte - 44 Körperschaften (39 im Vorjahr).

Ein Anstieg der Standortdichte zeigt sich im Bilanzjahr bei den Metallverpackungen und beim Grüngut. Im Jahr 2009 waren wie in den Vorjahren in 8 Körperschaften Wertstoffmobile im Einsatz. In allen Körperschaften Bayerns werden Problemabfallsammlungen angeboten. 82 Körperschaften nutzen hierfür mobile, 44 davon zusätzlich stationäre Möglichkeiten. 14 Körperschaften bieten ausschließlich eine stationäre Erfassung an. Die Zahl der Wertstoffhöfe lag 2009 in Bayern bei 1.683 (1.694 im Vorjahr). Diese wurden in 95 der insgesamt 96 bayerischen Körperschaften betrieben.

Das gesamte Wertstoffaufkommen (bezogen auf alle Einwohner Bayerns) ist im Jahr 2009 leicht angestiegen. Der größte Anstieg ist beim Grüngut aus Haushalten zu verzeichnen. Im Jahr 2009 wurden 4,24 Mio. t Wertstoffe erfasst und verwertet, im Vorjahr waren es 4,15 Mio. t. Den Körperschaften wurden im Bilanzjahr 669.120 t Gewerbeabfälle zur Verwertung gemeldet (669.176 t im Vorjahr). Die energetisch verwertete Menge lag bei 246.834 t. Steigerungsraten gab es bei den Baustellenabfällen mit 8,2 %, bei den verwerteten Metallen aus der thermischen Verwertung mit 5,3 % und den Aschen aus der thermischen Verwertung mit 3,9 %. Bei sonstigen gewerblichen Abfällen lag die Steigerung bei 9,8 %. Im Bereich der gewerblichen Bio- und Grünabfälle gab es einen merklichen Rückgang der verwerteten Mengen. Rund 2,93 Mio. t Baurestmassen, zu denen den entsorgungspflichtigen Körperschaften Informatio-

nen vorlagen, wurden verwertet. Die von den Körperschaften erfasste Problemabfallmenge blieb nahezu unverändert und belief sich auf insgesamt 5.549 t.

2009 haben die bayerischen Körperschaften 651 Anlagen, Umschlagstationen bzw. Makler benannt, an die 5,11 Mio. t Abfälle zur Verwertung geliefert wurden. Im Freistaat Bayern befanden sich 588 dieser Anlagen. Diesen wurden 4,99 Mio. t Abfälle angeliefert.

Im Jahr 2009 wurden in 258 Kompostierungsanlagen (240 im Vorjahr) und 2 Vergärungsanlagen insgesamt 710.010 t Grüngut behandelt. Bei Bioabfällen erfolgte die Behandlung von insgesamt 950.000 t (einschließlich Anteilen an Grüngut) in 67 Kompostieranlagen (im Vorjahr 70) und 18 Vergärungsanlagen (im Vorjahr 16) Bayerns sowie weiteren 5 Anlagen außerhalb des Freistaates (im Vorjahr 6). Aus 1,86 Mio. t Bioabfall, Grüngut und organischem Gewerbeabfall wurden insgesamt 589.139 t Kompost gewonnen. Der größte Anteil der vermarkteten Kompostmenge ging an die Landwirtschaft und an Erdwerke.

Restabfallmenge

Die gesamte Restabfallmenge hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum geändert und liegt auch im Bilanzjahr bei 2,31 Mio. t. Einwohnerspezifisch entspricht dies einer Menge von 184,5 kg pro Jahr. Die Haus- und Geschäftsmüllmenge hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 % erhöht, die Sperrmüllmenge ist um 5,4 % angestiegen. Wie im Vorjahr zeigte sich ein markanter Rückgang beim angedienten Restabfall aus dem Gewerbe um 10,1 %.

Augsburger Kongress-Messe DCONex 2011:

Schadstoff-Management

Messeangebot und Kongressprogramm werden durch neue Partner ausgebaut

Mit der Unterstützung weiterer Branchenverbände erfährt die 2. DCONex eine deutliche Aufwertung und wird ihre fachliche Kompetenz im Bereich des Schadstoff-Managements weiter ausbauen. Nach der gelungenen Premiere im Jahr 2009 bietet die am 19. und 20. Mai 2011 im Augsburger Messezentrum stattfindende Kongress-Messe erneut eine hochkarätige fachliche Plattform rund um die Bereiche Analyse, Sanierung, Abbruch und Entsorgung. Fachlicher Träger der DCONex ist die Gesamtverband Schadstoffsanierung GbR.

„Wir freuen uns, dass mit den neuen Partnern wie dem Deutschen Abbruchverband e.V., dem Ingenieurtechnischen Verband für Altlastenmanagement und Flächenrecycling e.V. (ITVA) sowie dem VDI – Gesellschaft Bauen und Gebäudetechnik sowie dem schon bei der ersten Veranstaltung engagierten Berufsverband Deutscher Baubiologen VDB e.V. nun alle großen Fachverbände vertreten sind, deren Mitglieder sich mit dem Schadstoffmanagement beschäftigen. Auch zum Kongressprogramm werden die neuen Partner Beiträge aus den verschiedensten Arbeitsgebieten beisteuern“, so Elisabeth Gulich, Geschäftsführerin des Gesamtverband Schadstoffsanierung.

Neben den genannten Verbänden und Organisationen unterstützen die nachstehenden Kompetenzpartner die DCONex 2011:

- Bayerisches Landesamt für Umwelt
- BG BAU (Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft)
- EARA (European Asbestos Removal Association)
- KUMAS (Kompetenzzentrum Umwelt)
- ZIA (Zentraler Immobilien-Ausschuss e.V.)

Im Jahr 2009 lag das Gesamtabfallaufkommen bei 6,39 Mio. t (6,33 Mio. t im Vorjahr) bzw. 511,7 kg pro Einwohner und Jahr. Der in dieser Menge enthaltene Anteil an Restabfällen liegt mit 36 % unverändert auf dem Vorjahresniveau. Die Menge getrennt erfasster Wertstoffe war seit dem Jahr 1995 stets größer als die Restabfallmenge. Die Verwertungsquote lag im Jahr 2009 bei 71,3 % (71,4 % im Vorjahr).

Mechanisch-biologische Abfallbehandlung

Zur thermischen Behandlung standen auch im Jahr 2009 in Bayern 16 Anlagen mit einer Kapazität von rund 3,2 Mio. t zur Verfügung. Von den 2,31 Mio. t Restabfall wurden 2,27 Mio. t bzw. 98,3 % thermisch behandelt. Der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung wurden 35.000 t bzw. 1,5 % der angefallenen Restabfallmenge zugeführt.

36 Deponiestandorte der Deponiekategorie I und II (37 im Vorjahr) wurden im Jahr 2009 genutzt. Die Ablagerungsmenge auf diesen Deponien lag bei 426.024 t (611.169 t im Vorjahr), davon stammen 140.855 t aus der Vorbehandlung. Zusätzlich wurden insgesamt 15.824 t Abfall an 2 Deponiestandorte in Baden-Württemberg verbracht. Im Rahmen von Deponiebaumaßnahmen wurden im Jahr 2009 insgesamt 595.861 t Abfall verwertet (821.973 t im Vorjahr).

Das Inkrafttreten erhöhter Anforderungskriterien an Deponien ab dem 16.7.2009 führte bei 4 Standorten zu Umstufungen in eine andere Deponiekategorie, 5 Deponien wurden geschlossen. Damit befanden sich in Bayern zum Ende des Bilanzjahres noch 31 Deponien mit einem genehmigten Restvolumen von insgesamt 13,2 Mio. m³ (13,6 Mio. m³ im Vorjahr) im Betrieb. Das ausgebaute Deponierestvolumen lag Ende 2009 bei 6,94 Mio. m³. DK

DCONex
Schadstoff Management

Messe +
Kongress
Augsburg

19.+20.5.11.

Analyse
Sanierung
Abbruch
Entsorgung
Prävention



Gesamtverband
Schadstoffsanierung GbR



Kongressanmeldung:

(0911) 9 88 33-320 · www.dconex.de

Max Holder GmbH:

Volle Fahrt in eine erfolgreiche Zukunft

Die Max Holder GmbH hat auch in jüngster Zeit ihren 2008 eingeschlagenen Weg weiter ausgebaut. Mit seinen neuen Gesellschaftern, den Unternehmern Martin Haas, Dr. Christoph Weiss und Dr. Carl-Heiner Schmid, konzentriert sich das Traditionsunternehmen unter der Leitung von Geschäftsführer Andreas Vorig auf seine Kernkompetenz als führender Hersteller von knickgelenkten Geräteträgern für den Einsatz im Kommunalbereich sowie im Wein- und Obstbau.

Ein Highlight für Holder im vergangenen Jahr war der Großauftrag aus der russischen Metropole St. Petersburg, an die insgesamt 110 Geräteträger mit verschiedenen Anbaugeräten für den Sommer- und Winterdienst geliefert worden sind. Das war, so Vorig nicht ohne Stolz, der größte Auftrag in der gesamten Unternehmensgeschichte.

Die Auftragslage hat sich, wie Andreas Vorig im Rahmen eines Fachpresse-Gesprächs in Metzingen erklärte, sehr gut entwickelt. Das Verkaufsergebnis 2010 wird sich auf über 500 Fahrzeuge belaufen und der Umsatz voraussichtlich auf ca. 30 Mio. Euro. Die Mitarbeiterzahl ist in den vergangenen zwei Jahren von 90 auf 137 angestiegen.

Prozessoptimierung für mehr Transparenz

Der Aufschwung ist aber nicht nur den erfreulichen Absatzzahlen zu verdanken, sondern auch umfangreichen Optimierungen im Produktionsprozess. Angefangen bei der Materialbeschaffung über die Montage bis hin zur Logistik – sämtliche Schritte sind auf eine transparente und rationelle Fertigung ausgerichtet, die sowohl die Produktqualität als auch einen reibungslosen und effizienten Produktionsablauf garantiert. Die Anforderungen sind dabei sehr hoch. Denn bei den Geräteträgern des Hauses handelt es sich in der Regel um auf

Kundenwünsche „maßgeschneiderte“ Fahrzeuge.

Darüber hinaus wird in Metzingen an der Einrichtung einer Service-Werkstatt gearbeitet, um das Leistungsangebot für Kunden



Das neue Holder Kundencenter am Standort Metzingen. □

den und Händler auch für die Zeit nach der Fahrzeugauslieferung zu erweitern. Und mithilfe einer Online-Plattform im Internet wird die Ersatzteilbeschaffung in Zukunft noch schneller realisierbar sein.

Neues Kundencenter mit DemoPark in Betrieb

Zu den Holder-Highlights des Jahres 2010 gehörte ebenfalls die Fertigstellung und Einweihung des neuen, 900 Quadratmeter großen Kundencenters am Standort Metzingen. Es dient

nicht nur zur Präsentation aktueller und historischer Fahrzeuge des Unternehmens, sondern auch als Begegnungsort für Holder-Interessierte, Kunden, Lieferanten und Mitarbeiter. Komplettiert wird die neue Einrichtung durch einen DemoPark mit Steillagen bis 45 Grad, der direkt neben dem Kundencenter liegt und in dem die Holder-Geräteträger vorgeführt und getestet werden können.

Mietkonzept

Das Kundencenter repräsentiert nach den Worten von Andreas Vorig das neue Unternehmensgesicht von Holder. „Wir freuen uns, dass wir einen Ort geschaffen haben, der den vielen Menschen, die mit und bei Hol-

der arbeiten, Gelegenheit gibt, Neues zu entdecken und Altbekanntes neu zu erleben.“

Einen neuen Weg beschreitet das Metzinger Unternehmen mit seinem Mietkonzept, das für kommunale Anwender, Dienstleister und das Facility Management wesentliche Pluspunkte bietet. Die eigens dafür gegründete Firma Holder Rent vermietet die Geräteträger des Unternehmens mit hochwertigen Anbaugeräten für alle Arbeiten, die auf Grundstücken, Gehwegen, Straßen und in Parks anfallen. Die Kunden schonen die Liqui-

Umweltfreundlich und bequem

Elektroroller der N-ERGIE in Herrieden unterwegs

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft macht Elektromobilität für ihre Kunden wortwörtlich erfahrbar: Alfons Brandl, erster Bürgermeister von Herrieden, erhielt einen Elektroroller der Marke e-max für seine Dienstfahrten und konnte so erste Erfahrungen mit dem Innovationsthema Elektromobilität sammeln.

Der Elektroroller im N-ERGIE Design erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h bei einer Leistung von 2,7 kW (3,7 PS). Mit einer vollgeladenen Batterie hat der Roller eine Reichweite von bis zu 60 Kilometern und kann an jeder Haushaltssteckdose (230 V) „betankt“ werden.

Ökostrom-Antrieb

Alfons Brandl war mit dem N-ERGIE Elektroroller nicht nur bequem, sondern auch umweltfreundlich unterwegs: Der Elektroroller wurde in Herrieden mit Ökostrom der N-ERGIE aufgeladen, der ausschließlich in Wasserkraftwerken CO₂-frei erzeugt wird. Durch die effiziente Nut-



Bei der Übergabe des Elektrorollers - von links: Jürgen Schwab, N-ERGIE Fuhrpark, Jürgen Lang, Kundenmanager N-ERGIE, Alfons Brandl, 1. Bürgermeister Stadt Herrieden. □

denn je, sich rechtzeitig mit Innovationen zu beschäftigen. Als Bürgermeister möchte ich mit gutem Beispiel vorangehen,“ betonte Brandl. „Die N-ERGIE ermöglichte mir als Testfahrer, Elektromobilität im Alltag zu erleben und Erfahrungen mit einer innovativen und zugleich umweltfreundlichen Mobilität zu sammeln.“

Telematiksysteme von Mobiworx:

Es zahlt sich aus, auf der sicheren Seite zu sein

Mobidat setzt mit seiner Systemtechnik genau dort an, wo bisher manuelle Arbeitsschritte den Alltag erschwert haben. Durch automatisierte Leistungserfassung verbunden mit einer intelligenten Datenauswertung werden exakte Analysen und Berichte generiert.

Die automatisch erfassten Daten werden auf einen Server übertragen und können via passwortgeschütztem Zugang auf der Internetplattform www.mobidat.com jederzeit abgerufen werden.

Einfache Analyse

Von dort aus ist es dem Anwender möglich, sämtliche vorhandene Datenbestände weitestgehend nach seinen Vorstellungen auszuwerten und auch grafisch darzustellen. Anhand von Filter- und Editorfunktionen können individuelle Auswertungen und Analysen mit jedweder Vorbedingung einfach und schnell erstellt werden. Quasi per Klick.

Die gefahrenen Einsätze wer-

den in einer Straßenkarte je nach verrichteter Tätigkeit, farblich unterschiedlich dargestellt. Ein Infobutton zeigt punktgenau an, zu welchem Zeitpunkt, welche Tätigkeit gerade ausgeführt wurde und wie hoch gegebenenfalls der Salz- und Soleverbrauch war.

Eine ideale Grundlage für die Kosten- und Leistungsrechnung ist außerdem geschaffen. Übersichten und Statistiken über Aufträge und Tätigkeiten, Verbräuche, Personaleinsatz und Kosten: Alles wird leicht verständlich und sicher - aufgeteilt auf die jeweiligen Kostenträger, ausgewertet und aufbereitet.

Mobidat ist also die ideale Grundlage für einen transparenten und vor allem wirtschaftlichen Winterdienst. □



Die Telematiklösung Mobidat verbindet Bedienteil, Bordrechner und Internetplattform. Foto: Mobiworx

Landratsamt Kitzingen:

Landrätin setzt auf Elektrofahrzeug

Geschäftsführer der Belectric Drive GmbH übergibt Leasingwagen

„Die Anschaffung des Elektrofahrzeug ist ein weiterer logischer Baustein in der Energie- und Klimaschutzpolitik des Landkreises“, so Landrätin Tamara Bischof zu den Gründen, die Dienstfahrzeugflotte um ein E-Fahrzeug zu erweitern. Für ein Jahr hat das Landratsamt den Citroen Saxo von der Firma Belectric Drive GmbH aus Koltzheim (Landkreis Schweinfurt) geleast.

Ziel ist es, die Praxistauglichkeit eines E-Fahrzeugs im täglichen Gebrauch der Landkreisverwaltung zu erproben. Das E-Fahrzeug ergänze damit die bereits bisher breit aufgestellten Aktivitäten des Landkreises im Hinblick auf Energieeinsparung und Klimaschutz, so die Landrätin.

Als Beispiele dafür nannte sie das kommunale Energiemanagement an Landkreisgebäuden, die

Zusammenarbeit mit der Energieagentur Oberfranken bei Beratungstagen für die Bürger, den Antrag für ein Energie- und Klimaschutzkonzept, der gerade läuft, die fortlaufende energetische Sanierung der landkreiseigenen Schulen und Gebäude, die neue große Hackschnitzelheizung für das gesamte Schulzentrum sowie die Projekte zur Umweltbildung an Schulen mit der Aus-



Landrätin Tamara Bischof nimmt von Sebastian Bachmann, Geschäftsführer der Belectric Drive GmbH, das Elektrofahrzeug entgegen. Foto: Corinna Petzold

bildung von Energiedetektiven. Wie die Landrätin betonte, sind die Mitarbeiter des Landratsamts angehalten, kurze Dienstfahrten mit dem neuen E-Fahrzeug zurückzulegen. Der Citroen hat eine Reichweite von rund 90 Kilometern, die Ladezeit beträgt circa 6 Stunden. Der Wagen erreicht die Höchstgeschwindigkeit von 90 km/h.

Praxistest

Die Entscheidung gehe Hand in Hand mit großer Politik, denn schließlich wurde jüngst bekannt, dass die Regierung den Sektor Elektromobilität mit 1 Milliarde Euro fördern werde. „Wir tragen durch den Praxistest zur Verbreitung von E-Fahrzeugen bei und gehen so den Weg der zukunftsweisenden Entwicklung in Richtung Elektromobilität aktiv mit“, betonte Bischof und unterstreicht in diesem Zusammenhang auch die Aufgabe

der Öffentlichen Hand, als Vorbild voranzugehen.

„Es freut mich, dass die Modellregion Elektromobilität so lebendig ist“, sagte Sebastian Bachmann, Geschäftsführer der Belectric Drive GmbH. „Von Bad Neustadt (Landkreis Rhön-Grabfeld) bis Kitzingen fahren Elektroautos.“ Nur so könne man das Thema Elektromobilität mit Leben füllen und praxisnah weiterentwickeln. Momentan bestehe das Kerngeschäft der Belectric Drive GmbH daraus, eine intelligente Ladeinfrastruktur über Sonnenstrom aufzubauen, so Bachmann.

Ein Jahr wird das Landratsamt den Wagen testen, wenn er sich bewährt, werde man eventuell einen Schritt weitergehen und „eine runde Sache“ daraus machen, erklärte Bischof. Angeht es, dann auch ein Solarcarport aufzustellen, damit das E-Fahrzeug über Solarenergie aufgeladen wird. □

PLANEN ERFASSEN ÜBERMITTELN AUSWERTEN

STARTEN SIE DURCH MIT EFFIZIENTER DATENERFASSUNG.

Profitieren Sie von der nutzbringenden Internetanwendung. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Merkmale von MOBIDAT®:

- Störungsfreier Dauerbetrieb
- Einfachste Anwendung
- Kundenspezifische Auswertung
- Weiterverarbeitung der Daten
- Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- Günstige Datenübermittlung

MOBIWORX® Telefon: 0 80 35/96 463 - 0
Telematik GmbH www.mobiworx.de

Elektromobilität in Stein

Stadtgärtnerei Stein mit elektromobilem Kleinlaster unterwegs

Jüngst übergaben Thomas Fösel, Geschäftsführer der implea-Plus GmbH und Peter Bursy, Geschäftsführer der Stadtwerke Stein einen Elektro-Kipplaster an Steins Ersten Bürgermeister Kurt Krömer. Das Elektromobil wird in den nächsten fünf Jahren von der Stadtgärtnerei im Stadtgebiet Stein eingesetzt. Somit können die Grünanlagen sowie die Pflege der Spielplätze mit einem umweltfreundlichen Fahrzeug betreut werden.

Ermöglicht wurde dies durch ein Mietmodell, das die N-ERGIE Aktiengesellschaft ihren Firmenkunden, Kommunen und Partnern anbietet: Ladesäulen und unterschiedliche Elektrofahrzeuge können über die N-ERGIE kostengünstig für einen Zeitraum von fünf Jahren gemietet und – wie bei den Stadtwerken Stein – mit eigenem Firmenlogo versehen werden.

Bei dem elektromobilen Kippplaster in Stein handelt es sich um ein innovatives Elektrofahrzeug des französischen Herstellers Goupil. Es bietet Platz für zwei Personen und kann Ladungen bis zu 700 kg transportieren. Bei einer Leistung von 12,2 kW, was

rund 17 PS entspricht – liegt die Höchstgeschwindigkeit des mit Strom betriebenen Nutzfahrzeugs bei 40 km/h und eignet sich damit besonders im innerstädtischen Bereich. Die Batterie hat eine Reichweite von 80 bis 100 km mit einem Verbrauch von 2.800 W. Für einen Ladevorgang an einer haushaltsüblichen Steckdose braucht die Batterie acht bis zehn Stunden.

Damit Elektromobilität wirklich nachhaltig und emissionsfrei ist, sollte der genutzte Strom aus erneuerbaren Energien stammen. Deshalb wird der Elektro-Laster bei den Stadtwerken Stein ausschließlich mit Ökostrom geladen. „Der Elektro-Kippplaster ist

nicht nur umweltschonend sondern auch sparsam: Durch die effiziente Nutzung der eingesetzten Energie ergeben sich Betriebskosten von circa 1,20 Euro pro 100 km. Zum Vergleich: Ein Dieselfahrzeug mit sechs Litern Verbrauch kostet auf der gleichen Strecke derzeit rund 5,40 Euro“, erklärte Thomas Fösel während eines Pressestermins.

„Es ist heute wichtiger denn je, rechtzeitig in Innovationen zu investieren. Mit unserem elektromobilen Kippplaster setzen wir als Kommune gemeinsam mit unseren Stadtwerken ein Zeichen für eine innovative und zugleich umweltfreundliche Mobilität.“ betonte Kurt Krömer, Erster Bürgermeister von Stein.

Investition in Fahrzeuge und Infrastruktur

Die N-ERGIE beschäftigt sich bereits seit 2008 aktiv mit dem

lich optimierte Geräteträger-Systeme mit Einmann-Bedienung. Unsere Antwort: die neue Unimog Geräteträger-Generation, Baureihe 405, als Kurzhauberfahrzeug mit Wechsellenkung „Vario-Pilot“ und standardisierter Schnittstellen für den An- und Aufbau, das Antreiben, Steuern und Kommunizieren zwischen Trägerfahrzeug und Gerät.“ Und genau in diesen Punkten setzen auch heute die Trends an, die diese Unimog-Generation seit Anfang an bietet und die ihre Zukunftsfähigkeit als Geräteträger bestimmen: variable Einsatzmöglichkeiten im Ganzjahreseinsatz.

Alleinstellungsmerkmale

Die technischen Highlights bei der Präsentation haben ihre Attraktivität für den Anwender und ihre Alleinstellungsmerkmale gegenüber dem Wettbewerb in den zehn Jahren seit der Markteinführung bis heute behalten:

- ▶ System-Kombinationen für einen hohen Auslastungsgrad von Fahrzeug und Geräten
- ▶ Schneller Gerätewechsel
- ▶ Ein-Mann-Bedienung der Arbeitsgeräte dank Wechsellenkung VarioPilot
- ▶ Leistungshydraulik mit bis zu vier unabhängigen Hydraulikkreisläufen für unterschiedliche Arbeitsgeräte.

Das Fahrzeugkonzept überzeugte von Anfang an mit seinen kompakten Abmessungen, dem Freisicht-Konzept mit einer hervorragenden Sicht auf den Arbeitsbereich. Neuartig war bei der Markteinführung auch das Design der Fahrerkabine und die Bauart aus Faserverbund-Werkstoff sowie der hohe Komfortstandard. Höhere Nutzlasten der Fahrzeuge entsprechen ebenso den Anforderungen in der Praxis wie die vier An- und Aufbauträume für unterschiedlichste Geräte.

Der Antriebsstrang mit sauberen Euro-5-Blue-Tec-Motoren mit SCR-Technik, die „Telligent“-Schaltung, die Leistungshydraulik VarioPower und die Wechsellenkung „VarioPilot“ in Kombination mit der unkomplizierten Gerätebedienung sind weitere technische Details. Hinzu kommen Besonderheiten wie beispielsweise die Wandler-Schaltkupplung und die Schneepfluggentlastung. Dies alles hat dazu geführt, dass die Unimog Baureihe U300 / U400 / U500 mittlerweile zu einem gern gesehenen Allrounder bei kommunalen Bauhöfen, Lohnunternehmen, Straßenmeistereien und Energieversorgern geworden ist – in diesen schneereichen Tagen speziell die Variante für den Winterdienstesatz. □

Thema Elektromobilität und investiert seit 2009 intensiv in die Anschaffung von Fahrzeugen und in die Infrastruktur. Mit Testfahrern von Elektrofahrern und -rollern sammelte der regionale Energieversorger erste Erfahrungen mit Elektromobilität im Alltag. Zudem unterstützt die N-ERGIE mit ihrem CO2-Minderungsprogramm ihre Kunden beim Erwerb von Elektrofahrzeugen.

Interessierte finden umfassende Informationen zu Elektromobilität und N-ERGIE im Internet unter: www.n-ergie.de/elektromobilitaet □



Der neue Elektro-Kippplaster der Stadtwerke Stein. □

Städtetag zu Winterdienst und Streusalz:

Lieferanten müssen mehr Vorräte anlegen

„Die bayerischen Städte und Gemeinden sind gut für den Winterdienst auf Straßen, Wegen und Plätzen gerüstet. Pauschale Vorwürfe, dass die städtischen Bauhöfe zu wenig Vorsorge getroffen hätten, gehen ins Leere. Streusalz, Splitt und Granulat kaufen Bayerns Städte und Gemeinden zunehmend auch in kommunaler Zusammenarbeit ein!“, sagte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, zur aktuellen Debatte über die Folgen des Winters.

Allerdings gab es auch Engpässe: Während in den vergangenen Jahren Städte mit knapper Lagerkapazität bei Bedarf problemlos Nachlieferungen bestellen konnten, ist dies in diesem Winter schwieriger geworden. Teilweise werden Kommunen erst auf die Warteliste gesetzt, teilweise nehmen die Salzlieferanten keine Bestellungen mehr entgegen. Innenminister Herr-

mann hatte dazu den Kommunen vorgeworfen, sie hätten „zu knapp kalkuliert“.

Zusammenschluss zu Salzeinkauf

OB Schaidinger stellt dazu fest: „Vorräte können die Kommunen nur insoweit anlegen, als sie auch Lagerkapazitäten haben. Immer mehr bayerische Städte und Ge-

meinden schließen sich zum gemeinsamen Streusalzeinkauf zusammen. Vorrangig müssen aber auch die Salzlieferanten so viele Vorräte anlegen, dass sie auch dann noch liefern können, wenn der Bedarf drastisch zunimmt“, betonte Schaidinger. Nach Ansicht des Städtetagsvorsitzenden sollte nicht die Vorratshaltung der Kommunen, sondern es sollten vielmehr die Lieferprobleme der deutschen Salzproduzenten ins Visier der Politik genommen werden. „Ich empfehle auch dem Bundeskartellamt, dass es dem Oligopol der drei deutschen großen Salzlieferanten genauer auf die Finger schaut“, betonte Schaidinger. □

Mercedes-Benz:

Jubiläum des Unimog U300-500

Vor zehn Jahren wurden die neuen Unimog Geräteträger erstmals präsentiert

1996 wurde in Gaggenau mit der Entwicklung einer neuen Mercedes-Benz Unimog Generation für den Einsatz als Geräteträger, der sogenannten Baureihe 405, begonnen. Sie erfuhr ihre Vorstellung im Jahr 2000 im Rahmen eines Fachsymposiums in Mainz für Experten des Straßenunterhaltungs- und -betriebsdienstes und anschließender Markteinführung mit einer bisher beispiellosen Produktschau mit diversen An- und Aufbaugeräten, die in allen Regionen der Bundesrepublik stattfand. In der Zwischenzeit sind mit der Baureihe U300 / U400 / U500 als Nachfolger des klassischen, hochgeländegängigen Unimog und dem Unimog U20 zwei weitere selbstständige Produktreihen realisiert worden.

Die Unimog Produktion ist im Jahr 2002 von ihrem traditionsreichen Standort Gaggenau ins Lkw-Montagewerk nach Würth am Rhein umgezogen und ist heute Teil des Produktbereichs Mercedes-Benz Special Trucks.

Die Unimog U300 / U400 / U500 finden im Winterdienst, Straßenunterhalt und -betriebsdienst, in der Bau- und Energiewirtschaft sowie in der Industrie und im 2-Wege-Einsatz (Straße/Schiene) rege Nachfrage. Aufgrund des hohen Anteils an Kommunalfahrzeugen war vom weltweiten Nachfrageeinbruch für Lkw in der Krise 2009 verhältnismäßig wenig zu spüren.

Tragende Säule

Yaris Pürsün, Leiter des Lkw-Montagewerkes Würth und Chef des Geschäftsbereichs Mercedes-Benz Special Trucks bestätigt auch: „Die Baureihe 405 mit den Typen U300, U400 und U500 ist eine tragende Säule für Mercedes-Benz Special Trucks. Dies beweisen auch die in den 10 Jahren seit der Markteinführung insgesamt rund 10.000 abgesetzten Einheiten in über 20 Ländern. Wir haben mit diesen Fahrzeu-

gen einen hervorragenden Ruf in der zivilen Anwendung. Diese Tatsache verdanken wir aber auch der jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit renommierten Geräteherstellern. Diese haben sich darauf spezialisiert, Geräte zu konzipieren, die Lösungen für nahezu alle Unimog Baureihen und Typen bieten.“

Betriebswirtschaftlich optimiert

Bei der Entwicklung der neuen Geräteträger-Generation war vor allem zu berücksichtigen, dass sich schon vor dem Jahrhundertwechsel eine erhebliche Veränderung des gesamten Geschäfts mit Geräteträgern und Zugmaschinen abzeichnete.

Hans-Jürgen Wischhof, von 1990 bis zum Jahr 2003 Leiter des Produktbereichs Unimog, erinnert sich noch genau an die damalige Situation und Aufgabenstellung: „Mitte der 1990er Jahre war die Frage zu klären, mit welchem Geräteträger-Konzept wir künftig den bestmöglichen Kundennutzen von Systemlösungen verwirklichen können.“

Gefordert wurden vom Markt zunehmend betriebswirtschaft-



Einmalig und nur beim Mercedes-Benz Unimog Geräteträger (U300-U500) verfügbar: VarioPilot, die Wechsellenkung für den wirtschaftlichen Einmann-Betrieb. □

Der Bodyguard.

Der Unimog. Serienmäßig mit dem Sicherheitskonzept von Mercedes-Benz.

Im Unimog sind Sie in den besten Händen. Mit seinem einzigartigen Fahrzeugkonzept setzt er schon seit 60 Jahren Maßstäbe – auch bei der aktiven und passiven Sicherheit. Speziell als Geräteträger entwickelt, ist er die ideale Lösung für den kommunalen Einsatz. Mehr Informationen erhalten Sie bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de/unimog.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Geldverschwendung und Sicherheitsrisiken durch lückenhafte Beleuchtungsdaten:

Barcodes ersetzen fehleranfällige Schreibearbeit

Mobile Informationsverwaltung hält in Frankfurt am Main Daten von 70.000 Lichtpunkten tagesaktuell

Mehrere tausend Störungen von Straßenlaternen werden in Frankfurt am Main jährlich gemeldet, bis zu 20.000 Leuchtmittel müssen im Jahresverlauf ausgetauscht werden. Für die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH, die das Frankfurter Lichtermeer verwaltet, ein enormer Aufwand: Im Rahmen der Sicherheitsverantwortung muss jede Prüfung und jeder Handgriff dokumentiert werden. Um dieser Sorgfaltspflicht gerecht zu werden und gleichzeitig effizient arbeiten zu können, setzt das Unternehmen inzwischen auf moderne Technik. Pocket-PCs mit Barcode-Scanner, GPS und der Software luxData.mobile erfassen vor Ort jeden Arbeitsschritt – ganz ohne Schreibearbeit.

Zuverlässige Informationen zur Straßenbeleuchtung sind in vielen Kommunen kaum vorhanden. Dabei bilden sie die Grundlage für ein effektives Störungsmanagement und haben im Schadensfall sogar gerichtliche Relevanz. Die Frankfurter SRM nutzt daher schon seit 2005 die auf Straßenbeleuchtung spezialisierte Software luxData der sixData GmbH, um den Überblick über rund 70.000 Lichtpunkte und 50.000 jährliche Vorgänge zu behalten.

Strategien entwickeln

„Das Programm erfasst alle Informationen, die vor dem Hintergrund unserer Anlagenverantwortung wichtig sind“, erklärt Diplom-Ingenieur Thomas Erfert von der SRM. Dazu zählt der Leuchtentyp ebenso wie die Schaltzeiten, der Stromverbrauch oder die Instandhaltungsmaßnahmen.

Über Schnittstellen zu Geoinformationssystemen (GIS) lassen sich die Leuchten auch räumlich darstellen, was unter anderem Störungsschwerpunkte entlarvt. „Gleichzeitig können wir mit diesen Daten Strategien entwickeln – etwa welche Lichtpunkte vom anstehenden Leuchtmittelverbot betroffen wären und wann wir diese am besten austauschen können.“

Barcodes bilden jeden Lichtpunkt und jeden Arbeitsgang ab

Früher schieben die Monteure alle durchgeführten Arbeiten von Hand auf – im Winter teilweise in Handschuhen. In der Firma mussten diese Blätter erst entziffert und auf ihre Plausibilität geprüft werden, bevor die Daten ins System eingetragen werden konnten. Um diesen Aufwand und die möglichen Fehlerquellen zu vermeiden, stattete SRM 2008 mehrere Steigerfahrzeuge und Montagewagen mit Pocket-PCs sowie einer speziellen mobilen Version des luxData-Programms aus, die mit einem Barcode-System arbeitet.

Strichcodes

„Jeder Lichtpunkt ist mit einem Strichcode versehen. Zudem gibt es einen Katalog mit Codes für jeden Arbeitsvorgang“, erläutert Armin Mühlberger, Geschäftsführer von sixData. Die spritzwassergeschützten und bruchsicheren Pocket-PCs verfügen über einen Laser-Scanner, so dass der Monteur nur die Leuchte und die vorgenommene Arbeit einscannen muss. Mitschreiben wird dadurch überflüssig. Die Daten werden dann an das Hauptsystem übermittelt. Ein Sachbearbeiter des Unternehmens prüft die Informationen nur noch einmal, be-

vor sie übernommen werden. „Damit sind wir einer der ersten Anbieter, die bereits zum Zehnten des Monats die gesamte Dokumentation des Vormonats vorlegen können“, führt Erfert aus. Das eingebaute GPS erleichtert die Arbeit zusätzlich, indem es zeigt, ob man an der richtigen Position steht.

Für den Straßenbeleuchtungsdienstleister bedeutet das System einen deutlichen Zeit- und Effizienzgewinn, wie der Diplom-Ingenieur berichtet: „Wenn wir, vorsichtig geschätzt, pro Störung drei Minuten sparen, sind das im Jahr rund 300 Arbeitstage.“ Die Einführungskosten von luxData.mobile hätten sich damit inzwischen amortisiert. Zudem könne die SRM Bestellungen jetzt früher durchführen, schneller reagieren und letztlich ihre Verantwortung besser wahrnehmen: „Paragraph 823 des BGB verpflichtet auch die Betreiber von Straßenbeleuchtung – seien es Kommunen, Energieversorger oder Dienstleister – dazu, für die Sicherheit der Bürger und ihres Eigentums zu sorgen. Das Risiko, dass wegen einer defekten Leuchte jemand zu Schaden kommt, dürfen wir nicht eingehen.“

Weitere Informationen im Internet: www.srm-rheinmain.de, www.sixdata.de



Firmenchef Carl-F. Bardusch.

Textildienstleiter Bardusch:

„Lieferant des Jahres 2010“

Berlin/ Ettlingen. Der Ettliger Textildienstleiter Bardusch ist „Lieferant des Jahres 2010 der Deutschen Bahn“. „Zuverlässigkeit und Qualität unserer Lieferanten sind entscheidend, um die beste Qualität für unsere Kunden zu produzieren. Mit dem Markenzeichen DB-Lieferantenprädikat zeichnen wir hoch engagierte und besonders leistungsfähige Unternehmen aus“, betonte Volker Kefer, DB-Vorstand für Technik und Infrastruktur, bei der Verleihung in Berlin.

Bardusch, so heißt es in der Begründung, erhält diese Auszeichnung für herausragende Fullservice-Dienstleistungen in hoher und zuverlässiger Qualität im Bereich Arbeitsschutzkleidung.

Sicherheit von „Kopf bis Fuß“

Mit seinen Komplettausstattungen – ausgerichtet an den jeweiligen spezifischen Anforderungen des Einsatzes im Eisenbahnbetrieb – leistet Bardusch einen Beitrag zur Sicherheit von „Kopf bis Fuß“ für die entspre-

ganzzahlen von 2008 erreicht haben“, erklärte Zeil.

Mit einem noch größeren Wachstum als im Personenverkehr wird im Güterverkehr gerechnet. Insgesamt steigt die Transportleistung hier um mehr als 50 Prozent. „Nicht nur der Personenverkehr liegt in Bayern deutlich über dem Bundesdurchschnitt, auch der Güterverkehr nimmt bei uns klar stärker zu als deutschlandweit. Und hier spielen ebenfalls die guten Wachstumsprognosen eine große Rolle. Dazu kommt, dass unsere Wirtschaft zunehmend international verflochten ist“, so Bayerns Verkehrsminister.

Straße baut dominierende Stellung aus

Zeil berichtete weiter: „Im Einzelnen ergibt sich für die Transportleistung im Güterbereich folgendes Bild: Auf der Straße wird ein Plus von über 55 Prozent erwartet. Damit baut die Straße ihre dominierende Stellung und ihren Anteil am gesamten Güterverkehr auf knapp 75 Prozent aus. Die Schiene wächst bis 2025 um fast 50 Prozent, wobei der kombinierte Verkehr deutlich stärker als der konventionelle Eisenbahnverkehr zunehmen wird.

chenden Mitarbeiter der DB. Die Deutsche Bahn ist einer der größten Auftraggeber der Wirtschaft. Mit einem jährlichen Auftragsvolumen von etwa 20 Milliarden Euro sichert der Konzern rund 600.000 Arbeitsplätze in Deutschland.

Die DB steht weltweit mit knapp 35.000 Lieferanten in Geschäftsbeziehungen. Im Zweijahresrhythmus zeichnet die DB auf der internationalen Schienenverkehrsleitmesse „InnoTrans“ ihre Lieferanten für herausragende Leistungen mit dem Prädikat „DB-Lieferant des Jahres“ aus.

Auch bei der Binnenschifffahrt erwarten wir einen Anstieg.“

CO2-Emissionen

Gegenstand der Verkehrsprognose ist auch eine Einschätzung der CO2-Emissionen des Verkehrs in Bayern: Der weitaus überwiegende Teil (etwa 95 Prozent) der direkten CO2-Emissionen des Verkehrs entfällt auf den Straßenverkehr. Zeil: „Bis 2025 sinken die direkten CO2-Emissionen nur um 0,5 Prozent. Den zum Teil erheblichen Effizienzsteigerungen bei Fahrzeugtechnik und Verkehrsabwicklung steht der starke Anstieg des schweren Straßengüterverkehrs gegenüber.“

Infrastrukturprojekte in Angriff nehmen

Bayerns Verkehrsminister appelliert daher: „Wir stehen im Verkehrsbereich vor großen Herausforderungen. Dringend notwendige Infrastrukturprojekte müssen in den nächsten Jahren angepackt werden, sonst wird der Verkehr zum Engpassfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Hier ist vor allem der Bund gefordert, die notwendigen Mittel für Neu- und Ausbau zügig zur Verfügung zu stellen.“



Im Jahresverlauf müssen bis zu 20.000 Leuchtmittel gewechselt werden, die meisten wegen Altersschwäche. Aus ihrer Lebensdauer und den Schaltzeiten der Laterne lässt sich berechnen, wann der Wechsel fällig wird. Quelle: sixData GmbH

Stadt Würzburg:

Auszeichnung für vorbildliche Seniorenarbeit

Projekt „Bürgerbusse“ als eines von vier „best practise“ Beispielen aus 175 Kommunen ausgewählt

Das Engagement älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger wird in Würzburg groß geschrieben und erfolgreich durch verschiedene Projekte und Initiativen gefördert. Vor kurzem wurden die Seniorenvertretung Würzburgs und der Leiter der Beratungsstelle für Senioren und Menschen mit Behinderungen, Volker Stawski, deshalb vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfamilienministerium Dr. Hermann Kues in Berlin stellvertretend für die vorbildliche Seniorenarbeit in Würzburg ausgezeichnet.

Oberbürgermeister Georg Rosenthal betont: „Ich bin stolz darauf, wie positiv sich die Seniorenarbeit in unserer Stadt entwickelt hat. Mein Dank gilt vor allem den Freiwilligen, die durch ihr unermüdetes Engagement das Leben in Würzburg bereichern.“

Seit dem Jahr 2008 entstanden deutschlandweit im Rahmen des Programms Aktiv im Alter rund 1.500 Projektideen. Dr. Kues würdigt dieses Engagement: „In unserer Gesellschaft stecken enorme Kräfte. So auch die Zeit und die Bereitschaft der älteren Bürgerinnen und Bürger, Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Unsere Gesellschaft profitiert von dem Wissen und der Erfahrung der älteren Generation. Es ist deshalb ein großer Erfolg, dass wir mit ‚Aktiv im Alter‘ deutschlandweit über 3.700 ältere Menschen erreicht haben, die sich nun in ihrer Kommune aktiv einbringen.“

Die 175 Kommunen des Programms Aktiv im Alter haben die Bedürfnisse älterer Menschen mit Hilfe lokaler Bürgerforen unter dem Motto „Wie wollen wir morgen leben?“ systematisch ermittelt. Mit Hilfe der gewonnenen Erkenntnisse haben die Kommunen gemeinsam mit den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nachhaltige Strukturen für ein aktives Alter geschaffen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels trägt eine aktive Bürgergesellschaft dazu bei, die Kommunen auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Hierzu wurde im Sozialreferat das Seniorenpolitische Gesamtkonzept der Stadt Würzburg in den vergangenen drei Jahren ausgearbeitet. Dieses konnte während der Abschlussfeier den Vertretern des Bundesfamilienministeriums übergeben werden. Sozialreferent Robert Scheller ist erfreut, dass sich die Arbeit der vergangenen drei Jahre ausgezahlt hat und die Stadt Würzburg vor einem fachkundigen Publikum ihr Gesamtkonzept vorstellen durfte: „Dies war eine einmalige Gelegenheit, die gelungene Zusammenarbeit und das Engagement der aktiven Würzburger Senioren einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen.“

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept der Stadt Würzburg fand Anerkennung bei den Vertretern aus Politik und Wissenschaft. Prof. Dr. Thomas Klie vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Ent-

wicklung bat beispielsweise um die Übersendung eines weiteren Exemplars.

Wie bürgerschaftliches Engagement von Seniorinnen und Senioren aussehen kann, zeigt unter anderem das Projekt des „Bürgerbusses“, der im Umfeld des Altenbetreuungsentrums Zellerau/ Caritas, der Diakonie, Arche gGmbH und der Jüdischen Gemeinde mit sozialbürgerschaftlich engagierten Fahrern im Einsatz ist. Dies war auch für das Familienministerium Anlass, dass dieses Projekt der Beratungsstelle und der Seniorenvertretung als eines von vier „best practise“ Beispielen aus den 175 teilnehmenden Kommunen ausgewählt wurde.

Volker Stawski präsentierte das Projekt mit Renate Strauß, Stellvertretende Seniorensprecherin und Andrea Steinruck, Koordinatorin des Altenbetreuungsentrums Heiligkreuz, und Hermann Schulz, Fahrer des Seniorenmobils. Mit aus Würzburg angereist waren auch Ute Kusch-Krüger und Manfred Lindner, beide Mitglieder der Seniorenvertretung. Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein Bocksbeutel überreicht und so ein fränkisches Kulturgut den anwesenden Vertretern der anderen Kommunen nahe gebracht, denn nicht alle wussten, was ein Bocksbeutel ist!

Lebendiges Miteinander

„Aktiv im Alter“ steht in Würzburg für ein lebendiges Miteinander der Generationen und ich bin zuversichtlich, dass sich das Programm nachhaltig in unserer Kommune auswirken wird“, so Oberbürgermeister Georg Rosenthal. Im Jahr 2008 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Programm „Aktiv im Alter“ ins Leben gerufen. Ziel des Programms war es, in den Kommunen bessere Rahmenbedingungen für das Engagement von Seniorinnen und Senioren zu schaffen und älteren Menschen Möglichkeiten zum Mitgestalten und Mitentscheiden zu geben.

In der ersten Ausschreibungsrunde wurden 50 Städte, Gemeinden und Landkreise aus dem gesamten Bundesgebiet ausgewählt und mit einmalig je 10.000 Euro gefördert. 2009 wurden 100 weitere Kommunen in das Förderprogramm aufgenommen.

Weitere Informationen unter www.Aktiv-im-Alter.net.

Verkehrsprognose Bayern 2025

Verkehrsminister Zeil: „Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei überdurchschnittlichem bayerischem Verkehrswachstum unabdingbar“

Bayern setzt angesichts eines deutlich überdurchschnittlichen Verkehrswachstums in den nächsten 15 Jahren auf einen bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil hat in der jüngsten Kabinettsitzung die aktuelle Vorausschau für die Verkehrsentwicklung in Bayern bis zum Jahr 2025 vorgestellt.

Zeil: „Für die Arbeitsplätze und den Wohlstand von morgen ist ein bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unverzichtbar. Denn die überaus positiven Wachstumsperspektiven für Bayern gehen Hand in Hand mit einem stark steigenden Bedarf nach Mobilität.“

Gesamtverkehrsleistung

Im Prognosezeitraum wird die Gesamtverkehrsleistung, gemessen in Personenkilometern, im Personenverkehr voraussichtlich um mehr als ein Fünftel zunehmen, im motorisierten Verkehr sogar noch etwas stärker. Damit liegt Bayern rund vier Prozentpunkte über der deutschlandweiten Entwicklung. Der Verkehrszuwachs lässt sich vor allem dadurch erklären, dass sich die Siedlungsstrukturen verändern und damit die Fahrtwege zunehmen werden.“

Bahn- und Luftverkehr

Deutlich mehr Menschen sollen bis 2025 aber auch die Bahn

nutzen. Hier wird ein Anstieg der Verkehrsleistung von mehr als 50 Prozent erwartet. Die Bahn weitet damit ihren Anteil an der motorisierten Verkehrsleistung um zwei Prozentpunkte auf dann über zehn Prozent aus. Mit Abstand am stärksten wird jedoch der Luftverkehr wachsen: die Zahl der Fluggäste soll sich in Bayern fast verdoppeln.

Drehkreuzfunktion

„Diese Prognose untermauert, dass es richtig ist, beim Flughafen München auf einen Ausbau der Infrastruktur zu setzen, um sicherzustellen, dass der Flughafen auch künftig attraktiv und im steigenden Wettbewerb mit ausländischen Flughäfen um die Drehkreuzfunktion wettbewerbsfähig bleibt. Das dürfen wir auch durch den vorübergehenden Verkehrseinbruch im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht in Frage stellen. Der Flughafen München geht davon aus, dass wir bereits im Jahr 2010 wieder die Flug-

Vertreter der bayerischen Bauindustrie im GZ-Interview:

Das Schlagloch von heute ist das Finanzloch von morgen

Wer beim Straßenbau Schäden rechtzeitig behebt, spart viel Geld

Bayerns Straßen werden kaputt gespart. So gleicht der aktuelle Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs nach einhelliger Auffassung von Josef Limbrunner, Vorsitzender der Fachabteilung Straßenbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes und Prokurist der Ohneis GmbH in Straubing, Stefan Birnbacher, Beiratsmitglied des Bezirksverbands Schwaben des Bayerischen Bauindustrieverbandes und Geschäftsführer der Xaver Riebel Bauunternehmung GmbH in Mindelheim sowie Dr. Detlef Lupp, Geschäftsführer im Bayerischen Bauindustrieverband, einer „Bankrotterklärung für den bayerischen Staatsstraßenbau“.

Angesichts des sich seit Jahren verschlechternden Zustands dürfe der Freistaat keinesfalls bei sei-

Brücken im Doppelhaushalt 2011/2012. Mit seiner Sparpolitik riskiere der Freistaat hohe Folgeschäden. Bei Straßenschäden stiegen die Erhaltungskosten durch unterlassene Reparaturen exponentiell an, beispielsweise wenn schwere Lkw über Schlaglöcher fahren. Diese Politik sei schlichtweg kurzsichtig.

Rasante Talfahrt

Die Aufträge im bayerischen Straßenbau befanden sich 2010 mit minus 16,3 Prozent auf einer rasanten Talfahrt. Auch die Umsätze im öffentlichen Straßenbau gingen mit minus 9,7 Prozent (Januar bis Oktober im Vorjahresvergleich) steil nach unten. Aufgrund der drastischen Sparmaßnahmen kommen derzeit so gut wie keine Neuausschreibungen mehr auf den Markt. Aufgrund dieses Auftragsdefizits stünden Kündigungen hunderter hochqualifizierter Straßenbauer bevor.



Stefan Birnbacher.

nen Investitionen in die Straße sparen, betonten die Bauexperten bei einem Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

Getreu dem Motto „Das Schlagloch von heute ist das Finanzloch von morgen“ hatte der ORH seine schon häufig vorgebrachte Kritik am schlechten Zustand der Staatsstraßen in Bayern vor kurzem erneuert. Mittlerweile seien bereits ein Drittel der Staatsstraßen so marode, dass dort verkehrsbeschränkende Maßnahmen drohten. 63 Prozent der Staatsstraßen überschritten bereits entsprechende Warn- bzw. Schwellenwerte: Sie befänden sich damit in einem so schlechten Zustand, dass Beobachtung bzw. unverzügliches Handeln notwendig seien. Aus keinem anderen Bundesland, aus dem Daten vorliegen, wurde ein höherer Anteil in dieser Kategorie gemeldet. Der Anteil von Landesstraßen, die den Schwellenwert von 4,5 überschreiten, ist nur in Sachsen-Anhalt noch höher als in Bayern.

Wie Birnbacher, Limbrunner und Lupp hervorhoben, koste es dem Freistaat viel Geld, wenn über einen so langen Zeitraum nichts getan werde. Kritik übten sie an der völlig unzureichenden Mittelplanung für den Bestandserhalt der Staatsstraßen und

stärker als in den Vorjahren den Rotstift angesetzt. Damit konnten auch die teils massiven Straßenschäden des vergangenen Winters, die laut ADAC in ganz Deutschland rund drei Milliarden Euro Kosten verursacht haben, nur unzureichend beseitigt werden.

Angesichts des fortschreitenden Substanzverlustes der Straßen bezieht der Automobilclub den jährlichen Finanzbedarf der Gemeindestraßen bundesweit auf mehr als acht Milliarden Euro.



Dr. Detlef Lupp.

Tatsächlich wurden in den vergangenen Jahren weniger als fünf Milliarden Euro ausgegeben. Schuld daran seien auch die seit Jahren gleich bleibenden Zuweisungen der Länder, während gleichzeitig den Kommunen immer neue Aufgaben übertragen worden seien. Um dem permanenten Wert- und Qualitätsverlust entgegenzutreten, müssten die Kommunen, so die Forderung des ADAC, auch auf ein besseres Erhaltungs- und Investitionsmanagement setzen.

Individuelle Beratung

Als schnelle und kostengünstige, aber maschinentechnisch anspruchsvolle Technologie hat sich Limbrunner und Birnbacher zufolge u. a. auch z. B. Fräsrecycling im traditionellen Straßenbau etabliert. Die Auswahl des geeigneten Instandsetzungsverfahrens richte sich nach dem Schadensbild der vorhandenen Befestigung, weshalb es letztlich doch dem erfahrenen Straßenbauer vorbehalten bleibe, das jeweils am besten geeignete Verfahren auszuwählen. Da keine Straße wie die andere sei und die Qualität der Sanierung sich als höchst unterschiedlich darstellten, „haben individuelle Beratung und

Erläuterung absolute Priorität“.

Dünne Schichten im Heißeinbau (DSH) seien vor allem für die Verbesserung der Straßenoberflächen geeignet, bei geringen Spurrinnentiefen auch für die Beseitigung von Unebenheiten im Querprofil. Nicht zuletzt deshalb werde nicht selten eine Sanierung mit einer Dünnenschicht im Heißeinbau auf Versiegelung, kurz DSV-H, gewählt. Die Vorteile: Die Strecke muss nur für einen relativ kurzen Zeitraum gesperrt werden, der neue Belag weist dennoch eine lange Lebensdauer auf.

Nach Darstellung von Verbandsvertreter Detlef Lupp könnten auch neue Vertragstypen für einen effizienten Einsatz von Haushaltsmitteln für den Kommunalstraßenbau sorgen. Die gemeinsame Vergabe von Bau- und anschließenden Erhaltungsleistungen wäre hier gut vorstellbar. Davon würden beide Seiten profitieren: Das Bauunternehmen könnte mit über einige Jahre festgeschriebenen Arbeiten und Einnahmen rechnen, dem Auftraggeber kämen Kostenvorteile zugute, die sich in der Regel aus der gemeinsamen Vergabe von Bau- und Erhaltungsleistungen (Lebenszyklusansatz) ergeben. In diesem Zusammenhang wies Lupp darauf hin, dass der Bayerische Bauindustrieverband seit geraumer Zeit mit einer oberbayerischen Gemeinde in Kontakt steht und mit dieser berät, ob nicht ein PPP-Konzept zur grundhaften Erneuerung und zum anschließenden baulichen Erhalt eines ganzen Gemeindestraßennetzes möglich ist. Hierbei würde es sich um ein absolutes Pilotprojekt handeln - in der zur Diskussion stehenden Form nicht nur in Bayern, sondern wohl in ganz Deutschland.

Ungewöhnliche Aktion

Dass auftretenden Problemen in den Kommunen mit Information und Know-how, aber auch wie im folgenden Fall mit ungewöhnlichen Ideen und Aktionen zu Leibe gerückt werden kann, hat vergangenes Jahr das thüringische Dorf Niederzimmern bewiesen: Die Kommune „verkaufte“ ihre Schlaglöcher für 50 Euro das Stück an die eigenen Bürger, um die maroden Straßen trotz leerer Kassen sanieren zu können. Nach 257 verkauften Schlaglöchern ging die Aktion am 30. April 2010 mit der Enthüllung eines Schlaglochdenkmals zu Ende. Fazit des Bürgermeisters: „Wir haben die Welt ein ganz klein wenig zum Schmunzeln gebracht und das war schön.“ Ganz wichtig war aber, dass die Aktion das Verantwortungsbewusstsein der Einwohner für „ihre“ Straßen gestärkt hat und als Nebeneffekt dabei zielgenau Einnahmen in die kommunale Kasse geflossen sind. **DK**

Georg Schmid:

Winterschäden an den Staatsstraßen schnell beheben

Für bessere Staatsstraßen im Freistaat setzt sich die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag ein. Bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth haben die Landtagsabgeordneten den bayerischen Finanzminister gebeten, in einem Sonderprogramm zusätzliche Mittel für die Beseitigung der Winterschäden auf Bayerns Straßen bereitzustellen.

In der Entschließung der Fraktion reagiert die CSU-Fraktion darauf, dass der frühe und harte Winter in diesem Jahr den Staatsstraßen besonders zugesetzt hat. „Eine gute Verkehrsinfrastruktur bleibt einer der Faktoren, der einen starken Wirtschaftsstandort Bayern ausmacht. Und vor allem die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer haben wir besonders im Blick“, sagte Georg Schmid, der Vorsitzende der CSU-Fraktion zu der Entschließung seiner Fraktion. Der Finanzminister hat bereits zugesagt, unverzüglich eine Lösung vorzubereiten. **□**

Kommunale Straßen und ÖPNV:

Dauerhaft ausreichende Finanzmittel bereitstellen

Kommunale Spitzenverbände zur Sonder-Verkehrskonferenz

Anlässlich der Sonderkonferenz der Verkehrsminister haben die drei kommunalen Spitzenverbände Bund und Länder nachdrücklich aufgefördert, dauerhaft eine ausreichende Finanzierung der kommunalen Straßen und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu sichern. Bund und Länder müssten ihre Mittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur konstant halten und dürften sie keinesfalls kürzen.

„Eine funktionstüchtige Verkehrsinfrastruktur ist volkswirtschaftlich ein bedeutender Standortfaktor. Dazu tragen die Kommunen mit ihrem Angebot im ÖPNV und dem zu 95 Prozent in Trägerschaft von Städten, Landkreisen und Gemeinden befindlichen Straßennetz entscheidend bei“, sagten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeisterin Petra Roth (Frankfurt am Main), Landrat Hans Jörg Duppré (Südpfalz) und Bürgermeister Roland Schäfer (Bergkamen) in Berlin. „Bund und Länder sind deshalb aufgefordert, zur Sicherung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Städten, Landkreisen und Gemeinden über 2013 und 2019 hinaus dauerhaft hinreichende Finanzmittel bereitzustellen.“

Dazu sei es notwendig, dass die Länder die entsprechenden Finanzmittel gesetzlich fixieren und verbindlich für eine Verbesserung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur festschreiben. Dies gelte insbesondere für die Mittel in Höhe von jährlich rund 1,3 Milliarden Euro, die sie als so genannte Entflechtungsmittel im Rahmen des Übergangs der alleinigen Zuständigkeit für die Finanzierung kommunaler Verkehrsinfrastruktur vom Bund erhalten. Auf diese

Weise würde auch Kürzungen dieser Mittel durch den Bund vorgebeugt, weil nur eine Zweckbindung in den Ländern den Bedarf und die sichere Verwendung der Bundesmittel für Verkehrszwecke glaubhaft belege.

Vierorts Unterfinanzierung

Nach wie vor sei der Erneuerungs-, Ausbau- und vor allem Erhaltungsbedarf im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs und des kommunalen Straßenbaus immens: „Allein im vergangenen Winter sind Straßenschäden in einer Höhe von etwa 2,3 Milliarden Euro entstanden. Und die Folgen des gegenwärtigen strengen Winters sind noch nicht abzusehen.“ Bereits heute sei die kommunale Verkehrsinfrastruktur vielerorts unterfinanziert. „Ohne ein gut ausgebautes Netz an Straßen, Bussen und Bahnen können die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Unternehmen nicht befriedigt werden. Außerdem werden die Anpassung der Straßen an den Klimawandel mit längeren Hitzeperioden und stärkeren Frostschäden, die prognostizierten Zuwächse im Güter- und Schwerlastverkehr sowie der insgesamt wachsende Erhaltungsbedarf die bereits heute spürbare Finanzierungslücke bei den Kommunen weiter aufreißen lassen“, so die Präsidenten abschließend. **□**

Erhältlich auch über Ihre Sparkasse

Wir machen Ihnen einen guten Preis

Mit uns sichern Sie Ihre Dieseldkosten – auch bei kleinen Volumina

Als Unternehmer mit großem Bedarf an Dieseldkraftstoff haben Sie eine Unbekannte in Ihrer betriebswirtschaftlichen Kalkulation. Für diesen Fall bietet Ihnen die BayernLB eine Absicherung Ihrer Dieseldpreise – und das bereits bei kleinen Abnahmemengen. Wenn Sie also mit festen Preisen rechnen wollen, rechnen Sie am besten mit uns. Mehr erfahren Sie unter

► Telefon +49 89 2171-25564 oder www.bayernlb.de/rohstoffabsicherungen

NürnbergMesse:

Mit Rückenwind ins Jahr 2011

Einmal mehr schreibt die NürnbergMesse neue Rekorde. Wie Geschäftsführer Bernd A. Diederichs im Rahmen der Jahrespressekonferenz 2010 berichtete, verzeichne das Unternehmen einen deutlichen Umsatz- und Gewinnssprung: „Gegenüber dem besser vergleichbaren Jahr 2008 steigt unser Umsatz um 30 Prozent auf über 200 Millionen Euro, der Gewinn explodiert und liegt mit über sieben Millionen Euro ebenfalls auf Rekordniveau.“

Zum Umsatz- und Gewinnssprung des Jahres 2010 in Relation zu 2008 trugen Diederichs zufolge nahezu alle Geschäftsfelder der NürnbergMesse bei: Eigen- und Partnerveranstaltungen (plus 23 % auf rund 86 Mio. Euro), MesseService (plus 80 % auf 47 Mio. Euro), International (plus 90 % auf 18 Mio. Euro) sowie Gastveranstaltungen (plus 10 % auf 39 Mio. Euro). Lediglich im CCN CongressCenter Nürnberg sei ein Umsatzrückgang von 20 % auf zehn Millionen Euro zu verzeichnen. „Das ist jedoch einzig dem Umstand geschuldet, dass aufgrund der Großbaustelle im Bereich Mitte eines unserer drei Kongresszentren über die Hälfte des Jahres nicht zur Verfügung stand. In den kommenden Jahren wird uns dieses Geschäftsfeld aber noch viel Freude machen und weiter wachsen“, zeigte sich Diederichs überzeugt.

157 Veranstaltungen

An den 157 Veranstaltungen (2008: 173) im Portfolio der NürnbergMesse Group im In- und Ausland beteiligten sich 2010 über 29.000 Aussteller (2008: 27.128) und rund 1,47 Millionen Besucher (2008: 1,26). „Insbesondere die weiter steigende Internationalität hat uns in Nürnberg in diesem Jahr den Erfolg unserer Veranstaltungen gesichert“, betonte der Geschäftsführer. Erstmals waren über 10.000 ausstellende internationale Unternehmen auf den Eigen-, Partner- und Gastveranstaltungen im Portfolio der NürnbergMesse Group präsent. „Wir tragen dieser Entwicklung Rechnung und setzen konsequent auf eine weitere Internationalisierung im doppelten Sinne: am Standort Nürnberg wie mit unseren Veranstaltungen weltweit“, gab Diederichs den Kurs vor.

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung der NürnbergMesse stieg die Mitarbeiterzahl deutlich: Waren konzentriert im Jahr 2009 durchschnittlich 329 Personen beschäftigt, waren es im Jahr 2010 rund 440, darunter 52 Auszubildende, Trainees und Studenten der Berufsakademie. Für das Geschäftsjahr 2011 wird ein weiteres Wachstum der Fachmessen im globalen Unternehmensportfolio erwartet. Diederichs: „Mit Blick auf die guten Anmeldestände können wir sagen: Wir starten mit Rückenwind.“

30 Fachmessen

Insgesamt wird die NürnbergMesse heuer über 30 internationale Fachmessen, davon knapp zwei Drittel außerhalb Nürnbergs veranstalten. Diese sind aber naturgemäß deutlich kleiner als die Mutterveranstaltungen in Nürnberg. Mit 18 Fachmessen sind dabei die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China am stärksten vertreten.

Neu im Messe- und Kongressprogramm am Standort Nürnberg ist für 2011 unter anderem die FeuerTRUTZ, eine Fachmesse mit Kongress für den vorbeugenden Brandschutz. Mit der HOSPITAL BUILD EUROPE konnte eine neue Gastveranstaltung gewonnen werden. Die

Fachmesse mit Kongress deckt den gesamten Bereich Krankenhausbau und -betrieb ab. Auch eine renommierte Wanderveranstaltung macht 2011 Station in Nürnberg: die INTERGEO, Kongress und Fachmesse für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement.

Premieren

Mit zwei Messepremiere und einem neuen Durchführungsauftrag kann das Auslandsportfolio der NürnbergMesse Group aufwarten. Den Schwerpunkt bildet dabei Indien: In Neu-Delhi startet erstmalig die fensterbau/frontale india. Die Fachmesse findet parallel zur ACREX INDIA statt. Diese Fachmesse für Kälte-/Klimatechnik unterstützt die NürnbergMesse als internationa-

Landkreis Landshut:

Erster Mittelschul-Verbund

Die Hauptschulen der niederbayerischen Stadt Vilsbiburg und ihrer Nachbargemeinde Gerzen haben sich zum neuen Mittelschul-Verbund Bina-Vils (Vilsbiburg-Gerzen) zusammengeschlossen. Bei einer Zusammenkunft im Landratsamt Landshut überreichte Schulamtsleiter Reiner Leicher den Schulleitern Christine Kreuzpaintner und Karl-Heinz Thöne die Urkunden, mit denen die Anerkennung ihrer bisherigen Hauptschulen als Mittelschulen besiegelt worden ist. Damit sei der Schulverbund auch offiziell anerkannt, freuten sich Leicher sowie der Bürgermeister Helmut Haider (Vilsbiburg) Manfred Kaschel (Gerzen).

Rektor Karl-Heinz Thöne bemerkte, dass die Gründung des ersten Mittelschul-Verbunds im Landkreis Landshut auch der Prägung der Region aus Verbindungen aus der Zeit des Altlandkreises Vilsbiburg zu verdanken sei. Man habe hier auf bestehenden Strukturen aufbauen können. Nun hoffe man, dass man erneut gemeinsam einen guten Weg gehen könne zum Vorteil der Menschen, die hier leben.

Landshuts Landrat Josef Eppeneder war überaus angetan von der Gründung des neuen Schulverbunds, weil dieser im südlichen Landkreis zwei Schulstandorte nachhaltig sichere. Ohnehin plädiere er, Eppeneder, seit vielen Jahren dafür, den Hauptschulen/Mittelschulen endlich wieder den hohen Stellenwert im Gefüge der Schulausbildung zu kommen zu lassen, der ihnen gebühre.

Gesellschaftlich wichtig

Eppeneder zufolge setzt sich die Mitarbeiterschaft von Mittelstand, Handel und Handwerk zum großen Teil aus den Absolventen der Hauptschulen zusammen. „Für unsere Gesellschaft sind handwerklich begabte Menschen, sind Hauptschul-Absolventen genauso wichtig und im Leben genauso wertvoll wie die Absolventen weiterführender Schulen oder Akademiker“, hob der Landkreischef hervor.

Die Stärkung dieses Zweigs im dreigliedrigen bayerischen Schulsystem sei gerade das Ziel der neuen Mittelschulen, deren Schaffung auf den Erfahrungen der Hauptschul-Initiative der Staatsregierung fuße, ergänzte Schulamtsleiter Leicher. Die Umwandlung der Hauptschulen in Mittelschulen sei somit keine Umetikettierung, sondern stelle auch eine inhaltliche Neuaus-

ler Marketingpartner und Durchführungsgesellschaft. Außerdem geht in Moskau die Chillventa Rossija nach erfolgreicher Kongressveranstaltung erstmals als Fachmesse an den Start.

28% Mehr Umsatz

„Da innerhalb der NürnbergMesse Group die ungeraden Jahre jedoch immer noch die schwächeren sind, gehen wir von einem Umsatz in der NürnbergMesse Group von über 160 Millionen Euro aus, was gegenüber dem besser vergleichbaren Jahr 2009 eine Umsatzsteigerung von 28 Prozent bedeuten und den zweithöchsten Umsatz in der Firmengeschichte markieren würde“, erklärte Diederichs und ergänzte: „Sie sehen also, das Wachstum der NürnbergMesse ist keineswegs beendet! Das sieht auch unser Aufsichtsrat so und hat uns in diesem Jahr eine deutliche Ausweitung unseres Stammpersonals um rund 30 Stellen genehmigt. Zu zwei Dritteln werden diese neuen Positionen im Vertrieb und den vertriebsnahen Bereichen wie dem Marketing und der Kommunikation entstehen. Das restliche Drittel entfällt auf unsere Technik und die kaufmännische Verwaltung. Damit steigt die Mitarbeiterzahl der NürnbergMesse auf rund 440. Auch das zeigt deutlich die Dynamik, die in diesem Unternehmen herrscht und weiter herrschen wird.“ DK

Berchtesgadener Land:

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

Nach fast einjähriger Arbeit ist das seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Berchtesgadener Land vorgestellt worden. Erarbeitet wurde es für den Landkreis von der „Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern“ in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt.

Das nunmehr vorliegende integrative, regionale seniorenpolitische Gesamtkonzept wurde insbesondere auf der Grundlage der Analyse der demographischen Entwicklung und einer Bevölkerungsprognose im Landkreis Berchtesgadener Land, einer umfangreichen Bestandserhebung der – auch offenen – Angebote der Seniorenarbeit im Landkreis, einer Befragung der kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden und einer umfangreichen schriftlichen Befragung der älteren Landkreisbewohnerinnen und –bewohner erstellt. Außerdem wirkten bei der Erarbeitung viele in der Seniorenarbeit tätige Experten in einem Begleitausschuss und einem großen Workshop mit.

Handlungsfelder

Ziel soll es sein, die Lebensbedingungen für Seniorinnen und Senioren im Landkreis so zu gestalten, dass sie deren Bedürfnis-

sen und Wünschen entsprechen, insbesondere wenn sie dort wohnen bleiben wollen, wo sie bisher auch gewohnt haben. Das Konzept begegnet diesem Vorhaben mit elf Handlungsfeldern und gibt dazu entsprechende Maßnahmeempfehlungen. Diese Handlungsfelder reichen von der integrierten Orts- und Entwicklungsplanung bis hin zur Hospiz und Palliativversorgung.

Ambulant vor Stationär

Besonders hervorzuheben ist das Handlungsfeld „Betreuung und Pflege“, das in einem eigenen Band „Pflege und Pflegebedarfsplanung“ aufgearbeitet wurde. Zielsetzung ist es in diesem Handlungsfeld vor allem, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dem Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ stärkeres Gewicht zukommen zu lassen.

Das Konzept kommt zu dem Ergebnis, dass ein guter Teil der zunehmenden Zahl pflegebedürftiger Personen durch eine konsequente Weiterentwicklung der Angebote im ambulanten Bereich, aber auch der Entlastungsangebote für pflegende Angehörige, zu Hause wohnen bleiben kann. In Anbetracht der Zunahme der Empfänger/innen von Pflege- und Betreuungsleistungen und dem bereits heute bestehenden akuten Mangel an Pflegepersonal wird aber auch auf die Notwendigkeit der Rekrutierung und Ausbildung von Altenpflege- und Betreuungspersonal hingewiesen.

Beim Handlungsfeld „Bürger-schaftliches Engagement von und für Seniorinnen und Senioren“ weist das Konzept darauf hin, dass im Landkreis bürgerschaftliches Engagement ein wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens ist. Viele Menschen wollten sich ehrenamtlich betätigen, sei es privat oder in einer der zahlreichen Einrichtungen. Gerade in diesem Bereich gibt es dem Papier zufolge aber noch Intensivierungsbedarf zum Beispiel in der Öffentlichkeitsarbeit oder durch Schaffung einer Anerkennungskultur für bürgerschaftlich Engagierte.

Wohnen im Alter

Das dritte Handlungsfeld „Wohnen im Alter“ verbindet viele mit Wohnen im Heim. Tatsächlich leben nur sieben Prozent der älteren Menschen in speziell für das Alter geschaffenen Wohnformen. Die häufigste Wohnform im Alter ist nach wie vor die normale Wohnung – auch für jene, die auf Hilfe zur Pflege angewiesen sind. Auch im Landkreis Berchtesgadener Land werden ca. zwei Drittel aller pflegebedürftigen Personen zu Hause versorgt. Doch von altersgerechtem Wohnen kann dabei oft keine Rede sein. Nur etwa fünf Prozent aller Seniorinnen und Senioren leben in Wohnungen, die als barrierefrei oder barrierearm gelten können.

Pflegebedürftigkeit

Da es der Wunsch der allermeisten Älteren ist, zu Hause wohnen bleiben zu können und auch bei einer Pflegebedürftigkeit die häusliche Pflege und Betreuung im Vordergrund steht, sind laut Konzept zunächst all jene Hilfen zu berücksichtigen,

die diesen Verbleib stützen. Auch hier sei die Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement notwendig. Ein Blick auf die Wohnformen hat gezeigt, dass es im Landkreis zwar eine Reihe von Betreuten Wohnanlagen und zwei Seniorenresidenzen gibt, es aber für sinnvoll gehalten wird, weitere barrierefreie Wohnungen in den Städten, Märkten und Gemeinden zu schaffen und damit verbunden bei Bedarf auch entsprechende Unterstützungsleistungen anzubieten.

Agenda

Das Papier schließt mit dem Hinweis, dass bei Allem zu berücksichtigen ist, dass das Thema „Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger und ihre Lebenswelten, Betreuung und Pflege etc.“ in Zukunft in noch stärkerem Maße auf der gesellschaftspolitischen Agenda stehen wird und muss. Dies ergebe sich zwangsläufig allein schon aus der heute bereits absehbaren künftigen demographischen Entwicklung. DK

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Röbke

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Eine vielseitig eindrucksvolle Sozialbilanz stellte die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen im Rahmen einer Festveranstaltung vor. Der Vorstandsvorsitzende Thomas Schwarzbauer betonte mit Blick auf die Förderung ehrenamtlichen und sozial-karitativen Engagements mit über 200.000 Euro den besonderen Rang gemeinnütziger Aktivitäten. Für das hervorragende gesellschaftliche Engagement und die Bewahrung kultureller Werte dankte die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen den Landfrauen. Unser Bild zeigt von rechts: Vorstandsvorsitzenden Thomas Schwarzbauer, Kreisbäuerin Hannelore Schmid, Landfrauenchor-Leiterin Klara Kitzinger, Landrat Leo Schrell und Vorstand Josef Holzmann.

Bild und Text: jdt

Hofer IHK-Wirtschaftstag:

Energieversorgung in der Diskussion

„Sichere und bezahlbare Energie für den Wirtschaftsstandort Deutschland“ lautete das Thema des Hofer Wirtschaftstags der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken. Neben dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Werner Schnappauf waren zahlreiche hochrangige Vertreter aus Wirtschaft und Politik vertreten, wie zum Beispiel der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Hans-Peter Friedrich, der oberfränkische Regierungspräsident Wilhelm Wenning und der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG Thomas Barth.

Laut Schnappauf gibt es „viel Diskussions- und Entscheidungsbedarf“ zum Energiekonzept 2050 der Bundesregierung. Da das Konzept vorsieht, den Anteil der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien wie Wind, Wasser, Biomasse und Sonne bis 2050 auf 80 Prozent zu erhöhen und im gleichen Zeitraum den Treibhausgas-Ausstoß um 80 Prozent zu senken, seien gravierende Energiekostenerhöhungen zu befürchten.

Große Belastungen

Angesichts der Tatsache, dass eine Kilowattstunde Strom an der Börse zurzeit maximal sechs Cent kostet und eine Kilowattstunde aus einer Photovoltaikanlage mit bis zu 42 Cent

vergütet wird, sprach Schnappauf von enormen Belastungen für Wirtschaft und Bürger. Auch deshalb forderte er eine Ausweitung der Härtefallregelung für den Mittelstand.

Der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG Thomas Barth verwies darauf, dass das Berliner Energiekonzept keine Chance habe, wenn nicht ein globales Klimaschutzkonzept folge. Sonnenenergie sollte statt im kalten Deutschland sinnvollerweise im sonnigen Spanien genutzt werden. Die Tatsache, dass für Stromtransport und Bevorratung neue und intelligente Netze und Speichermöglichkeiten nötig sind, werde enorme Kosten zur Folge haben. Angesichts des wachsenden bürgerlichen Widerstands gegen Groß-

projekte auch in Sachen Stromnetzbau plädierte Barth für einen neuen Konsens. Es sei an der Zeit, endlich wieder Projekte zu feiern, die gelingen und nicht nur solche, die scheitern. Auch machte der E.ON-Vorstand deutlich, dass Politik, Energieversorger und Industrie den Bürgern klar vermitteln müssten, dass sichere Energie nicht zum Nulltarif möglich ist.

Dr. Hans-Peter Friedrich, Hofer Bundestagsabgeordneter und Chef der CSU-Landesgruppe, meinte: „Vielen Bürgern ist der Zusammenhang zwischen Energieversorgung und Wohlstand nicht bewusst“ und ergänzte: „Die Energiekosten werden sich zwangsläufig erhöhen.“ Gleichzeitig forderte Friedrich den zügigen Abbau der Photovoltaik-Förderung, die sich eines Tages selbst tragen müsse.

Greentech-Region

Erich Maurer von der Energie-region zeigte seinerseits Trends und Entwicklungen im Energie-sektor auf und präsentierte praktische Beispiele, mit welchen Strategien Unternehmen darauf reagieren können. Prof. Dr. Jürgen Lehmann, Präsident der Hochschule Hof, stellte anschließend seine Vision einer Greentech-Region Hochfranken vor. Genügend Ansätze bestünden bereits, wie der Bereich Wasserkompetenz in Hof zeige.

Im Rahmen des Hofer Wirtschaftstags verlieh die oberfränkische Stadt auch den Hofer Wirtschaftspreis für herausragende unternehmerische Leistungen an den Vorstandsvorsitzenden der Baugenossenschaft Hof, Gerhard Weiß. Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner bezeichnete Weiß als festen Bestandteil im Hofer Wirtschaftsleben. Bei vielen Projekten sei er Partner der Stadt.

Hofer Wirtschaftspreis

Weiß und die Baugenossenschaft Hof hätten immer ein offenes Ohr für die kommunalen Belange – ein Partner, auf den die Stadt Hof setzen und vertrauen könne. Der Preisträger sei ein wichtiger Akteur beim Stadtbau Hof mit wegweisenden Modellprojekten wie aktuell das Impulsprojekt Johann-Weiß-Straße im Rahmen des Programms Soziale Stadt. Fichtner zufolge sei die Baugenossenschaft Hof die erste in Bayern, die sich in dieses Programm einbringt, vorbildlich innenstadtnah integriertes Wohnen mit attraktiven Wohnformen, optimierten Energiekonzepten und Dienstleistungs-Netzen realisiert und ein gesamtes Stadtviertel mit Neubau und Modernisierung gestaltet. **DK**

Geopark Ries sowie die Etappenziele Nördlingen und Steinheim. Eine exakte Wegbeschreibung der Radstrecke, ebenso die Höhenprofile und Angaben zu Anreisemöglichkeiten und zu überwindenden Höhenmetern runden das Ganze für Radfahrer ab. Zahlreiche Abbildungen geben einen Vorgeschmack vom landschaftlichen Reiz dieser Route. Zuletzt verweist die Faltkarte auf die Möglichkeit, sich den Wegeverlauf für ein GPS-Gerät auf der Website des Geoparks Ries herunterzuladen oder weitere Details anzeigen zu lassen.

Die Karte kann ab sofort bei der Geschäftsstelle des Geoparks Ries bestellt sowie von der Website herunter geladen werden (Tel.: 0906/74-140, E-Mail: info@geopark-ries.de,

„Liegende Acht“

Das Hauptelement der Karte bildet die rot markierte, rund 185 Kilometer lange Wegstrecke des Radwegs „Von Krater zu Krater“. In Form einer „Liegenden Acht“ besteht der Radweg aus zwei Schleifen – einer östlichen und einer westlichen Rundtour – mit einem Kreuzungspunkt in Nördlingen. Überraschend detailgenau zeigt die Radkarte eine Vielzahl kultur- und erdgeschichtlich interessanter Stätten innerhalb der Region. Neben der üblichen inhaltlichen Tiefe einer topographischen Karte verrät sie Radfahrern beispielsweise die Standorte der Geopark Ries Infozentren und -stellen oder die Lage schöner Aussichtspunkte. Dabei wirkt das Kartenbild ansprechend gestaltet und äußerst übersichtlich: Die Farben sind harmonisch aufeinander abgestimmt und doch klar unterscheidbar, die Signaturen sind selbsterklärend. Eine Legende am Kartenrand verrät den noch, was sich hinter den Kartensymbolen verbirgt.

Reizvolle Route

Auf der Vorderseite der Faltkarte erfahren Radfahrer Wissenswertes rund um die Krater-Tour, die am besten – so der Vorschlag – in drei Etappen befahren werden kann. Knapp und bündig gibt es Informationen über den

Faltkarte für Geopark Ries Radweg:

„Von Krater zu Krater“

Die Kunden warten schon auf dieses Produkt, wissen Günther Zwinger, der Geschäftsführer des Geoparks Ries und seine Stellvertreterin und Projektleiterin Heike Burkhardt. Pünktlich zu Beginn der touristischen Messesaison wurde die begleitende Faltkarte für den Radweg „Von Krater zu Krater“ geliefert. Die erste Messe, auf der das neue Produkt präsentiert wird, ist die CMT (Caravan, Motor, Touristik), Europas größte Reisemesse in Stuttgart vom 15. bis 23. Januar am Stand des Ferienlandes Donauries e.V. in Halle 8.

Radfreunde können nun auf einen präzisen Wegbegleiter in ihrer Tasche zählen: Die Faltkarte fasst Streckenverlauf sowie Sehenswertes des Geopark Ries Radwegs „Von Krater zu Krater“ anschaulich zusammen. Die Rad-Rundtour, die im Sommer vergangenen Jahres eröffnet wurde, verbindet die beiden Asteroidenkrater Nördlinger Ries und Steinheimer Becken. Beide Impaktstrukturen entstanden zeitgleich durch den Einschlag eines Doppeleroiden vor rund 14,5 Mio. Jahren.

Handreichung eines geotouristischen Leuchtturmprojekts

Erstellt in Zusammenarbeit mit einem renommierten Kartenverlag, gibt die Karte in erster Linie Aufschluss über den Routenverlauf des Radrundwegs zwischen Bayern und Baden-Württemberg. Dennoch zeichnet die fein abgestimmte Radkarte bereits auf Papier das liebevolle Porträt einer einmaligen schwäbischen Kultur- und Naturlandschaft.

Die länderübergreifende Begegnungstour mit dem Nördlinger Ries und dem nur rund 40 km entfernten Steinheimer Becken nimmt als erster Geopark Ries Radweg ohnehin eine wichtige Stellung im Radwegenetz der Region ein: Ausgestattet mit der einheitlichen, grün-weißen Radwegbeschilderung, stärkt der Radrundweg den regionalen Radtourismus ebenso als eine „Brücke“ zum benachbarten Geopark Schwäbische Alb baut. Vor allem jedoch können Erholungssuchende und erdgeschichtlich Interessierte die beiden phänomenal erhaltenen Einschlagskrater im Rahmen einer zusammenhängenden Radreise erleben.

Die Faltkarte des Radwegs „Von Krater zu Krater“ erscheint im bewährten DIN lang Querformat, gefaltet entspricht sie in Form und Aussehen den bisher-

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Soso, jetzt ist also ‚Wutbürger‘ das Wort des Jahres 2010. Eigentlich traurig, dass die Wahl auf einen so deprimierenden Begriff gefallen ist.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war gerade beim Durchblättern der diversen Jahresrückblicke, als er diesen Stoßseufzer losließ.

Ist schon wahr, beim Wort Wut schwingt immer Ohnmacht mit, Hilflosigkeit, vielleicht sogar Angst, aber auch etwas Negatives, Destruktives so wie in dem Ausdruck von der „blinden Wut“. Man könnte sich keinen größeren Gegensatz denken zum Wort „Bürger“, das positiv besetzt ist wie kaum ein Begriff in unserer Sprache und der schon von seinem geschichtlichen Herkommen für positives Engagement, Aktivität, Handeln und Furchtlosigkeit steht. Der „Wutbürger“ wurde im Zusammenhang mit dem Protest gegen Stuttgart21 und an-

lichen Analysen sowie in den Erwägungen zu Demographie und Bildungsverhalten die bürgerliche Tugend der Sorge um die öffentlichen Angelegenheiten aufscheint. Andere meinten, Sarrazin mache sich zum Sprachrohr für ein Bürgertum, das sich abgrenze – gegen Einwanderer und gegen diejenigen Gesellschaftsschichten, für deren Beschreibung uns die SPD den schönen Begriff

„Menschen in prekären Lebensverhältnissen“ geschenkt hat.

Mal ehrlich, schwirrt Ihnen auch schon der Kopf vor lauter Bürgerlichkeit, die unterschiedlicher nicht sein könnte? Der ewige Fluch: Unschärfe Begriffe führen zu Unschärfen in der Diskussion und nicht selten schon im Denken. Und so umfasst der Begriff des Bürgers halt heutzutage ebenso den eifersüchtig gegen gesellschaftliche Aufsteiger eingestellten Angsthasen wie den weltoffenen Leistungsträger, den auf sich und seine privaten Verhältnisse fixierten politischen Mitläufer, wie den gut informierten und sich der Fragen des Gemeinwesens bewussten Mit-Macher.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird im neuen Jahr viel Zeit damit verbringen, wie er aus den Zaungästen der Stadtgesellschaft, die sich maximal im Fernsehen über das Geschehen in der weiten Welt informieren, zu aktiven Mit-Bürgern unserer Stadt machen kann, die sich an den Diskussionen, Projekten und Zukunftsvisionen der Kommune beteiligen. Denn nur wenn die Politik die Menschen frühzeitig aus der kommunalpolitischen Lethargie reißt, kann man verhindern, dass sie überrascht aus dem Teilhabetiefschlaf erwachen und dann als „Wutbürger“ gegen Entscheidungen vorgehen, an deren Zustandekommen sie sich nicht aktiv beteiligt haben. Zur Warnung vor Zögerlichkeit lege ich dem Chef das heutige Kalenderblatt mit einer pauschalen, bisher aber leider oft doch richtigen Aussage des Journalisten Wolfram Weidner auf den Schreibtisch: „Politiker verstehen unter mündigen Bürgern diejenigen, die zu allem den Mund halten.“

the Sabriul

Spielball der Obrigkeit

deren Großprojekten kriert, um zu suggerieren, dass angebliche staatliche Willkür die Bürger ohnmächtig-wütend zurücklässt und sie auf die Barrikaden bringt.

Dabei ist der citoyen eigentlich der selbstbewusste Antityp zum Untertan, er ist nicht Objekt politischen Handelns, sondern gestaltendes Subjekt. Und jetzt wird er mittels einer sicherlich griffig-pfiffigen Wortneuschöpfung zum Spielball der Obrigkeit erklärt.

Das alles noch dazu im Jahr 2010, in dem Soziologen, Kommentatoren und Essayisten die Renaissance der Bürgerlichkeit ausgerufen haben. Haben nicht letztes Jahr die Bürger Hamburgs die bürgerliche Bildungseinrichtung schlechthin, das Gymnasium, vor den Angriffen der bürgerlichen CDU und der neo-bürgerlichen Grünen bewahrt? Erleben nicht bürgerliche Tugenden, klassische Bildung, gutes Benehmen, gesittete Tischkultur einen unerwarteten Aufschwung? Ja, einige selbsternannte oder tatsächliche kluge Köpfe haben sogar das Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“ als Manifest einer neuen Bürgerlichkeit bezeichnet, aber nur die letzteren haben dies daran festgemacht, dass in dessen volkswirtschaft-

Messe München International:

Ertragreiches Messejahr 2010

Auf ein überaus erfolgreiches Messejahr 2010 kann die Messe München International zurückblicken. Laut dem Vorsitzenden der Geschäftsführung Klaus Dittrich „war 2010 eines der stärksten Jahre in der Geschichte der Messe München“. Aussteller- und Besucherrekorde aber auch interne Restrukturierungsmaßnahmen hätten dazu geführt, „dass wir entgegen der Planung das Jahr mit einem Gewinn abschließen konnten“. Das positive Ergebnis unterstreiche die Innovationskraft der Messe München sehr deutlich „und zeigt unsere starke Stellung in einem immer härter umkämpften Markt“.

Insgesamt 22 Veranstaltungen und mehr als 240 Gastveranstaltungen in den Hallen der Neuen Messe, im Internationalen Congress Center München (ICM) und im Münchner Veranstaltungs- und Ordercenter (M.O.C.) standen auf dem Messeprogramm 2010. Mehr als 2,2 Mio. Besucher sorgten für volle Messestände der über 37.000 Aussteller. Der Umsatz beläuft sich nach derzeitigem Stand auf über

Internet: www.geopark-ries.de).

Begeisterter Landrat

Geopark Ries Vorsitzender und Landrat Stefan Röble war schon bei der Eröffnung des Radwegs im Juli 2010 begeistert. Mit der Radkarte werde jetzt ein weiterer wichtiger Schritt gegangen. Röble: „Mich freut besonders, dass die Kooperation der beiden großen Geoparks Ries und Schwäbische Alb über alle politischen Grenzen hinaus im Interesse der Rad- und Geologiefans so reibungslos funktioniert. Mein Dank gilt zudem der Stadt Nördlingen und der Gemeinde Steinheim, die sich großartig für dieses Projekt einsetzen.“ **DK**

als geplant – ohne Zuschüsse der Gesellschafter wirtschaften wird.

Der Erfolgskurs im Auslandsgeschäft der Messe München konnte auch im vergangenen Jahr fortgesetzt werden. Über strategische Kooperationen wie bei der bauma China in Shanghai, der bC India in Mumbai, der drinktechnology India in Mumbai und der Logitrans in Istanbul wurden neue Aussteller- und Besucherkontingente erschlossen.

Über 40 Messen

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt über 40 Messen und Messebeteiligungen im Ausland durchgeführt. Premiere feierte die neue Messe für erneuerbare Energien ENEREXPO in Hanoi. Die bauma China brach wieder alle Rekorde und legte gegenüber der Vorveranstaltung bei Ausstellern noch einmal um 15 Prozent und bei Besuchern sogar um 33 Prozent zu. Sie ist die führende Fachmesse für die chinesische und asiatische Baumaschinenindustrie.

Aufwärtstrend setzt sich fort

Bei den Veranstaltungen der Messe München im Jahr 2011 zeichnet sich über alle Branchen hinweg eine Fortsetzung des Aufwärtstrends ab. Mehrere Messen wie beispielsweise die Weltleitmesse BAU, die im Januar stattfindet, sind schon seit Monaten ausgebucht. Und auch die Auslandsmessen folgen diesem Trend. **DK**

Erste regionale Jugendkonferenz für den Landkreis Miltenberg:

Engagierte Diskussionen

Trotz vielfältiger Hilfen gibt es immer noch Jugendliche, die nur schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Damit keiner verloren geht, müsse man mehr über die Schnittstelle Elternhaus-Schule diskutieren, fasste Landrat Roland Schwing die engagierte Diskussion in der regionalen Jugendkonferenz für den Landkreis Miltenberg zusammen.

Erstmals hatten das Staatliche Schulamt, die Arbeitsagentur, die ARGE Miltenberg und das Kreisjugendamt im großen Sitzungssaal des Miltenberger Landratsamts eine regionale Jugendkonferenz organisiert – und das Interesse war groß. Über 60 Gäste aus Wirtschaft, Schule und Hilfsorganisationen waren dabei, als alle Bildungs- und Arbeitsmarktakteure zusammenkamen, um ihre Angebote und Aktivitäten aufeinander abzustimmen.

Zukunftsinstrument

„Der Beruf ist das Rückgrat des Lebens“, zitierte Landrat Roland Schwing den Philosophen Nietzsche und wies darauf hin, dass es im nächsten Jahr zu großer Konkurrenz um Ausbildungsstellen kommen werde – schon alleine durch den Doppeljahrgang von G8 und G9 sowie den Wegfall des Wehr- und Zivildienstes. Die Jugendkonferenz sei ein wichtiges Zukunftsinstrument des Landkreises Miltenberg.

Raimund Kempf (Arbeitsagentur) berichtete, dass es trotz der guten wirtschaftlichen Lage in der Region noch einen hohen Anteil von Jugendlichen gibt, die den Anforderungen des Berufslebens nicht gewachsen sind. Dieser Klientel müsse man Hilfestellungen geben. Schon alleine der demographische Wandel zwingt dazu, alle Potenziale von Jugendlichen zu erkennen und auszuschnöpfen. Dabei sei die Netzwerkarbeit aller beteiligten Akteure äußerst wichtig.

Anschließend stellten mehrere Referenten kurz dar, wie vielfältig Eltern, Schüler und Auszubildende unterstützt werden. Schul-

rat Engelbert Schmid (Schulamt Miltenberg) wies unter anderem darauf hin, dass die vertiefte Berufsorientierung im Landkreis Miltenberg schon vor Einführung der Mittelschule praktiziert wurde. „Hier ist gute Arbeit geleistet worden“, sagte er, aber auch mit dem Berufswahlpass helfe man Bewerbern um eine Ausbildungsstelle. Wertvolle Unterstützung leiste auch der Arbeitskreis Schule und Wirtschaft.

Thomas Reising, Leiter der Berufsberatung in der Arbeitsagentur Aschaffenburg, sprach davon, dass mehrere Millionen Euro für die Ausbildungsvermittlung ausgegeben wurden. Man gehe auch in die Schulen, um die Berufsorientierung zu erleichtern. Aber auch berufsvorbereitende Maßnahmen, Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation, die Förderung schwieriger Arbeitsverhältnisse und ausbildungsbegleitende Hilfen gehörten neben vielen anderen Angeboten zum Aufgabenbereich.

Fallmanagement

Alfons Opolka, Leiter der ARGE Miltenberg, zeigte Wege auf, wie jugendliche Kunden beruflich integriert werden. Er hob vor allem das intensive Fallmanagement hervor. So würden mindestens einmal pro Monat ausführliche Gespräche mit den Jugendlichen geführt, in denen Hemmnisse angesprochen werden, die Probleme für die Ausbildung darstellen. Die Berufsberatung gehöre ebenefalls zum Aufgabenfeld der ARGE, so Opolka. In Aktivierungsprojekten wie „Fit for Future“ und „Job-Factory“ würden Jugendliche für den Arbeitsmarkt aktiviert.

Judith Appel (Jugendamt des Landkreises) stellte die vielfältigen Angebote der Jugendhilfe zur beruflichen Integration vor. Dazu gehört die offene und verbandliche Jugendarbeit, in der soziale Kompetenzen vermittelt werden und die Jugendlichen Kreativität entwickeln können. Die Jugendsozialarbeit an Schulen soll helfen, den schwierigen Übergang von der Schule in das Arbeitsleben zu erleichtern. Aber auch die „Hilfe zur Erziehung“, die Eingliederungshilfe und die Bildung der Eltern tragen dazu bei, Jugendliche beruflich zu integrieren.

Einblicke in die Gefühlswelt von Jugendlichen vermittelte ein Gespräch, das Moderator Erwin

Grauschopf, Geschäftsführer der Gesellschaft zur beruflichen Förderung Aschaffenburg, mit dem Hauptschüler Alexander führte. Dieser wiederholt gerade die neunte Klasse, um Chancen auf einen besseren Hauptschulabschluss zu bekommen. Sein Traum ist ein Kunststudium, sein Traumberuf ist Zweiradmechaniker. Allerdings hat er sich trotz des vorangeschrittenen Schuljahrs noch keine Gedanken gemacht, wo es Ausbildungsstellen gibt. Er will sich mit dem Zwischenzeugnis bewerben – auch wenn das sehr spät ist. Bei den Berufsberatern hat er sich noch nicht gemeldet und er hat auch noch nicht darüber nachgedacht, was passiert, wenn er keinen Ausbildungsplatz bekommt.

Der Miltenberger Hauptschullehrer Peter Spörl zeigte sich im Gespräch mit Grauschopf mit den letzten Praxisklassen nicht zufried-

den. „Die waren nicht so gut geeignet“, blickte er zurück. Sehr erfolgreich sei dagegen ein Projekt mit der Firma Rauch (Freudenberg) gewesen, bei dem Schüler in den Beruf des Holzmechanikers reinschnuppern konnten. Aber auch die Kooperation mit der Bürgstadt Mainmetall habe Früchte getragen. Auf die Frage, warum so viele Schüler in den Kernfächern Deutsch und Mathematik schlecht sind, warnte Spörl vor Schuldzuweisungen. Für ihn sei aber klar, dass die Anforderungen an die Schüler, was den Lehrplan betrifft, geringer geworden sind. Dennoch liege man in Bayern immer noch hoch im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Chancen im Berufsleben

Schulamtsleiter Klaus Kolb verbreitete am Ende der Veranstaltung Optimismus: „Alle Schüler werden künftig große Chancen im Berufsleben bekommen“. In den nächsten Jahren würden bis zu 25.000 Beschäftigte im Landkreis in Rente gehen, ihnen stünden aber nur 5000 Auszubildende gegenüber. „Die Demographie spielt uns alle Karten in die Hände“, so Kolb. Die Eltern müssten lernen, dass die Karrieren ihrer Schützlinge nicht nur über Realschule und Gymnasium verlaufen; häufig würden die Weichen schon in der vierten und

Verkäufe

Stadt Nördlingen verkauft Sitztribünen der Firma Layher

Die mobilen Sitztribünen basieren auf dem Layher Allround-Gerüstsystem und können in verschiedenen Varianten aufgebaut werden. Die Tribünen wurden 2008 gebraucht angeschafft, die Sitzbänke sind jedoch neu gekauft.

Rastermaß: 2,57 x 1,57m/1,57 x 1,57 m, Steigung: 250 mm, max. 22 Reihen, Mindestaufbaubreite: 6,71 m, Gesamt-Sitzplatzzahl: bis zu ca. 900. Prüfbücher sind vorhanden.

Kaufangebote werden erbeten an: Stadt Nördlingen, Hauptamt, Marktplatz 1, 86720 Nördlingen, Tel. 090 81/84-1 54, Fax: 090 81/84-3 40, E-Mail: schiele@noerdlingen.de, Ansprechpartner: Peter Schiele.



CSU bekommt Bürgermeister-Zuwachs

Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim. Weil im Aischgrund zwei Bürgermeister aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten mussten, gab es am Ende des vergangenen Jahres noch entsprechende Neuwahlen. Dabei konnte sich mit mehr als 61 Prozent der Stimmen Werner Stöcker (CSU) in Uehlfeld bereits im ersten Durchgang klar von seinen beiden Mitbewerbern absetzen. Die Bezirksrätin der „Freien“ kam auf knapp 11, der Bewerber der Grünen auf 28 Prozent. CSU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Hans Herold freut sich schon riesig auf die Zusammenarbeit, zumal mit der Wahl von Werner Stöcker die CSU im Aischgrund kräftig verstärkt wird.

In Dachsbach hat es dagegen für den CSU-Bewerber Jürgen Kreß in der Stichwahl nicht gereicht; hier wurde mit Hans-Jürgen Regus wieder ein Gemeindegewählter ohne Parteimitgliedschaft zum 1. Bürgermeister gewählt.

Unser Bild zeigt (v. l.): Parl. Staatssekretär Christian Schmidt, Bezirksrat Marco Kistner, den Uehlfelder Wahlsieger Werner Stöcker, Landtagsabgeordneter Hans Herold und den aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen bisherigen Bürgermeister Helmut Praus.

Text und Bild: pm

fünften Klasse falsch gestellt. Sowohl Kolbs Schulamtskollege Schmid als auch Kreishandwerksmeister Erich Stappel warnten davor, die Haupt- und Mittelschüler als „Defizit-Jugendliche“ zu etikettieren. Es gelte vielmehr, den Jugendlichen Mut zu machen und ihren Perspektiven zu eröffnen, brachte es Engelbert Schmid auf den Punkt.

Die Konferenz soll nicht die letzte gewesen sein, wie Erwin Grauschopf am Ende feststellte. Vielmehr sollen zwei Arbeitskreise Ideen für die nächste Jugendkonferenz entwickeln. □

Landkreis Neustadt a. d. Aisch/Bad Windsheim“:

Lobenswerte Initiative

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel hat einen Bescheid über 210.000 Euro für die Förderung eines Regionalmanagements im Landkreis Neustadt a. d. Aisch/Bad Windsheim in den nächsten drei Jahren übergeben.

„Das Regionalmanagement positioniert den Landkreis als attraktiven, dynamischen und für die Bürger lebenswerten Wirtschafts- und Lebensraum. Durch den Aufbau fachübergreifender Netzwerke sowie die Einbindung aller relevanten Akteure werden vorhandene Ressourcen gebündelt und kreative Entwicklungsprozesse zugunsten der Region in Gang gesetzt“, erklärte Hessel.

Der Landkreis Neustadt a. d. Aisch/Bad Windsheim hat als Initiator des Regionalmanagements eine Reihe von Impulsprojekten in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Bildung und Soziales entwickelt. So ist

unter anderem geplant, regionale Initiativen mit Hilfe eines Landkreisjournals stärker zu vernetzen, Dorfläden zur Sicherung der Nahversorgung in den Ortskernen aufzubauen und das Mehrgenerationenhaus ‚Dorflinde‘ sowie das Freiwilligenzentrum ‚mach mit‘ weiter auszubauen.

Das Förderangebot des Wirtschaftsministeriums für Regionalmanagements erfährt in ganz Bayern eine große Nachfrage. Derzeit werden im Freistaat 39 Initiativen finanziell unterstützt, in Mittelfranken haben nahezu alle Landkreise entsprechende Stellen eingerichtet. □

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 3. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Baupolitik
- Dorferneuerung - Stadtsanierung
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Fremdenverkehr in Bayern
- Kommunalfinanzen
- Wasserversorgung - Wasserentsorgung

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufsbekleidung

bardusch
Textil-Mietdienste
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (08171) 93 07-13

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE
Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de